

Schriftliche Fragen

mit den in der Woche vom 1. September 2014
eingegangenen Antworten der Bundesregierung

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Amtsberg, Luise (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	44, 45
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25, 35	Lay, Caren (DIE LINKE.)	8, 9, 10
Behrens, Herbert (DIE LINKE.)	89	Lenkert, Ralph (DIE LINKE.)	92, 93
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	54, 82	Dr. Lindner, Tobias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	76, 77
Buchholz, Christine (DIE LINKE.)	72, 73	Möhring, Cornelia (DIE LINKE.)	80, 81
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	26, 27, 28	Dr. Notz, Konstantin von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11, 12
Dr. Dehm, Diether (DIE LINKE.)	2	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29, 78
Ernst, Klaus (DIE LINKE.)	3	Pothmer, Brigitte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	55, 56
Dr. Gambke, Thomas (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	46	Renner, Martina (DIE LINKE.)	40, 41, 42, 43
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	90	Röspel, René (SPD)	67, 68, 69, 70
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	95, 96	Schlecht, Michael (DIE LINKE.)	13, 14, 15, 57
Dr. Hahn, André (DIE LINKE.)	4, 5, 74, 75	Spahn, Jens (CDU/CSU)	58
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	47, 83	Dr. Strengmann-Kuhn, Wolfgang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	59, 60, 61, 94
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	36, 37	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16, 30
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	38	Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.)	71
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	1	Dr. Terpe, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17, 18, 19, 20
Kipping, Katja (DIE LINKE.)	39	Trittin, Jürgen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	62
Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	84, 85, 86, 87		
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	91, 97		
Krellmann, Jutta (DIE LINKE.)	6, 7, 48, 49		

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Troost, Axel (DIE LINKE.)	50, 51, 52, 53	Wagner, Doris (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	79
Dr. Verlinden, Julia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	21, 22, 23	Weinberg, Harald (DIE LINKE.)	88
Dr. Wagenknecht, Sahra (DIE LINKE.)	24, 31, 32, 33	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	63, 64, 65, 66

Verzeichnis der Fragen nach Geschäftsbereichen der Bundesregierung

<i>Seite</i>	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU) Verhalten der Deutschen Welle gegenüber der chinesischen Journalistin Su Yutong ... 1	Zeitplan hinsichtlich der Prüfung der Einführung der Tariftreue im Vergaberecht auf Bundesebene 9 Vergabe von öffentlichen Aufträgen an Auftragnehmer ohne Tarifbindung in den letzten fünf Jahren 9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie Dr. Dehm, Diether (DIE LINKE.) Aufhebung des Verhandlungsmandates der Europäischen Kommission zum EU-USA-Abkommen TTIP 1 Ernst, Klaus (DIE LINKE.) Präjudizwirkung der Investitionsschutzbestimmungen im CETA-Abkommen für weitere Abkommen 2 Dr. Hahn, André (DIE LINKE.) Planungen zur Förderung des barrierefreien Tourismus im Jahr 2015 3 Deutsche Teilnehmer am „Weltkongress für barrierefreien Tourismus“ 4 Krellmann, Jutta (DIE LINKE.) Investor-Staat-Klagen von Konzernen vor privaten Schiedsgerichten im Rahmen des Freihandelsabkommens CETA und Ausschluss des Missbrauchs dieser Klagen durch enge Definitionen bestimmter Begriffe 4 Lay, Caren (DIE LINKE.) Entwicklung der Beschäftigtenzahlen im Bereich erneuerbarer Energien sowie der Arbeitsplätze und Betriebe in der Solarbranche 6 Dr. Notz, Konstantin von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Nicht erfolgte Einbindung der digitalen Botschafterin Prof. Dr. Gesche Joost in die Erarbeitung der „Digitalen Agenda“ bei einer EU-Expertengruppe 8 Schlecht, Michael (DIE LINKE.) Übernahmen von Unternehmen durch Hedgefonds und Private-Equity-Fonds in den letzten fünf Jahren 9	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Waffenlieferungen in Kriegsregionen durch bestimmte Unternehmen ohne deutsche Exportgenehmigung 10 Dr. Terpe, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ausnahme der Bereiche sozialstaatlicher Daseinsvorsorge von den Verhandlungen zum Transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP 11 Aktueller Verhandlungsstand beim Transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP hinsichtlich der Ausschreibungspflicht von Krankenhausleistungen und Klagemöglichkeiten für multinationale Unternehmen bezogen auf den Krankenhausbereich 12 Dr. Verlinden, Julia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Energieeinsparungen im Rahmen der Ökodesign-Richtlinie 13 Dr. Wagenknecht, Sahra (DIE LINKE.) Möglicher Erwerb und Besitz deutscher Waffen durch Kämpfer der Gruppe Islamischer Staat 14 Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Nachzug von Ehegatten türkischer Staatsangehöriger ohne Nachweis einfacher Kenntnisse der deutschen Sprache 15 Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.) Deutsche oder europäische Finanzhilfen für Rüstungsvorhaben in der Ukraine 16 Türkische Unterstützung der Terrororganisation Islamischer Staat 16

Seite	Seite
Humanitäre Hilfe für die vom Bürgerkrieg betroffenen Städte in der Ostukraine und Einstellung der Lieferung von Dual-Use-Gütern	17
Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Einschätzung der Lage im Irak	18
Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Entstandene Schäden durch die Spionage des mutmaßlichen US-Spions Markus R.	18
Dr. Wagenknecht, Sahra (DIE LINKE.) Praxis des Ölverkaufs durch die Gruppe Islamischer Staat	19
Unterstützung der Gruppe Islamischer Staat durch private und staatliche Quellen aus Katar und Saudi-Arabien	20
Unterstützung der Gruppe Islamischer Staat über deutsche bzw. europäische Kanäle	20
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	
Amtsberg, Luise (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Zugang zu AMIF-geförderten Integrationsmaßnahmen für Verwandte, Partner und Ehegatten von Drittstaatsangehörigen	21
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Thematisierung der Vereinbarkeit der Wiedereinreisesperren gegen Unionsbürger mit Artikel 15 der Freizügigkeitsrichtlinie beim Gesetzentwurf zur Änderung des Freizügigkeitsgesetzes/EU und weiterer Vorschriften	21
Hunko, Andrej (DIE LINKE.) Beteiligung Deutschlands bei der Neugestaltung der italienischen zivil-militärischen Seeoperation „Mare Nostrum“ sowie der EU-Operation „Mos Maiorum“	22
Ausschreibungspraxis für die Studie „Grundrechtsschonende Alternativen zur Quellen-TKÜ“	23
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.) Einstellung der italienischen Operation „Mare Nostrum“ zugunsten einer Nachfolgeoperation und Beteiligung Deutschlands	25
Kipping, Katja (DIE LINKE.) Bundesminister und Staatssekretäre mit einer Mitgliedschaft bei den Bundessozialwerken	26
Renner, Martina (DIE LINKE.) Inhalt und Leistungsumfang der an die US-Firma „Booz-Allen-Hamilton“ vergebenen Aufträge in der 14., 15. und 16. Legislaturperiode	27
Freistellung von den deutschen Vorschriften über Handel und Gewerbe bei Unternehmen mit Analysetätigkeiten für in Deutschland stationierte US-Truppen	27
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	
Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Anstieg von Eigenbedarfskündigungen und möglicher Handlungsbedarf	30
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	
Dr. Gambke, Thomas (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Vertragsgrundlagen für die Nutzung und Rückgabe des Luft-Boden-Schießplatzes Siegenburg durch die US-Airforce	31
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Entwicklung des Anteils der Männer mit Inanspruchnahme der Steuerklasse V in den letzten zehn Jahren	33
Krellmann, Jutta (DIE LINKE.) Aufstockung des Personals bei der Finanzkontrolle Schwarzarbeit ab dem Jahr 2015	34
Dr. Troost, Axel (DIE LINKE.) Steuerliche Absetzbarkleit der Bankenabgabe in EU-Staaten mit bereits erfolgter Einführung einer Bankenabgabe	35

	Seite		Seite
Aus bereits bewilligten europäischen Rettungshilfen zur Verfügung stehende Mittel für Bankenrettungsmaßnahmen und weitere Verwendungszwecke	36	Trittin, Jürgen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Fortführung der Förderung von Arbeitslosengeld-II-Empfängern nach dem Auslaufen des Bundesprogramms Bürgerarbeit	45
Datengrundlage zur Ermittlung der veranlagten Steuern im Länderfinanzausgleich und Auswirkungen bei Nichteinhaltung der Vollzugsziele	37	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.) Beschäftigungs- und Einkommenssituation sowie arbeitsmarktpolitische Förderung von Alleinerziehenden	46
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales		Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	
Bellmann, Veronika (CDU/CSU) Berücksichtigung von zu DDR-Zeiten erworbenen Rentenanswartschaften ostdeutscher Landwirte bei der „Rente mit 63“ . .	40	Röspel, René (SPD) Forschungsprojekte zur ökologischen Pflanzen- und Saatgutzüchtung	55
Pothmer, Brigitte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Entwicklung der Förderung der Selbständigkeit für Personen im Rechtskreis des Zweiten und Dritten Buches Sozialgesetzbuch seit dem Jahr 2011	41	Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.) Beantragte Forschungsvorhaben zur Geflügelhaltung	60
Zeitplan der Ratifizierung der revidierten Europäischen Sozialcharta	42	Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	
Schlecht, Michael (DIE LINKE.) Anzahl der Beschäftigten und Selbständigen mit Anspruch auf Aufstockung des Einkommens nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch ohne tatsächliche Inanspruchnahme	43	Buchholz, Christine (DIE LINKE.) Zielhafen des US-Spezialschiffs Cape Ray und begleitende Streitkräfte	65
Spahn, Jens (CDU/CSU) Inanspruchnahme der abschlagsfreien Rente ab 63 durch geringfügig beschäftigte Arbeitslosengeld-I-Empfänger	43	Dr. Hahn, André (DIE LINKE.) Anzahl der Tiefflüge über der Nationalparkregion und dem Nationalpark Sächsische Schweiz seit dem Jahr 2003 und Einhaltung der gesetzlichen Mindestflughöhe . .	66
Dr. Strengmann-Kuhn, Wolfgang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Inhalte des geplanten 9. Änderungsgesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und Vorlage eines Referentenentwurfs	44	Dr. Lindner, Tobias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Status des Beschaffungsprojekts Transportflugzeug A400M und etwaige Exportvorhaben zum Verkauf neuer bzw. überschüssiger A400M	67
Anzahl der seit dem Jahr 2009 von Unionsbürgern gestellten Anträge auf Grundversicherung für Arbeitsuchende mit erfolgter Ablehnung	44	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Stärke und Ausbildungsgrad der afghanischen Armee in der Provinz Kunduz	69
Entwicklung der Zahl der Wohnungs- und Obdachlosen seit dem Jahr 2010	44		

Seite	Seite
Wagner, Doris (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bilaterale Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung und den US-Streitkräften bezüglich der Benutzung des Truppen- übungsplatzes Grafenwöhr 70	Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Alleinunfälle im Radverkehr von Nutzern elektrisch unterstützter Fahrräder im Zeit- raum von Januar bis April 2014 76
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
Möhring, Cornelia (DIE LINKE.) Förderung einer ausgewogeneren Vertre- tung von Frauen und Männern auf Mana- gementebene 70	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ursachen der Verformungen von Brenn- elementen in deutschen Druckwasserreak- toren 77
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	Lenkert, Ralph (DIE LINKE.) Stand der Umsetzung der Richtlinie 2013/ 59/Euratom in nationales Recht und dies- bezügliche Einführung verbindlicher Ra- dongrenzwerte für Innenräume 77
Bellmann, Veronika (CDU/CSU) Gründung von medizinischen Versor- gungszentren ohne ärztliche Leiter mit einer gleichzeitigen Tätigkeit als Arzt bzw. Vertragsarzt 71	Dr. Strengmann-Kuhn, Wolfgang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Verbesserung von zielgruppen- und ge- schlechtsspezifischen Angeboten beim Kampf gegen Wohnungs- und Obdachlo- sigkeit 78
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Folgekosten im Gesundheitssystem durch Fehlernährung 72	Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung
Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ausgaben der Krankenkassen für Psycho- therapie in Hochschulambulanzen gemäß § 117 des Fünften Buches Sozialgesetz- buch seit dem Jahr 2003 73	Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Stellungnahme der Max-Planck-Gesell- schaft zu einem Bericht von „REPORT MAINZ“ vom 12. August 2014 und mög- licher Handlungsbedarf hinsichtlich der Governance-Strukturen außeruniversitärer Forschungseinrichtungen 79
Einsatz externer Hilfsmittelberater bei einigen Krankenkassen 73	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Einnahmen durch den vom Allgemeinen Versuchsreaktor Jülich produzierten Strom 80
Weinberg, Harald (DIE LINKE.) Administration der Qualitätssicherung von Krankenhäusern über Cloud-Dienste . 75	
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	
Behrens, Herbert (DIE LINKE.) Verzögerung des Satellitenprojekts Gali- leo und daraus resultierende Kosten 76	

**Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und
des Bundeskanzleramtes**

1. Abgeordneter
**Dr. Egon
Jüttner**
(CDU/CSU) Welche Konsequenzen gegenüber der weitgehend vom deutschen Steuerzahler finanzierten Deutschen Welle sieht die Bundesregierung hinsichtlich des Verhaltens der Deutschen Welle gegenüber der chinesischen Journalistin Su Yutong?

**Antwort der Beauftragten der Bundesregierung
für Kultur und Medien, Staatsministerin Monika Grütters,
vom 1. September 2014**

Die Rundfunkanstalt des Bundesrechts Deutsche Welle ist rechtsfähig und hat das Recht der Selbstverwaltung im Rahmen des Deutsche-Welle-Gesetzes. Dies gilt für ihre Programme, die sie im Rahmen der verfassungsrechtlich geschützten Rundfunkfreiheit in journalistischer Unabhängigkeit gestaltet und sendet, ebenso wie für ihre Rechte und Pflichten als Arbeitgeber. Die Verantwortung trägt der Intendant der Deutschen Welle.

Die Deutsche Welle unterliegt keiner staatlichen Fachaufsicht. Die Bundesregierung hat insofern keinen Einfluss auf die Auswahl, Einstellung und Beschäftigung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft
und Energie**

2. Abgeordneter
**Dr. Diether
Dehm**
(DIE LINKE.) Aus welchen Gründen geht die Bundesregierung davon aus, dass die Europäische Kommission auch im Falle einer erfolgreichen Europäischen Bürgerinitiative mit entsprechender Forderung, keinen Vorschlag zur Aufhebung des Verhandlungsmandates zum EU-USA-Abkommen TTIP (Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft) vorlegen wird (siehe Antwort der Bundesregierung zu Frage 4 der Kleinen Anfrage „Strategische Agenda für die Europäische Union in Zeiten des Wandels“ der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/2317)?

**Antwort des Staatssekretärs Stefan Kapferer
vom 3. September 2014**

Geht bei der Europäischen Kommission eine Europäische Bürgerinitiative ein, die die Voraussetzungen von Artikel 11 Absatz 4 des Vertrages über die Europäische Union sowie der Verordnung (EU)

Nr. 211/2011 erfüllt, so ist sie verpflichtet, innerhalb von drei Monaten eine Mitteilung vorzulegen, in der sie ihre rechtlichen und politischen Schlussfolgerungen zu der Bürgerinitiative sowie ihr weiteres Vorgehen bzw. den Verzicht auf ein weiteres Vorgehen und die Gründe hierfür darlegt. Die Europäische Kommission ist durch eine Europäische Bürgerinitiative nicht verpflichtet, einen Rechtsakt vorzuschlagen.

Die Europäische Kommission verhandelt über die TTIP auf Basis eines einstimmig vom Rat erteilten Verhandlungsmandats. Die europäischen Staats- und Regierungschefs haben in den Ratsschlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 26./27. Juni 2014 den Abschluss der Verhandlungen über internationale Handelsabkommen, einschließlich der TTIP, als eine der strategischen Prioritäten der Europäischen Union festgelegt.

3. Abgeordneter
Klaus Ernst
(DIE LINKE.)
- Für welche weiteren zukünftigen Abkommen mit Investitionsschutzbestimmungen genau soll das Investitionsschutzkapitel im CETA-Abkommen (CETA – Comprehensive Economic and Trade Agreement) Präjudizwirkung haben (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/351 zu Frage 24: „Gleichwohl ist die Ausgestaltung des Kapitels über Investor-Staat-Schiedsverfahren im CETA jedoch von erheblicher Bedeutung, da dieses Präjudizwirkung für künftige von der Europäischen Kommission verhandelte Abkommen mit Investitionsschutzbestimmungen haben wird“), und teilt die Bundesregierung meine Ansicht, dass diese Präjudizwirkung keine ausreichende Begründung für ein Investitionsschutzkapitel im CETA-Abkommen ist, weil Bestimmungen zum Investitionsschutz einschließlich Investor-Staat-Schiedsverfahren auch nach Ansicht der Bundesregierung (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/351 zu Frage 24) in Abkommen mit OECD-Staaten (OECD – Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) nicht erforderlich sind und zugleich die mit einem ISDS-Kapitel (ISDS – Investor-state-dispute-settlement) einhergehenden Gefahren für den demokratischen Handlungsspielraum zu hoch sind?

**Antwort des Staatssekretärs Stefan Kapferer
vom 3. September 2014**

Die in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. zu Frage 24 genannte allgemeine Präjudizwirkung unter Beachtung der Eigenheiten jeder Verhandlungen bezieht sich auf alle von der Europäischen Kommission verhandelten

und zukünftig zu verhandelnden Handels- bzw. Investitionsabkommen.

Die Bundesregierung bleibt der Auffassung, Bestimmungen zum Investitionsschutz einschließlich Investor-Staat-Schiedsverfahren in Abkommen mit OECD-Staaten aufgrund der dort bestehenden Rechtsschutzmöglichkeiten grundsätzlich als nicht erforderlich anzusehen. Erst nach Vorlage des jeweils ausgehandelten Verhandlungstextes kann das jeweilige Handelsabkommen hinsichtlich der Wahrung des Gesamtinteresses beurteilt werden. Aufgrund der Eigenheiten der jeweiligen Verhandlungen können hier aber keine generalisierenden Aussagen getroffen werden. Die Bundesregierung setzt sich in allen Verhandlungen über Handelsabkommen dafür ein, dass allgemeine und angemessene Regelungen zum Schutz von Gemeinwohlzielen, die in demokratischen Entscheidungen rechtsstaatlich zustande kommen, erhalten und geschützt bleiben.

4. Abgeordneter **Dr. André Hahn**
(DIE LINKE.) Welche Aktivitäten zur Förderung des barrierefreien Tourismus plant die Bundesregierung für das Jahr 2015 (bitte die einzelnen Aktivitäten, das jeweils zuständige Bundesministerium und die dafür vorgesehenen finanziellen Mittel nennen), und in welcher Weise wurden Menschen mit Behinderungen und ihre Organisationen entsprechend Artikel 4 Absatz 3 der UN-Behindertenrechtskonvention in diese Planungen einbezogen?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Rainer Sontowski
vom 4. September 2014**

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) fördert bereits den barrierefreien Tourismus und plant ein weiteres Projekt in diesem Bereich. Mit dem Zuwendungsprojekt soll die bundesweite Umsetzung des im Projekt „Reisen für Alle“ entwickelten einheitlichen Kennzeichnungssystems für barrierefreie Angebote im Tourismus gefördert werden. Eine Beteiligung der NatKo (ehemals „Nationale Koordinationsstelle Tourismus für Alle e. V.“, heute „Tourismus für Alle Deutschland e. V.“) ist, wie im ersten Projekt, vorgesehen.

Über die Höhe der erforderlichen Finanzmittel können derzeit noch keine belastbaren Angaben gemacht werden, da sich das BMWi noch in der Abstimmungsphase befindet. Des Weiteren ist am 6. März 2015 wieder der „Tag des Barrierefreien Tourismus“ im Rahmen der Internationalen Reisebörse ITB geplant, den die Deutsche Zentrale für Tourismus e. V. in enger Zusammenarbeit mit der NatKo durchführen wird. Im Regierungsentwurf des Bundeshaushaltes 2015 sind hierfür 40 000 Euro eingestellt.

Das Bundesministerium für Gesundheit förderte bereits in der Vergangenheit den barrierefreien Tourismus indirekt im Wege der Projektförderung (z. B. über Zuschüsse an die NatKo).

Für das Haushaltsjahr 2015 liegen noch keine Förderanträge vor.

5. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Wer wird nach Kenntnis der Bundesregierung die Bundesrepublik Deutschland auf dem ersten „Weltkongress für barrierefreien Tourismus“ in Montréal vom 19. bis 22. Oktober 2014 (www.destinationsforall2014.com) vertreten, und in welcher Weise ermöglicht die Bundesregierung, mit Blick auf Artikel 32 der UN-Behindertenrechtskonvention, durch finanzielle Unterstützung Menschen mit Behinderungen (aus Deutschland) und ihre Organisationen, an diesem Kongress teilzunehmen?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Rainer Sontowski
vom 4. September 2014**

Deutschland wird auf dem ersten „Weltkongress für barrierefreien Tourismus“ durch die Deutsche Zentrale für Tourismus e. V. (DZT), institutioneller Zuwendungsempfänger des BMWi, vertreten sein. Die DZT wird auf dem Kongress eine aktive Rolle übernehmen. Unabhängig davon steht die Bundesregierung im ständigen Austausch mit den Behindertenverbänden zu Fragen des barrierefreien Tourismus. Dies schließt die internationale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet ein.

Eine finanzielle Unterstützung von Verbänden oder Einzelpersonen durch die Bundesregierung zur Teilnahme an internationalen Fachveranstaltungen ist grundsätzlich nicht üblich.

6. Abgeordnete
Jutta Krellmann
(DIE LINKE.)
- Inwiefern hat die Bundesregierung laut finalisiertem CETA-Vertragstext (www.tagesschau.de/wirtschaft/ceta-101.html) ihr Ziel erreicht, „dass Zweigniederlassungen von US-Konzernen in Kanada nicht Bestimmungen über Investor-Staat-Schiedsverfahren in CETA nutzen können, um Schadensersatzansprüche gegen die Bundesrepublik Deutschland oder andere EU-Mitgliedstaaten geltend zu machen“ (siehe Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/351 vom 28. Januar 2014) auch vor dem Hintergrund, dass sich nur „rechtlich unselbstständige Zweigniederlassungen nicht auf CETA berufen können“ (Schriftliche Frage 8 des Abgeordneten Klaus Ernst auf Bundestagsdrucksache 18/412 vom 30. Januar 2014), rechtlich selbstständige offenbar aber schon ebenso wie „Tochtergesellschaften von Drittstaateninvestoren, die substantielle Geschäftstätigkeiten in Kanada haben“ (Schriftliche Frage 8 des Abgeordneten Klaus Ernst auf Bundestagsdrucksache 18/412 vom 30. Januar 2014), und trifft es zu, dass legitime öffentliche Interessen weiterhin „in Ausnahmefällen eine entschädigungspflichtige indirekte Enteignung darstellen“ (Schriftliche Frage 5

des Abgeordneten Klaus Ernst auf Bundestagsdrucksache 18/2309 vom 24. Juli 2014) und ohnehin über den Schutzstandard „fair and equitable treatment“ (FET) beklagt werden können?

**Antwort des Staatssekretärs Stefan Kapferer
vom 2. September 2014**

Die Bundesregierung hält im Prinzip Investitionsschutzkapitel in Freihandelsabkommen zwischen entwickelten Rechtsstaaten nicht für erforderlich (siehe Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 3 der Abgeordneten Katharina Dröge auf Bundestagsdrucksache 18/2388). Soweit nach der Möglichkeit gefragt wird, dass Zweitniederlassungen von Drittstaaten in Kanada die Bestimmungen der Investor-Staat-Schiedsverfahren in CETA nutzen könnten, gilt nach dem vorliegenden Vertragstext, dass nur solche Unternehmen als Investor gelten, die nach dem Recht eines Vertragsstaats gegründet oder geführt werden und entweder selbst eine substantielle Geschäftstätigkeit in einem Vertragsstaat ausüben (keine Briefkastenfirmen) oder im Eigentum oder unter der Kontrolle von natürlichen Personen aus einem der Vertragsstaaten bzw. im Eigentum oder unter der Kontrolle von Unternehmen mit substantieller Geschäftstätigkeit in einem der Vertragsstaaten stehen. Rechtlich unselbständige Zweigniederlassungen, wie reine Geschäftsstellen („branch“) und Vertriebsbüros („representative office“) sind ausdrücklich von der Definition des Investors ausgeschlossen.

Soweit nach der Reichweite des Standards der indirekten Enteignung sowie der „Fair and equitable treatment“-Klausel gefragt wird, gilt weiterhin: Im Rahmen von Investor-Staat-Schiedsverfahren kann ein Staat nicht zur Änderung seiner Gesetze verurteilt werden. In Betracht kommen allein Schadensersatzansprüche von Investoren. Negative Auswirkungen einer Gesetzesänderung auf eine bereits getätigte Investition reichen nicht aus, um einen Schadensersatzanspruch zu begründen. Vielmehr muss die Gesetzesänderung willkürlich, unverhältnismäßig oder diskriminierend sein. Die Vertragsparteien heben in CETA ausdrücklich ihr gemeinsames Verständnis hervor, dass nichtdiskriminierende staatliche Maßnahmen im legitimen öffentlichen Interesse, wie beispielsweise zum Schutz der Umwelt, Sicherheit oder Gesundheit, nur in dem seltenen Ausnahmefall eine indirekte Enteignung darstellen, wenn diese Maßnahmen manifest unverhältnismäßig sind. In diesen Fällen ist die Maßnahme regelmäßig auch aufgrund innerstaatlichen Rechts entschädigungspflichtig.

7. Abgeordnete
**Jutta
Krellmann**
(DIE LINKE.)

Wie sind die Begriffe „substanzielle Geschäftstätigkeiten“ (Schriftliche Frage 8 des Abgeordneten Klaus Ernst auf Bundestagsdrucksache 18/412 vom 30. Januar 2014), „legitime öffentliche Interessen“ und „manifest unverhältnismäßig“ (Schriftliche Frage 5 des Abgeordneten Klaus Ernst auf Bundestagsdrucksache 18/2309 vom 24. Juli 2014) definiert, bzw. inwiefern entspricht eine noch abzuwartende Auslegung dieser Begriffe durch die Schiedsrichter

dem Vorhaben, durch enge Definitionen Missbrauch von Investor-Staat-Klagen auszuschließen (vgl. etwa http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-56_de.htm)?

**Antwort des Staatssekretärs Stefan Kapferer
vom 2. September 2014**

Die Bundesregierung geht davon aus, dass die Begriffe ausreichend definiert sind. Die an eine „substantielle Geschäftstätigkeit“ zu stellenden Anforderungen werden durch den Ausschluss reiner Geschäftsstellen („branch“) und Vertriebsbüros („representative office“) hinreichend konkretisiert. Der Begriff „legitime Interessen“ im Annex zu Enteignungen wird durch eine nicht abschließende beispielhafte Aufzählung ausgestaltet. Der Begriff „manifest unverhältnismäßig“ im Annex stellt hohe Anforderungen an seine Nachweisbarkeit.

- | | |
|--|--|
| 8. Abgeordnete
Caren
Lay
(DIE LINKE.) | Ist der Bundesregierung bekannt, wie sich die Anzahl der Beschäftigten im Bereich erneuerbare Energien zwischen den Jahren 2012 und 2013 entwickelt hat? |
|--|--|

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Rainer Sontowski
vom 3. September 2014**

Die Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, anhand der über die sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigten berichtet wird, sowie der Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes, der unter anderem Informationen zu den Erwerbstätigen enthält, können zwar grundsätzlich nach Wirtschaftszweigen differenziert werden, der Bereich der erneuerbaren Energien wird jedoch nicht einzeln abgebildet. So fällt beispielsweise die Elektrizitätserzeugung mit erneuerbaren Energieträgern unter die Wirtschaftsklasse „35.11 Elektrizitätserzeugung“ (Wirtschaftsabteilung „35 Energieversorgung“, Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008). Diese Klasse umfasst neben dem Betrieb von Stromerzeugungsanlagen mit erneuerbaren Energieträgern jedoch auch den gesamten Betrieb von fossilthermischen Kraftwerken, Kernkraft-, Gasturbinen- und Dieselmotorkraftwerken.

Gemäß einer Abschätzung, die im Rahmen eines vom BMWi geförderten Forschungsvorhabens durch ein Konsortium, bestehend aus der Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung mbH (GWS), dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW), dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR), dem Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW) sowie der Prognos AG durchgeführt worden ist, ist die Anzahl der Beschäftigten im Bereich der erneuerbaren Energien von 399 800 Beschäftigten im Jahr 2012 auf 371 400 im Jahr 2013 zurückgegangen.

Der Rückgang ist im Wesentlichen auf die Photovoltaikbranche zurückzuführen. Dort ging die Zahl der Beschäftigten von 100 300 im

Jahr 2012 auf rund 56 000 im Jahr 2013 zurück. Demgegenüber konnte in der Windbranche, die nunmehr den größten Beitrag zur Gesamtbeschäftigung aus erneuerbaren Energien leistet, ein Zuwachs der Beschäftigung auf rund 137 800 Personen verzeichnet werden (2012: 121 800 Beschäftigte). Der Beschäftigungsrückgang in der Photovoltaikbranche beruht im Kern auf zwei Faktoren:

- Zum einen führte der Ausbau der Kapazitäten zur Herstellung von Solarzellen und -modulen, insbesondere in Asien, zu wachsendem Wettbewerbsdruck auch auf die deutschen Hersteller.
- Zum anderen ist zu beachten, dass das hohe Beschäftigungsniveau im Jahr 2012 auf einen Photovoltaikzubau zurückzuführen war, der weit über dem anvisierten Zielkorridor des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) lag. Diese Zielüberschreitung resultierte daraus, dass die Vergütungen nicht schnell genug an die fallenden Weltmarktpreise angepasst wurden und somit sehr hohe Renditen zu erzielen waren. Kehrseite dieser Entwicklung war die steigende EEG-Umlage. Mit der Rückführung des Zubaus in den Zielkorridor ging naturgemäß ein Rückgang der Beschäftigten einher. Mit den nun im EEG verankerten Ausbaukorridoren für erneuerbare Energien erhalten die Akteure Planungssicherheit, wovon auch die Branche der erneuerbaren Energien profitiert. Dies bildet die Grundlage für einen stetigen und verlässlichen sowie kosteneffizienten weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien.

9. Abgeordnete **Caren Lay** (DIE LINKE.) Ist der Bundesregierung bekannt, wie sich die Anzahl der Arbeitsplätze bei der Herstellung von Solarzellen und Solarmodulen zwischen den Jahren 2011 und 2013 entwickelt hat?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Rainer Sontowski
vom 3. September 2014**

Speziell im Bereich der Herstellung von Photovoltaikanlagen (d. h. ohne Berücksichtigung der Beschäftigung im Zusammenhang mit Wartung und Betrieb der Anlagen) gab es im Jahr 2013 gemäß der in der Antwort zu Frage 8 genannten Abschätzung rund 45 100 Beschäftigte im Vergleich zu rund 89 850 Beschäftigten im Jahr 2012. Im Jahr 2011 belief sich die Anzahl der Beschäftigten im Bereich der Herstellung von Photovoltaikanlagen gemäß den Ergebnissen einer früheren Abschätzung desselben Forschungskonsortiums (GWS, DIW, DLR, ZSW und Prognos AG) auf rund 103 300 Beschäftigte. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass der Wert für das Jahr 2011 aufgrund einer abweichenden Datengrundlage nicht ohne Weiteres mit den Werten der Folgejahre verglichen werden kann. Im Übrigen wird auf die Erläuterungen in der Antwort zu Frage 8 verwiesen.

- | | |
|---|--|
| 10. Abgeordnete
Caren Lay
(DIE LINKE.) | Ist der Bundesregierung bekannt, wie sich die Anzahl der Betriebe bei der Herstellung von Solarzellen und Solarmodulen zwischen den Jahren 2011 und 2013 entwickelt hat? |
|---|--|

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Rainer Sontowski
vom 3. September 2014**

Zu der Anzahl der Betriebe im Bereich der Herstellung von Solarzellen und Solarmodulen liegen der Bundesregierung für den Zeitraum 2011 bis 2013 keine Zahlen vor.

- | | |
|---|---|
| 11. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) | Warum wurde die von der Bundesregierung als „Digital Champion“ in die entsprechende EU-Expertengruppe entsandte Prof. Dr. Gesche Joost nicht in die Erarbeitung der „Digitalen Agenda“ eingebunden (vgl. https://twitter.com/sebibrux/status/502210019765813248)? |
| 12. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) | War die Bundesregierung der Ansicht, dass es der fachlichen Expertise des „Digital Champion“ der Bundesregierung bei der Erarbeitung der „Digitalen Agenda“ nicht bedurfte? |

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Rainer Sontowski
vom 29. August 2014**

Die Fragen 11 und 12 werden zusammen beantwortet.

Die am 20. August 2014 vom Kabinett verabschiedete „Digitale Agenda 2014–2017“ ist ein Strategieprogramm der Bundesregierung und wurde federführend vom BMWi, vom Bundesministerium des Innern und vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur erarbeitet. Die Digitale Agenda setzt den Handlungsrahmen für ihre gemeinsame Umsetzung und Weiterentwicklung mit den relevanten Gruppen aus Wirtschaft, Wissenschaft, den Tarifpartnern und der Zivilgesellschaft in dieser Legislaturperiode. Der Kabinettsbeschluss war dazu der Auftakt.

Prof. Dr. Gesche Joost, „Digital Champion“ bzw. Internetbotschafterin der Bundesregierung bei der Europäischen Kommission, wurde von der Bundesregierung als solche berufen, ist in ihrer Eigenschaft aber unabhängig und kein Teil der Bundesregierung.

Prof. Dr. Gesche Joost wird aufgrund ihrer fachlichen Expertise und ihrer Verbindungen zur Europäischen Kommission als „Digital Champion“ in die Umsetzung und Weiterentwicklung der Digitalen Agenda eingebunden.

13. Abgeordneter
**Michael
Schlecht**
(DIE LINKE.)
- Wie viele Übernahmen, inklusive Erringung von Sperrminoritäten, von Unternehmen seitens Hedgefonds und Private-Equity-Fonds u. Ä. sind der Bundesregierung in den letzten fünf Jahren bekannt, und wie hat sich dies nach Kenntnis der Bundesregierung auf die Beschäftigten in den betroffenen Unternehmen ausgewirkt?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Rainer Sontowski
vom 4. September 2014**

Die Bundesregierung führt keine systematischen Erhebungen zu Änderungen von Gesellschafterzusammensetzungen in Unternehmen durch. Auch das Bundeskartellamt erfasst anmeldepflichtige Unternehmenszusammenschlüsse gemäß dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen nicht gesondert danach, ob die Übernahme durch Hedgefonds, Private-Equity-Fonds und ähnliche Finanzinvestoren erfolgt.

14. Abgeordneter
**Michael
Schlecht**
(DIE LINKE.)
- Wie sieht der Zeitplan der Bundesregierung bezüglich der im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vereinbarten Prüfung der Einführung der Tariftreue im Vergaberecht auf Bundesebene aus, und liegen schon erste Ergebnisse der Prüfung vor?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Rainer Sontowski
vom 3. September 2014**

Die Koalitionsparteien haben im Koalitionsvertrag für das Vergaberecht vereinbart, die Einführung von Regelungen auf Bundesebene zur Einhaltung allgemeinverbindlicher Tarifverträge zu prüfen. Die Bundesregierung plant, diesem Auftrag im Rahmen der anstehenden Umsetzung der EU-Richtlinien zur Modernisierung des Vergaberechts nachzukommen. Die Umsetzungsfrist endet am 18. April 2016.

15. Abgeordneter
**Michael
Schlecht**
(DIE LINKE.)
- Liegen der Bundesregierung Informationen vor, ob und in welchem Umfang Aufträge, die seitens des Bundes vergeben wurden, in den letzten fünf Jahren an Auftragnehmer gegangen sind, die keiner Tarifbindung unterlagen bzw. unterliegen?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Rainer Sontowski
vom 3. September 2014**

Der Bundesregierung liegen dazu keine Informationen vor.

16. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen ausländischen Stellen in Irak, Syrien und anderen (Bürger-)Kriegsregionen wurden durch die Eckernförder „SIG Sauer GmbH & Co. KG“, deren US-Schwester „SIG Sauer Inc.“ sowie deren Emsdetter Eigentümer „L&O Holding“ ohne deutsche Export-Genehmigung über Zwischenkäufer der US-Regierung nach dem dortigen intergovernmentalen (Foreign Military Sales-)System seit dem Jahr 2006 Waffen sowie knapp 65 000 Pistolen und zusätzlich Scharfschützengewehre an kolumbianische Militärs sowie Polizei (vgl. SZ-online 9./10./13. Juli und 9. August 2014) geliefert, und wird die Bundesregierung – auch aufgrund der Anfang Juli 2014 durch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) veranlassten Prüfung der für Exporte nötigen gewerberechtlichen Zuverlässigkeit (vgl. sueddeutsche.de/politik/waffenexporte-ausfuhrstopp-fuer-waffenexporteur-sig-sauer-1.2045032) – keinerlei Exporte dieser Unternehmer mehr genehmigen und keine Lieferzuschläge für Bundesbeschaffungen erteilen lassen sowie die USA entsprechend Nummer IV der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von ... Rüstungsgütern“ mangels sicheren dortigen Waffenendverbleibs, von der Belieferung mit Waffen grundsätzlich ausschließen?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Rainer Sontowski
vom 4. September 2014**

Die Bundesregierung erfasst die Daten über Genehmigungen für die Ausfuhr von Rüstungsgütern und veröffentlicht diese in den Rüstungsexportberichten. Eine systematische Datenerfassung zu Vorgängen, die ohne deutsche Ausfuhrgenehmigungen vorgenommen werden, erfolgt seitens der Bundesregierung nicht.

Erkenntnisse zu rechtswidrigen Ausfuhrhandlungen resultieren gewöhnlich aus der Arbeit von Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden, die zu entsprechenden Rechtsverletzungen ermitteln und diese strafrechtlich verfolgen.

Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) hat aufgrund der erhobenen Vorwürfe eine Zuverlässigkeitsprüfung bei SIG Sauer GmbH & Co. KG eingeleitet und damit einhergehend die Bescheidung aller dem BAFA vorliegenden Anträge des Unternehmens ausgesetzt. Die Prüfung dauert an. Schlussfolgerungen werden anhand des Prüfungsergebnisses gezogen werden.

Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. zu „Möglichen illegalen Waffenlieferungen nach Kolumbien“ (Bundestagsdrucksache 18/2238 vom 28. Juli 2014), insbesondere auf die Antwort zu den Fragen 2, 8 und 18, verwiesen.

17. Abgeordneter
Dr. Harald Terpe
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass die Bereiche der Daseinsvorsorge, die in Deutschland dem „Sozialstaat“ zugerechnet werden müssen (in Übereinstimmung mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union von 2009) nicht in die Zuständigkeit der Europäischen Union fallen – und somit nach meiner Auffassung auch vom Transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP unberührt bleiben müssen, und wie sieht die Bundesregierung vor diesem Hintergrund konkret den Bereich der stationären Versorgung (Krankenhausleistungen)?

**Antwort des Staatssekretärs Stefan Kapferer
vom 3. September 2014**

Das geplante TTIP-Abkommen hat keinen Einfluss auf die Zuständigkeitsordnung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten. Die Zuständigkeit für den Handel mit Dienstleistungen liegt gemäß Artikel 207 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) bei der EU. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass durch einen Vorbehalt gegen Marktöffnungsverpflichtungen für Dienstleistungen der Daseinsvorsorge in diesem Bereich keine Verpflichtungen übernommen werden. Das gilt auch für die stationäre Krankenhausversorgung. Eine Marktöffnung in diesem Bereich ist auch nicht vorgesehen. Die Bundesregierung hat dabei im Blick, dass nach Artikel 168 Absatz 7 AEUV die Festlegung der nationalen Gesundheitspolitik, die Organisation des Gesundheitswesens und die medizinische Versorgung in der Verantwortung der Mitgliedstaaten verbleiben.

18. Abgeordneter
Dr. Harald Terpe
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie lautet die konkrete Formulierung in den „Leitlinien für die Verhandlungen über die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika“, mit der gegenüber der Europäischen Kommission und den USA verbindlich sichergestellt und die auf der Webseite des BMWi unter „Häufig gestellte Fragen zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)“ (www.bmwi.de/DE/Themen/Aussenwirtschaft/Ttip/faqs.html) erwähnte Ausnahme begründet wird, wonach über das öffentlich finanzierte Gesundheitswesen – im Sinne des Integrationsverbotes für die Bereiche des Sozialstaates aus dem Lissabon-Urteil des Bundesverfassungsgerichts – bei TTIP nicht verhandelt werden soll?

**Antwort des Staatssekretärs Stefan Kapferer
vom 3. September 2014**

Dieser Punkt ist in den Nummern 19 und 20 der Leitlinien geregelt.

Nummer 19 lautet wie folgt: „Die hohe Qualität der öffentlichen Versorgung in der EU sollte im Einklang mit dem AEUV, insbesondere dem Protokoll Nr. 26 über Dienste von allgemeinem Interesse, und unter Berücksichtigung der Verpflichtungen der EU in diesem Bereich, einschließlich des GATS-Abkommens, gewahrt werden.“

Nummer 20 lautet wie folgt: „Dienstleistungen gemäß Artikel I Absatz 3 des GATS-Abkommens, die in Ausübung hoheitlicher Gewalt erbracht werden, sind von den Verhandlungen ausgeschlossen.“

- | | |
|--|--|
| 19. Abgeordneter
Dr. Harald Terpe
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) | Hat sich gegenüber der Aussage auf der Webseite des BMWi (www.bmwi.de/DE/Themen/Aussenwirtschaft/Ttip/faqs.html), wonach sich nach derzeitigem Verhandlungsstand nichts an der Ausschreibungspflicht von Krankenhausleistungen ändern werde, etwas geändert, und worauf beruht diese Aussage? |
|--|--|

**Antwort des Staatssekretärs Stefan Kapferer
vom 3. September 2014**

Das TTIP-Abkommen soll nach Auffassung der Bundesregierung wie das CETA-Abkommen für die EU-Mitgliedstaaten keine neuen Pflichten zur Ausschreibung von Dienstleistungen festlegen. Dies gilt auch für alle Krankenhausleistungen.

- | | |
|--|--|
| 20. Abgeordneter
Dr. Harald Terpe
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) | Worauf beruht die Aussage auf der genannten Webseite, multinationale Unternehmen erhielten im Krankenhausbereich keine zusätzlichen Klagemöglichkeiten, und welche derartigen Klagemöglichkeiten bestehen nach Kenntnis der Bundesregierung bereits jetzt? |
|--|--|

**Antwort des Staatssekretärs Stefan Kapferer
vom 3. September 2014**

Die Aussage auf der Website bezieht sich auf Klagemöglichkeiten bei öffentlichen Ausschreibungen. Grundsätzlich gibt es bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen Nachprüfungs- und Klagemöglichkeiten von Unternehmen, die im Vergabeverfahren unterlegen sind. Da das TTIP-Abkommen aber keine neuen Pflichten zur Ausschreibung von Krankenhausleistungen festlegt (siehe Antwort zu Frage 19), werden in diesem Bereich auch keine zusätzlichen Nachprüfungs- und Klagemöglichkeiten von Unternehmen eröffnet.

21. Abgeordnete
Dr. Julia Verlinden
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die bisher durch die Ökodesign-Richtlinie erzielten absoluten Energieeinsparungsergebnisse, und welche Notwendigkeit zur Weiterentwicklung der Richtlinie oder weiterer politischer Instrumente sieht sie, besonders vor dem Hintergrund, dass relative Effizienzsteigerungen teilweise durch den Kauf größerer und damit energieintensiverer Geräte kompensiert werden (so genannte Rebound-Effekte)?

**Antwort des Staatssekretärs Stefan Kapferer
vom 3. September 2014**

Die Bundesregierung bewertet die durch die Ökodesign-Richtlinie erzielten und kommenden Energieeinsparungsergebnisse positiv. Bisher bestehen unter der Ökodesign-Richtlinie für 23 Produktgruppen Durchführungsverordnungen der Europäischen Kommission mit Anforderungen an die Energieeffizienz und weitere Umwelteigenschaften energieverbrauchsrelevanter Produkte. Für zehn Produktgruppen besteht die Verpflichtung, den Energieverbrauch mit dem Energieeffizienzlabel zu kennzeichnen. Die EU-Ökodesign-Richtlinie und die EU-Energieverbrauchskennzeichnungsrichtlinie sind wesentliche Instrumente zur Steigerung der Energieeffizienz im Produktbereich. Sie leisten einen wichtigen Beitrag, um die europäischen und nationalen Energieeinsparziele zu erreichen. Im zurückliegenden Jahr 2013 sind fünf neue Ökodesign-Verordnungen in Kraft getreten. Durch die Energieeffizienzvorgaben für Heizungen, Warmwasserbereiter, Geräte im Bereitschaftsbetrieb, Staubsauger und Computer ist eine Reduzierung des Energieverbrauchs in Europa ab dem Jahr 2020 um etwa 720 Terawattstunden gegenüber dem absehbaren Verbrauch ohne Regulierung prognostiziert. Die EU-Ökodesign-Richtlinie und die EU-Energieverbrauchskennzeichnungsrichtlinie werden derzeit durch die Europäische Kommission hinsichtlich ihrer Wirkungen und der Notwendigkeit einer Weiterentwicklung überprüft. An den Konsultationen ist die Bundesregierung aktiv beteiligt. Für Anfang des Jahres 2015 hat die Europäische Kommission die Vorlage von Ergebnissen und möglichen Regelungsvorschlägen angekündigt. Die Bundesregierung wird sich zu gegebener Zeit an weiteren Konsultationen und ggf. Rechtsetzungsverfahren beteiligen. In den Verhandlungen über Durchführungsmaßnahmen setzt sich die Bundesregierung für eine Abschwächung möglicher Rebound-Effekte ein, zum Beispiel indem innerhalb einer Produktgruppe für größere Geräte vergleichsweise höhere Mindestanforderungen an die Energieeffizienz festgesetzt werden, als für kleinere Geräte. Es bedarf dabei immer einer Einzelfallprüfung.

22. Abgeordnete
Dr. Julia Verlinden
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viel Energie wurde nach Kenntnis der Bundesregierung durch Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs im Rahmen der EU-Ökodesign-Richtlinie in Deutschland und in Europa seit Inkrafttreten der Richtlinie bisher eingespart, und wie hoch sind die Energie-

kosten, die dadurch bei privaten Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie in Unternehmen bisher vermieden werden konnten?

**Antwort des Staatssekretärs Stefan Kapferer
vom 3. September 2014**

Nach Kenntnis der Bundesregierung werden für Deutschland Endenergieeinsparungen durch Ökodesign-Maßnahmen für neun betrachtete Produktgruppen (Umwälzpumpen, Kühl- und Gefriergeräte, Elektromotoren, Geräte im Bereitschaftsbetrieb, Fernsehgeräte, Büro- und Straßenbeleuchtung, einfache Set-Top-Boxen, externe Netzteile und Haushaltsbeleuchtung) in Höhe von etwa 60 Terawattstunden pro Jahr ab dem Jahr 2020 erwartet. Die Europäische Kommission geht für Europa von möglichen Einsparungen in Höhe von 366 Terawattstunden pro Jahr ab dem Jahr 2020 für 13 Produktgruppen aus (die oben genannten zuzüglich Waschmaschinen, Ventilatoren, Geschirrspüler und Lüftungstechnik). Diese Einsparungen beziehen sich auf die prognostizierte Entwicklung des Energieverbrauchs ohne regulatorische Maßnahmen. Der Bundesregierung liegen bislang keine Zahlen zu den vermiedenen Energiekosten vor.

- | | |
|--|---|
| 23. Abgeordnete
Dr. Julia
Verlinden
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) | Wie viel Energie wird nach Kenntnis der Bundesregierung durch die bis einschließlich Januar 2015 in Kraft tretenden Maßnahmen zur Energieverbrauchssenkung im Rahmen der EU-Ökodesign-Richtlinie in Deutschland und Europa voraussichtlich eingespart, und wie hoch sind die Energiekosten, die dadurch bei privaten Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie in Unternehmen voraussichtlich vermieden werden? |
|--|---|

**Antwort des Staatssekretärs Stefan Kapferer
vom 3. September 2014**

Es wird auf die Antwort zu Frage 22 verwiesen.

- | | |
|---|---|
| 24. Abgeordnete
Dr. Sahra
Wagenknecht
(DIE LINKE.) | Kann die Bundesregierung ausschließen, dass deutsche Waffenlieferungen an Katar und Saudi-Arabien über Umwege an die ISIS-Kämpfer (ISIS – Islamischer Staat im Irak und Syrien) gelangt sind? |
|---|---|

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Rainer Sontowski
vom 4. September 2014**

Die Bundesregierung prüft vor Erteilung der Ausfuhrgenehmigung den Endverbleib. Durch die Ex-ante-Prüfung wird von vornherein sichergestellt, dass Rüstungsgüter nicht an Empfänger geliefert werden, bei denen die Gefahr besteht, dass die Güter umgeleitet werden.

Wenn Zweifel am gesicherten Endverbleib beim Empfänger bestehen, werden Ausfuhranträge abgelehnt. Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse vor, dass deutsche Waffenlieferungen an Katar und Saudi-Arabien über Umwege an die ISIS-Kämpfer gelangt sind.

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

25. Abgeordneter
**Volker
Beck
(Köln)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern hält die Bundesregierung die in dem Runderlass des Auswärtigen Amts (AA) vom 4. August 2014 vertretene Auffassung, die Erteilung eines Visums zum Nachzug zu einem assoziationsberechtigten türkischen Ehegatten ohne Nachweis einfacher Kenntnisse der deutschen Sprache sei nur dann unionsrechtlich zwingend, wenn ein Härtefall vorliege, angesichts dessen, dass der Europäische Gerichtshof am 10. Juli 2014 in der Rechtssache Dogan entschieden hat, dass Unionsrecht „einer Regelung [...] entgegensteht, die [...] vorschreibt, dass Ehegatten von [...] türkischen Staatsangehörigen [...] vor der Einreise nachweisen müssen, dass sie einfache Kenntnisse der Amtssprache [...] erworben haben“ und sich auch in den Entscheidungsgründen des Urteils allenfalls ein Hinweis darauf findet, dass „besondere Umstände des Einzelfalls berücksichtigt werden [müssen]“ (Rn. 38), nicht aber, dass von der Nachweispflicht lediglich in Härtefällen abgesehen werden muss?

Antwort des Staatssekretärs Stephan Steinlein vom 4. September 2014

Die Dogan-Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs vom 10. Juli 2014 hat Raum für verschiedene juristische Interpretationsansätze gelassen, die nebeneinander stehen. Für Fragen des Aufenthaltsrechts ist grundsätzlich das Bundesministerium des Innern (BMI) zuständig. Dementsprechend wurde die Erstbewertung des Urteils und dessen vorläufige Umsetzung zwischen AA und BMI abgestimmt.

Die Bundesregierung vertritt danach die Ansicht, dass es zur Umsetzung des Urteils erforderlich, aber auch ausreichend ist, die Forderung des Europäischen Gerichtshofs, „dass besondere Umstände des Einzelfalls berücksichtigt werden“ (Rn. 38), durch die Einführung einer besonderen Härtefallregelung zu erfüllen. Diese gilt unabhängig von der Staatsangehörigkeit des Stammberechtigten. Damit sollten anhängige Fälle, die dem Dogan-Fall gleichgelagert sind, einer Lösung zugeführt werden können.

Um den Betroffenen schnell zu helfen, wurden diese Vorgaben des Europäischen Gerichtshofs umgehend per Erlass vom 11. Juli 2014 und vom 4. August 2014 an die Auslandsvertretungen übermittelt.

26. Abgeordnete
**Sevim
Dağdelen**
(DIE LINKE.)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, dass die von dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko angekündigten Aufrüstungsmaßnahmen in Höhe von 2,2 Mrd. Euro in den kommenden drei Jahren durch deutsche oder europäische Finanzhilfen – auch über eventuelle Umschichtungen im Haushalt – de facto finanziert werden?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Markus Ederer
vom 4. September 2014**

Die Finanzhilfen der Bundesregierung sind stets zweckgebunden, d. h. ihre Verwendung ist genau definiert und wird im Laufe der Projektdurchführung bzw. spätestens bei Projektabschluss überprüft, um eine andere als die vereinbarte Verwendung auszuschließen.

Die Finanzhilfen der Europäischen Union sind zum großen Teil zweckgebundene Mittel, die in konkret festgelegte Projekte fließen. Die EU leistet darüber hinaus – ergänzend zum Internationalen Währungsfonds – Finanzhilfen in Form von Darlehen, die zur dringend notwendigen Stabilisierung der ukrainischen Zahlungsbilanzsituation sowie des Staatshaushaltes beitragen sollen. Diese sind ebenfalls an die Umsetzung konkreter finanz- und wirtschaftspolitischer Reformen gebunden. Die EU wird die Verwendung der von ihr eingesetzten Mittel genau kontrollieren.

27. Abgeordnete
**Sevim
Dağdelen**
(DIE LINKE.)
- Ist der Bundesregierung das Interview des IS-Kommandanten Ebu Yusuf (IS – Islamischer Staat) mit der „Washington Post“ vom 12. August 2014 bekannt, in dem er sich bei der Türkei für die Unterstützung des IS bedankt, und welche Schlüsse in ihrer militärischen, polizeilichen und geheimdienstlichen Zusammenarbeit mit der Türkei hat die Bundesregierung hieraus gezogen?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Markus Ederer
vom 4. September 2014**

Die Bundesregierung ist mit der türkischen Regierung in laufendem Kontakt. Dabei geht es unter anderem um die Situation im Nordirak und den IS, insbesondere auch vor dem Hintergrund der Tatsache, dass der IS Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des türkischen Generalkonsulats Mosul und deren Angehörige seit Juni 2014 als Geiseln festhält. Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 14. August 2014 (Bundestagsdrucksache 18/2369) verwiesen.

28. Abgeordnete
**Sevim
Dağdelen**
(DIE LINKE.)
- Welche Anstrengungen hat die Bundesregierung unternommen, damit humanitäre Hilfe in den belagerten Städten in der Ostukraine geleistet wird, und inwiefern gedenkt die Bundesregierung eine Einstellung der Lieferung von Dual-Use-Gütern an die Ukraine angesichts des tobenden Bürgerkrieges in der Südostukraine?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Markus Ederer
vom 5. September 2014**

Die Bundesregierung hat 6 Mio. Euro für humanitäre Hilfsleistungen in der Ukraine bereitgestellt. Mit einem Großteil der Mittel (2 Mio. Euro) unterstützt das AA das Deutsche Rote Kreuz e. V. (DRK), das in enger Kooperation mit dem Ukrainischen Roten Kreuz humanitäre Hilfsmaßnahmen im medizinischen Bereich leistet (Bereitstellung von Fahrzeugen, Stärkung der Erste-Hilfe-Reaktionsfähigkeit, Verbandsmaterial, Decken und Schlafsäcke). Darüber hinaus unterstützt das AA mit 2 Mio. Euro die Hilfsmaßnahmen der Vereinten Nationen (VN), insbesondere des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) und des Büros der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) vor Ort. Zur Unterstützung der Hilfsmaßnahmen des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) hat das AA 1 Mio. Euro bereitgestellt. Weiterhin unterstützt das AA die humanitären Hilfsmaßnahmen der deutschen Nichtregierungsorganisationen Caritas International und Diakonie Katastrophenhilfe mit 1 Mio. Euro. Die Hilfsgüter des DRK werden hauptsächlich in der Region Donezk im Osten der Ukraine verteilt. Insbesondere die Krankenhäuser in Volnova, Mariinsk, Dobropilsk, Makeevka, Gorlovka, Mariupol und Kramatorsk sowie gesundheitliche Einrichtungen des Ukrainischen Roten Kreuzes werden beliefert. Im August 2014 wurden Feldküchen, Fahrzeuge, Decken, Bettwäsche, Schlafsäcke sowie Hygiene-Sets für Erwachsene geliefert und Medikamente vor Ort vor allem für das Zentralthospital in Slaviansk beschafft.

Darüber hinaus stellt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung für das Jahr 2014 insgesamt 25 Mio. Euro zur Stärkung ukrainischer Gemeinden bei der Aufnahme von Binnenvertriebenen aus der Ostukraine und der Krim zur Verfügung. Mit diesen Mitteln soll über die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH unter anderem die Schaffung winterfester Wohnquartiere mit entsprechender Infrastruktur gefördert werden.

Ausfuhranträge für Güter mit doppeltem Verwendungszweck werden in jedem Einzelfall geprüft. Vor dem Hintergrund der aktuellen Situation in der Ukraine erfolgt diese Prüfung auch weiterhin sehr sorgfältig. In Fällen, in denen eine rein zivile Verwendung von zur Ausfuhr bestimmten Gütern mit doppeltem Verwendungszweck nachgewiesen ist, sieht die Bundesregierung keine Veranlassung, die Lieferung solcher Güter in die Ukraine zu unterbinden.

29. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Schätzt die Bundesregierung die aktuelle Lage im Irak als Völkermord ein, und wenn ja, aufgrund welcher Kriterien?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Markus Ederer
vom 5. September 2014**

Völkermord ist ein Tatbestand des Völkerstrafrechts. Er ist in der gleichnamigen Konvention von 1948 sowie im Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofes von 1998 definiert und ebenso innerstaatlich in § 6 des Völkerstrafgesetzbuchs von 2002 unter Strafe gestellt. Als Straftatbestand setzt Völkermord voraus, dass der Täter subjektiv in der Absicht handelt, eine nationale, rassische, religiöse oder ethnische Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören. Ohne diese Absicht begangene Verfolgungsmaßnahmen sind ggf. als Verbrechen gegen die Menschlichkeit unter Strafe gestellt. Die Entscheidung darüber, ob eine Person des Völkermords schuldig gesprochen werden kann, treffen die dafür im konkreten Fall zuständigen internationalen oder nationalen Strafgerichte.

In einer Sondersitzung des VN-Menschenrechtsrats zur Lage im Irak am 1. September 2014 stellte die stellvertretende Hochkommissarin für Menschenrechte der VN, Flavia Pansieri, fest, dass die gezielte und brutale Verfolgung von Bevölkerungsgruppen durch IS ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit sei und den Tatbestand von ethnischen und religiösen Säuberungen erfüllen könnte. Sie hat die internationale Gemeinschaft und die irakische Regierung aufgefordert, die besonders schutzbedürftigen Gruppen im Land zu schützen.

Die Bundesregierung ist über Berichte von gezielt gegen bestimmte Gruppen gerichteten Massentötungen durch IS im Nordirak tief besorgt und hat deshalb Maßnahmen ergriffen, um IS zurückzudrängen und der Gefahr eines Völkermordes zu begegnen.

30. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Für wie bedeutsam hält die Bundesregierung – auch nach derzeitigen Erkenntnissen der ihr nachgeordneten Stellen – den Schaden, welchen der mutmaßliche US-Spion Markus R. der Bundesrepublik Deutschland sowie dem Bundesnachrichtendienst (BND) durch heimliche Übermittlung amtlicher Dokumente verursachte, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus für das künftige Verhältnis zu den USA sowie für nötige Verbesserungen hiesiger Sicherheitsvorkehrungen v. a. beim BND?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Markus Ederer
vom 4. September 2014**

Die Bundesregierung hat den Vorgang unmittelbar nach Bekanntwerden mit der amerikanischen Regierung aufgenommen. Der Legalresident der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika in Berlin hat im Juli 2014 Deutschland auf Bitte der Bundesregierung verlassen. Die Bundesregierung steht darüber hinaus mit den USA in einem engen, vertrauensvollen Dialog, um die offenen Fragen im bilateralen Verhältnis auszuräumen und das notwendige ausgewogene Maß von Privatheit, Datenschutz und nachrichtendienstlichen Erfordernissen zu finden.

Eine abschließende Beurteilung des entstandenen Schadens ist erst nach Abschluss des laufenden Strafverfahrens möglich.

Das System der Eigensicherung des BND hat sich grundsätzlich als effizient und effektiv erwiesen. Der BND schöpft bei der Durchführung seiner Eigensicherung den ihm zur Verfügung stehenden gesetzlichen Rahmen vollumfänglich aus.

- | | |
|---|---|
| 31. Abgeordnete
Dr. Sahra
Wagenknecht
(DIE LINKE.) | Besitzt die Bundesregierung Kenntnisse darüber, wie die ISIS (Islamischer Staat im Irak und Syrien) ihr Öl verkauft (bitte, wenn möglich, unter Angabe der Transportwege, der Abnehmer und der Mengen), und was unternimmt die Bundesregierung dagegen? |
|---|---|

**Antwort des Staatssekretärs Stephan Steinlein
vom 4. September 2014**

Die Antwort kann aus Gründen des Staatswohls nicht in offener Form gegeben werden. Arbeitsmethoden und Vorgehensweisen der Nachrichtendienste des Bundes sind im Hinblick auf die künftige Erfüllung des gesetzlichen Auftrags aus § 1 des Gesetzes über den Bundesnachrichtendienst besonders schutzwürdig. Ebenso schutzbedürftig sind Einzelheiten zu der nachrichtendienstlichen Erkenntnislage. Eine Veröffentlichung von Einzelheiten betreffend solcher Erkenntnisse würde zu einer Schwächung der den Nachrichtendiensten zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Informationsgewinnung führen. Dies würde für die Auftragserfüllung Nachteile zur Folge haben. Insofern könnte die Offenlegung entsprechender Informationen für die Interessen der Bundesrepublik Deutschland nachteilig sein. Deshalb sind die entsprechenden Informationen als Verschluss-sache gemäß der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift des BMI zum materiellen und organisatorischen Schutz von Verschluss-sachen (VS-Anweisung – VSA) mit dem VS-Grad „VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH“ eingestuft und als Anlage beigelegt.*

* Das Auswärtige Amt hat die Anlage zu der Antwort des Staatssekretärs Stephan Steinlein vom 4. September 2014 als „VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH“ eingestuft. Von einer Veröffentlichung der Anlage in einer Bundestagsdrucksache wird daher abgesehen. Sie ist im Parlamentssekretariat des Deutschen Bundestages hinterlegt und kann dort von Berechtigten eingesehen werden.

32. Abgeordnete
**Dr. Sahra
Wagenknecht**
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung über finanzielle und sonstige Unterstützung der ISIS aus privaten und staatlichen Quellen aus Katar und Saudi-Arabien, und was unternimmt die Bundesregierung dagegen?

**Antwort des Staatssekretärs Stephan Steinlein
vom 4. September 2014**

Nach Kenntnis der Bundesregierung erfolgt die Finanzierung von IS durch Einnahmen aus Ölfeldern, Entführungen, Enteignungen, Mautzahlungen, allgemeiner Kriminalität sowie Spenden aus dem In- und Ausland.

Der Bundesregierung liegen keine konkreten Erkenntnisse über eine Zusammenarbeit saudischer und katarischer Regierungsstellen mit IS vor. Gerade von der Regierung Saudi-Arabiens wird der islamistische Terror seit langer Zeit als schwerwiegende Bedrohung der eigenen Sicherheit gesehen. Anfang des Jahres 2014 hat die saudische Regierung ein umfangreiches Maßnahmenpaket beschlossen, das u. a. die Listung zahlreicher Organisationen (darunter die diversen Al-Qaida-Organisationen inklusive der Al-Nusra-Front und IS) sowie das Verbot der Beteiligung saudischer Staatsangehöriger an Kämpfen im Ausland umfasst. Auch der Aufruf zu Teilnahmen an Kämpfen im Ausland wurde unter Strafe gestellt.

33. Abgeordnete
**Dr. Sahra
Wagenknecht**
(DIE LINKE.)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, dass Geldmittel zur Unterstützung der ISIS sich im deutschen sowie europäischen Finanzsystem befanden oder befinden, und was unternimmt die Bundesregierung dagegen?

**Antwort des Staatssekretärs Stephan Steinlein
vom 4. September 2014**

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat die Terrororganisation IS unter den von ihr jeweils verwendeten Bezeichnungen bereits seit dem Jahr 2004 als terroristische Organisation gelistet. Die Sanktionen des VN-Sicherheitsrates – die über die Europäische Union auch von Deutschland konsequent in nationales Recht umgesetzt werden – beinhalten Vermögenseinfrierungen inklusive Kontensperren, Reiseverbote und ein Waffenembargo. Zusätzlich werden Zahlungen von und an gelistete Personen durch die Monitoring-Systeme der Banken kontrolliert und ggf. unterbunden. Deutsche, die sich der Terrororganisation anschließen, machen sich strafbar.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

34. Abgeordnete
**Luise
Amtsberg**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung der Ansicht, dass es rechtlich möglich bzw. integrationspolitisch sinnvoll ist, dass geduldete „Ehegatten, Partner sowie alle direkten Verwandten in absteigender oder aufsteigender Linie“ eines durch den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) förderungsfähigen Drittstaatsangehörigen – entsprechend der Öffnungsklausel im 23. Erwägungsgrund der EU-Verordnung für den „Europäischen Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds“ (Verordnung (EU) 516/2014; AMIF-VO) – doch Zugang zu AMIF-geförderten Integrationsmaßnahmen haben können sollten, und wenn nein, warum nicht?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ole Schröder vom 4. September 2014

Durch den AMIF förderfähige Integrationsmaßnahmen sind grundsätzlich auf Drittstaatsangehörige ausgerichtet, die sich rechtmäßig in einem Mitgliedstaat aufhalten oder gegebenenfalls im Begriff sind, einen rechtmäßigen Wohnsitz in einem Mitgliedstaat zu erlangen. Zielgruppe der deutschen Integrationspolitik sind alle Ausländer, die sich rechtmäßig und auf Dauer im Bundesgebiet aufhalten unabhängig von ihrer Nationalität, § 43 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG).

Nach der AMIF-VO ist es möglich, die nationale Zielgruppe annähernd abzubilden, indem in den Nationalen Programmen des jeweiligen Mitgliedstaates vorgesehen wird, dass sich AMIF-geförderte Integrationsmaßnahmen auf „nächste Verwandte“ des betreffenden Drittstaatsangehörigen erstrecken können, sofern dies für ihre wirksame Durchführung erforderlich ist. Eine darüber hinausgehende Erweiterung der Zielgruppe auf geduldete Personen (vorübergehende Aussetzung der Abschiebung) ist im Hinblick auf die derzeitige nationale Rechtslage und zur Vermeidung einer inhomogenen Integrations- und Förderpraxis in Deutschland nicht beabsichtigt. Unabhängig von den Verwandtschaftsverhältnissen besteht jedoch im AMIF die Möglichkeit, Drittstaatsangehörige auch zu fördern, die die Voraussetzungen der gesetzlichen Altfallregelung erfüllen, wenn sie eine Aufenthaltserlaubnis nach § 104a Absatz 1 und § 104b i. V. m. § 23 Absatz 1 AufenthG besitzen.

35. Abgeordneter
**Volker
Beck**
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie rechtfertigt es die Bundesregierung, dass der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Freizügigkeitsgesetzes/EU und weiterer Vorschriften, der auf der Tagesordnung der Kabinetsitzung vom 27. August 2014 stand, weiterhin an keiner Stelle – auch nicht in der Begründung – die Vereinbarkeit der vorgesehenen Wiedereinreisesperren gegen Unionsbür-

gerinnen und Unionsbürger jenseits der bereits geltenden Regelungen mit Artikel 15 der Freizügigkeitsrichtlinie („eine Entscheidung, die die Freizügigkeit von Unionsbürgern beschränkt und nicht aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit erlassen wird, darf nicht mit einem Einreiseverbot des Aufnahmemitgliedstaates einhergehen“) thematisiert, obwohl die Bundesregierung zumindest durch meine Schriftliche Frage 28 auf Bundestagsdrucksache 18/1742 auf insofern bestehende Zweifel aufmerksam gemacht worden ist, und aufgrund welcher Erwägungen meint die Bundesregierung, dass Artikel 15 der Richtlinie den geplanten Wiedereinreisesperren nicht entgegensteht?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ole Schröder vom 4. September 2014

Im Gegensatz zu der in der Frage zum Ausdruck kommenden Rechtsauffassung, wonach Artikel 15 der Freizügigkeitsrichtlinie, der vorsieht, dass eine Entscheidung, die die Freizügigkeit von Unionsbürgern beschränkt und die nicht aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit erlassen wird, nicht mit einem Einreiseverbot des Aufnahmemitgliedstaates einhergehen darf, der Verhängung einer Wiedereinreisesperre entgegenstehe, hält die Bundesregierung die mit dem am 27. August 2014 vom Bundeskabinett beschlossenen Gesetzentwurf zur Änderung des Freizügigkeitsgesetzes/EU und weiterer Vorschriften geschaffene Möglichkeit zur Verhängung einer Einreisesperre in den Fällen des § 2 Absatz 7 des Freizügigkeitsgesetzes/EU, also z. B. wenn feststeht, dass die betreffende Person über das Vorliegen einer Voraussetzung des Freizügigkeitsrechts durch die Verwendung von gefälschten oder verfälschten Dokumenten oder durch Vorspiegelung falscher Tatsachen getäuscht hat, für – wie es auch in der Gesetzesbegründung zum Ausdruck kommt – zulässig, weil Artikel 35 der Freizügigkeitsrichtlinie die Mitgliedstaaten ermächtigt, die durch diese Richtlinie verliehenen Rechte im Falle von Rechtsmissbrauch oder Betrug „zu verweigern“ (z. B. das Recht auf [Wieder-]Einreise) oder „aufzuheben oder zu widerrufen“. Soweit die Maßnahmen nach Artikel 35 der Freizügigkeitsrichtlinie „im Falle von Rechtsmissbrauch oder Betrug“ eingreifen sollen, wird zudem deutlich, dass eine auf diese Vorschrift gestützte Entscheidung aus Gründen der öffentlichen Ordnung getroffen werden kann. Auch insofern ist der Anwendungsbereich des Artikels 15 der Freizügigkeitsrichtlinie, wovon in der Frage unzutreffend ausgegangen wird, nicht berührt. Aus den genannten Gründen hat die Bundesregierung davon abgesehen, in der Gesetzesbegründung auf diese Frage einzugehen.

36. Abgeordneter
**Andrej
Hunko**
(DIE LINKE.)

Auf welche Weise hat sich die Bundesregierung in die Neugestaltung der italienischen zivil-militärischen Seeoperation „Mare Nostrum“ eingebracht, die laut Medienberichten (La Stampa vom 25. August 2014) von Front-

ex, Italien, Frankreich und Spanien nun mit deutscher und finnischer Hilfe fortgeführt werden soll (bitte zum besseren Verständnis die Art und Weise der neuen verabredeten zivilen und/oder militärischen Operation sowie die Beiträge der fünf Regierungen bzw. Frontex kurz skizzieren), und mit welchen Kräften bzw. Schwerpunktmaßnahmen werden sich die Bundespolizei und Frontex (und, soweit der Bundesregierung bereits bekannt, auch Länderpolicen) an der EU-weiten Operation zum Aufspüren unerwünschter Migrantinnen und Migranten „Mos Maiorum“ im Oktober 2014 beteiligen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ole Schröder vom 2. September 2014

Nach Kenntnis der Bundesregierung erwägt die italienische Regierung eine Reduzierung der italienischen Militäroperation „Mare Nostrum“ zur Rettung Schiffbrüchiger im Mittelmeerraum. Diesbezüglich fanden Expertengespräche zwischen Italien, Europäischer Kommission und Frontex statt, um mögliche Optionen einer verstärkten Frontex-koordinierten Seeaußengrenzüberwachung zu erörtern. Die Bundesregierung war an diesen Gesprächen nicht beteiligt.

In Abhängigkeit des Umfangs verstärkter Frontex-koordinierter Einsatzmaßnahmen wird voraussichtlich eine weitere personelle und materielle Beteiligung der Mitgliedstaaten erforderlich sein. Nach Kenntnis der Bundesregierung kann und soll die italienische Militäroperation „Mare Nostrum“ nicht durch eine Frontex-koordinierte Einsatzmaßnahme ersetzt werden.

Die gemeinsame europäische Polizeioperation „Mos Maiorum“ zur Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität wird auf Initiative der italienischen Ratspräsidentschaft im Zeitraum vom 13. bis 26. Oktober 2014 durchgeführt. Alle EU-Mitgliedstaaten und Schengen assoziierten Staaten sind eingeladen, sich an diesem Einsatz zu beteiligen. Die Bundespolizei beabsichtigt, sich im Rahmen ihrer grenzpolizeilichen Aufgabenwahrnehmung an der Polizeioperation zu beteiligen. Der Einsatz erfolgt in enger Zusammenarbeit mit der EU-Agentur Frontex.

37. Abgeordneter
**Andrej
Hunko**
(DIE LINKE.)

Auf welche Weise wurde der Auftragnehmer für die Studie „Grundrechtsschonende Alternativen zur Quellen-TKÜ“ (tGATT) ausgewählt (sofern der Auftrag nicht öffentlich ausgeschrieben wurde, bitte erläutern, was die durchführende Firma für die Vergabe qualifiziert bzw. nach welchen sonstigen Kriterien diese ausgewählt wurde), und welche zu untersuchenden technischen Möglichkeiten bzw. weitere Fragestellungen wurden der durchfüh-

renden Firma oder auch deren Unterauftragnehmern vorgegeben (bitte hierfür den Wortlaut der Ausschreibung bzw. des Auftrags mitteilen, um die zu untersuchenden Techniken und Inhalte nachvollziehbar zu machen)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Dr. Günter Krings
vom 4. September 2014**

Nach einem mangels wirtschaftlicher Angebote aufgehobenen ersten Vergabeverfahren wurde in einem erneuten Vergabeverfahren eine entsprechende Studie durch das Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern (BMI) aus Gründen der Geheimhaltung sowie aus Gründen der Dringlichkeit durch eine freihändige Vergabe in Auftrag gegeben. Der Auftragnehmer ist aufgrund seiner Vorbefassung qualifiziert. Er wurde durch einen Bieter im ersten Vergabeverfahren als Unterauftragnehmer benannt und war dadurch mit dieser Aufgabenstellung befasst.

Der Auftrag wurde auf technische Alternativen im Kontext der TKÜ beschränkt. Vorgegeben wurde die Vorgehensweise zur Studienerstellung, wie z. B. Erhebung und Bewertung des Ist-Zustandes sowie Identifizierung und Bewertung von technischen Alternativen zur Quellen-TKÜ. Darüber hinaus wurden keine Vorgaben gemacht. Der entsprechende Auszug aus den Vergabeunterlagen ist als Anlage beigefügt.

Anlage

Projekt tGATT V.2.0

C 1.2 Gegenstand der Vergabe (fachlicher Teil)

Gegenstand der Vergabe ist die Erstellung einer Studie mit dem folgenden Leistungsbereich:

C 1.2.1 Leistungsbereich (LB) – Technik

Es sind technische, taktische, regulatorische und organisatorische Lösungsansätze (z. B. „Man in the Middle“ zur Überwachung SSL-verschlüsselter Kommunikation, Schlüssel hinterlegung) umfassend zu identifizieren, die grundsätzlich/konzeptionell geeignet sind, insbesondere Inhalte verschlüsselter Kommunikation zu überwachen.

Die identifizierten Lösungsansätze sind anhand eines zu definierenden und mit dem Auftraggeber abzustimmenden Schemas aus technischer und taktischer Sicht (Beschreibung von Einsatzszenarien) zu bewerten.

Die Lösungsansätze zu Alternativen der Quellen-TKÜ im Ausland (Schwerpunkt Europa) sind als Recherche (allgemein zugängliche Quellen) zu Lösungsansätzen einzubeziehen.

C 1.2.2 Option 1 – Technik

Nach Abnahme der Studie oder auf Grund der Ergebnisse der Präsentationen kann anlassbezogen eine Anpassung, Vertiefung oder Aktualisierung der Studie im LB – Technik notwendig werden.

C 1.2.3 Option 2 – Schnittstelle Recht

Nach Abnahme der Studie ist eine rechtliche Prüfung der erhobenen Alternativen relativ zur Eingriffstiefe der aktuellen Praxis der Quellen-TKÜ geplant. Dazu kann eine technische Einarbeitung und Begleitung mit den Erfahrungen aus dem LB – Technik bzw. anderen Optionen erforderlich werden.

C 1.2.4 Option 3 – Feinspezifikation

Es ist auf Grundlage der Ergebnisse der Präsentationen eine technische Feinspezifikation einer Alternative zur Quellen-TKÜ mit funktionellem Nachweis zu erstellen.

Anforderungen an die Studie:

- Im ersten Schritt ist der aktuelle technische Sachstand der Quellen-TKÜ im Innenressort unter Einbindung qualifizierter Ansprechpartner aus den jeweiligen Behörden (BKA, BPOL, BfV) zu erheben und strukturiert zu beschreiben (Schema). Dies dient zur Abgrenzung für den weiteren Projektverlauf.
- Als Instrument mit größerer rechtlicher Eingriffstiefe als die Quellen-TKÜ ist die Onlinedurchsuchung nicht zu betrachten.
- Die technischen, taktischen und organisatorischen Alternativen sind zu erheben und strukturiert zu beschreiben (Schema). Dabei soll die technische und organisatorische Komplexität der Alternative (z. B. auch im Hinblick auf Ressourcenbedarf) kurz skizziert werden.
- Die Erhebung von Alternativen beschränkt sich auf solche, die im Kontext TKÜ zu führen sind. Alternativen wie beispielsweise Beschlagnahme etc. sind hier nicht zu betrachten.
- Die Studie wird mit Fokus auf die Sicherheitsbehörden im Innenressort erstellt.
- Die Studie ist in einer Detail- sowie einer Managementfassung bis zum 31. Juli 2013 zu erstellen.

38. Abgeordnete
**Ulla
Jelpke**
(DIE LINKE.)

Inwieweit trifft ein Bericht der italienischen Tageszeitung „La Stampa“ vom 25. August 2014 („Intesa Roma-Bruxelles „Stop a Mare Nostrum““) zu, nach dem Italien die Operation „Mare Nostrum“ zugunsten einer Nachfolgeoperation einstellen wird, die von der Bundesrepublik Deutschland mit eigenen Kräften unterstützt werden wird, und teilt die Bundesregierung die Befürchtung, dass durch

die geplante wesentliche Verkleinerung des Einsatzgebietes auf die Küstengewässer Italiens (statt der italienischen Meeresrettungszone bzw. der kompletten Straße von Sizilien) wieder mehr Migrantinnen und Migranten im Mittelmeer zwischen Sizilien und Libyen ertrinken werden (bitte begründen)?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ole Schröder vom 2. September 2014

Nach Kenntnis der Bundesregierung erwägt die italienische Regierung eine Reduzierung der italienischen Militäroperation „Mare Nostrum“ zur Rettung Schiffbrüchiger im Mittelmeerraum. Diesbezüglich fanden Expertengespräche zwischen Italien, Europäischer Kommission und Frontex statt, um mögliche Optionen einer verstärkten Frontex-koordinierten Seeaußengrenzüberwachung zu erörtern. Die Bundesregierung war an diesen Gesprächen nicht beteiligt.

In Abhängigkeit des Umfangs verstärkter Frontex-koordinierter Einsatzmaßnahmen wird voraussichtlich eine weitere personelle und materielle Beteiligung der Mitgliedstaaten erforderlich sein. Nach Kenntnis der Bundesregierung kann und soll die italienische Militäroperation „Mare Nostrum“ nicht durch eine Frontex-koordinierte Einsatzmaßnahme ersetzt werden.

Der Bundesregierung ist es nicht möglich, zu den potenziellen Folgen italienischer Einsatzmaßnahmen Stellung zu nehmen.

- | | |
|---|--|
| 39. Abgeordnete
Katja Kipping
(DIE LINKE.) | Wie viele Bundesministerinnen und Bundesminister bzw. wie viele Staatssekretärinnen und Staatssekretäre sind nach Kenntnis der Bundesregierung gegenwärtig Mitglieder bei den Sozialwerken des Bundes? |
|---|--|

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ole Schröder vom 2. September 2014

Die Mitgliedschaft in den privatrechtlich organisierten Vereinen der Sozialwerke des Bundes beruht auf der persönlichen Entscheidung jeder berechtigten Person und unterliegt insofern nicht dem Verantwortungsbereich der Bundesregierung.

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse darüber vor, wie viele Bundesministerinnen und Bundesminister bzw. wie viele Staatssekretärinnen und Staatssekretäre gegenwärtig Mitglieder in den Sozialwerken des Bundes sind.

40. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Was genau war Inhalt und Leistungsumfang der in der 14., 15. und 16. Legislaturperiode an die US-Firma „Booz-Allen-Hamilton“ (BAH) in Höhe von 5 938 353 Euro, 2 243 925 Euro sowie 501 520 Euro von der Bundesregierung vergebenen Aufträge, und gegen welche Wettbewerber hat sich die Firma BAH in den Ausschreibungsverfahren jeweils durchgesetzt (vgl. Antwort der Bundesregierung zu der Schriftlichen Frage 11 auf Bundestagsdrucksache 17/14530)?
41. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Welches Bundesministerium oder welche Bundesbehörde war für die in Frage 40 erfragten Aufträge jeweils Auftraggeberin, und welche Sicherheitsgesichtspunkte bzw. -prüfungen wurden damals bereits bei der Auftragsvergabe berücksichtigt bzw. durchgeführt?
42. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Aus welchen Gründen werden in der 2003 und 2005 geänderten deutsch-amerikanischen Rahmenvereinbarung vom Juni 2001 Unternehmen, die mit Dienstleistungen auf dem Gebiet analytischer Tätigkeiten für die in Deutschland stationierten Truppen der USA befasst sind, von den deutschen Vorschriften über Handel und Gewerbe freigestellt, und wie viele Unternehmen unterfallen derzeit diesen Vergünstigungen (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD auf Bundestagsdrucksache 17/14560)?
43. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Wie genau ist das in Frage 42 angesprochene Akkreditierungsverfahren ausgestaltet, und wie viele Unternehmen, die dieses Verfahren nicht durchlaufen haben, kommen in den Genuss dieser Vergünstigungen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ole Schröder
vom 2. September 2014**

Vorbemerkung

Die Angaben zu den Auftragswerten sowie zu den in den jeweiligen Verfahren unterlegenen Bietern hat das BMI als „VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH“ eingestuft.

Die Einstufung wird wie folgt begründet:

Die Bundesregierung ist bei der Beantwortung von Fragen aus dem Parlament verfassungsrechtlich unter anderem dazu verpflichtet, die Grundrechte Dritter zu wahren. Hierunter fallen auch die von Artikel 12 Absatz 1 und Artikel 14 Absatz 1 des Grundgesetzes (GG), im Übrigen nach Artikel 2 Absatz 1 GG geschützten Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse der Empfänger von Leistungen und beauftragten Unternehmen, die Meinungsforschung betreiben. „Als Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse werden alle auf ein Unternehmen bezogenen Tatsachen, Umstände und Vorgänge verstanden, die nicht offenkundig, sondern nur einem begrenzten Personenkreis zugänglich sind und an deren Nichtverbreitung der Rechtsträger ein besonderes Interesse hat“ (BVerfGE 115, 205 [230]). Die entsprechenden Kosten der Aufträge stellen dem Wesen nach derartige Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse dar, gerade auch in der hier abgefragten, auf die Einzelaufträge bezogenen Zusammenstellung. Für diejenigen, die über Kenntnisse der Branchenüblichkeit verfügen, lassen die Angaben auch Rückschlüsse auf Umfang und Kostenstruktur der jeweiligen Leistungserbringer zu. Rückblickend für einen etwa fünf Jahre bis ein Jahr zurückliegenden Zeitraum der 17. Legislaturperiode zu entscheiden, ob in Einzelfällen eine Wettbewerbsrelevanz trotz der vorhandenen Zeitnähe entfallen ist, wäre nicht möglich, ohne alle Auftragsverhältnisse im Detail zu beurteilen und die Auftragnehmer einzubeziehen. Auch wäre es innerhalb eines angemessenen Zeitraums nicht möglich, alle betroffenen Auftragnehmer um eine Einwilligung zur offenen Mitteilung der Vergütungen zu bitten. Dasselbe gilt für die Angabe von im Wettbewerb unterlegenen Bietern; die Kenntnis dieser Angaben stellt für Marktteilnehmer eine Information über die Leistungsfähigkeit der Mitbewerber im Wettbewerb sowie über den Umstand der Mitbewerbung zu einem konkreten Auftrag dar und kann daher zu einem Wettbewerbsvorteil der jeweiligen Konkurrenten am Markt führen. Vor diesem Hintergrund kann eine Beantwortung nach sorgfältiger Abwägung des Informationsinteresses der Abgeordneten des Deutschen Bundestages einerseits und der Interessen der Auftragnehmer an der Wahrung ihrer Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse andererseits in offener Form nur ohne die Angaben zur Gegenleistung und zu den unterlegenen Wettbewerbern erfolgen. Die Angaben werden daher als VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH (Anlage) eingestuft übersandt, weil hierdurch sichergestellt ist, dass die Veröffentlichung der Angaben und damit eine Kenntniserlangung der Mitbewerber unterbleibt.*

Zu Frage 40

Bundesministerium des Innern (BMI):

Zu den Fragen 40 und 41 können seitens des BMI hinsichtlich der in Frage kommenden Aufträge keine Ausführungen gemacht werden. Gemäß den Aufbewahrungsbestimmungen für die Unterlagen für

* Das Bundesministerium des Innern hat die Anlage zu der Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ole Schröder vom 2. September 2014 als „VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH“ eingestuft.

Von einer Veröffentlichung der Anlage in einer Bundestagsdrucksache wird daher abgesehen. Sie ist im Parlamentssekretariat des Deutschen Bundestages hinterlegt und kann dort von Berechtigten eingesehen werden.

das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen des Bundes Nummer 4.1.3 (ABestB-HKR) sind Kassenanordnungen, begründende Unterlagen und sonstige Rechnungsunterlagen fünf Jahre aufzubewahren. Die Unterlagen, die zur Beantwortung der Schriftlichen Fragen vonnöten wären, stehen nicht mehr zur Verfügung.

Bundesministerium der Finanzen (BMF):

Folgende Auftragsgegenstände betrafen das BMF:

1. Forschungsauftrag: Sicherung und Weiterentwicklung der Berichterstattung über die öffentlichen Finanzen bei einem Wechsel von öffentlichen Haushalten und Institutionen von einem kamestralistischen zu einem doppischen Rechnungswesen.
2. Beratungsauftrag: Prüfung des Geschäftsmodells der Hypo Real Estate Holding AG (HRE).

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF):

Das BMBF meldet für den in der 14. Legislaturperiode liegenden Sachverhalt, dass es sich bei der finanziellen Zusammenarbeit um Zuwendungen gehandelt hat (keine Aufträge).

Für den in der 16. Legislaturperiode liegenden Sachverhalt wird gemeldet, dass es sich bei der aufgeführten finanziellen Zusammenarbeit um einen Vertrag handelte, zu dem ein Gesamtrücktritt vorliegt.

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi):

Folgende Auftragsgegenstände betrafen das BMWi:

1. Projekt 12/99 (Vergabe 27. Februar 1999/14. Legislaturperiode):
Thema: „Erhebung und Prognose von Multimedia-Märkten“
2. Projekt 08/02 (Vergabe 10. Juni 2002/14. Legislaturperiode):
Thema: „Auf dem Weg zur digitalen Integration in der Informationsgesellschaft – Stand, Entwicklungsperspektiven, Handlungsoptionen“
3. Projekt 52/03 (Vergabe 3. November 2003/15. Legislaturperiode):
Thema: „Erstellung von Marktanalysen über Produkte der deutschen Kryptografie- und IT-Sicherheitswirtschaft in Mittel- und Osteuropa, im nahen und mittleren Osten und in Südostasien“.

Zu Frage 41

Auftraggeber waren das BMI, das BMBF, das BMWi sowie das BMF. Nach vorliegender Aktenlage waren besondere Sicherheitsge-sichtspunkte bzw. -prüfungen nicht Bestandteil der Vergaben.

Zu Frage 42

Nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen vom 3. August 1959 (BGBl. 1961 II S. 1218, NATOTrStatZAbk) können nichtdeutsche Unternehmen im Einvernehmen mit den deutschen Behörden Befreiungen und Vergünstigungen nach Artikel 72 Absatz 1 NATOTrStatZAbk erhalten. Im Bezug darauf wurde die deutsch-amerikanische Rahmenvereinbarung vom 29. Juni 2001 (BGBl. 2001 II S. 1018) geschlossen, welche im Jahr 2003 (BGBl. 2003 II S. 1540) und im Jahr 2005 (BGBl. 2005 II S. 1115) geändert wurde.

Auf Grundlage dieser Rahmenvereinbarung und Artikel 72 NATOTrStatZAbk können nichtdeutsche Unternehmen, die für die US-Streitkräfte in Deutschland tätig sind, auftragsbezogen eine Befreiung von den deutschen Vorschriften über die Ausübung von Handel und Gewerbe erhalten. Voraussetzung ist jeweils ein Verbalnotwechsel, der den Namen des Unternehmens und eine kurze Beschreibung der jeweiligen Tätigkeit enthält und im Bundesgesetzblatt veröffentlicht wird.

Derzeit bestehen für 44 Aufträge solche Vergünstigungen. Die Pflicht zur Achtung deutschen Rechts aus Artikel II des Abkommens zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen (NATO-Truppenstatut vom 19. Juni 1951, BGBl. 1961 II S. 1190) gilt auch für diese Unternehmen.

Zu Frage 43

Das Verfahren zur Gewährung der Befreiungen und Vergünstigungen ist in der Rahmenvereinbarung vom 29. Juni 2001 beschrieben. Ohne Verbalnotenwechsel können keine Vergünstigungen nach Artikel 72 NATOTrStatZAbk gewährt werden.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz
und für Verbraucherschutz**

- | | |
|---|---|
| 44. Abgeordneter
Christian
Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) | Welche Daten und/oder Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über den Anstieg von Eigenbedarfskündigungen vor (Anzahl der Kündigungen, Beschwerden, Beratungen, Gerichtsprozesse)? |
|---|---|

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Ulrich Kelber
vom 5. September 2014**

Der Bundesregierung liegen keine Daten oder gesicherten Kenntnisse darüber vor, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang Eigenbedarfskündigungen ansteigen.

45. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung aufgrund des Anstiegs von Eigenbedarfskündigungen (www.rtl.de/cms/ratgeber/eigenbedarf-diese-rechte-haben-mieter-bei-einer-kuendigung-3ee55-4f7f-97-2015325.html) insbesondere in Ballungsgebieten, und plant sie Änderungen als Teilaspekt mietrechtlicher Gesetzesänderungen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Ulrich Kelber
vom 5. September 2014**

Der Frage sowie dem in Bezug genommenen Beitrag liegt die Annahme zugrunde, Wohnungsengpässe und steigende Mieten in Ballungsräumen hätten zu einer steigenden Anzahl von Eigenbedarfskündigungen geführt. Den Wohnungsengpässen, die in einigen prosperierenden Städten und Ballungsgebieten zu beobachten sind, wird die Bundesregierung mit einem Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen begegnen, mit dem alle Maßnahmen in einem Aktionsprogramm zur Belebung des Wohnungsbaus und der energetischen Gebäudesanierung sowie der Stärkung des altersgerechten Umbaus zusammengefasst werden. Außerdem wird die Bundesregierung Mieter und Wohnungssuchende mit neuen Regelungen im Mietrecht vor überzogenen Forderungen schützen. Danach soll die zulässige Miete bei der Wiedervermietung von Wohnraum in Gebieten mit nachgewiesenen angespannten Wohnungsmärkten, die von den Landesregierungen ausgewiesen werden können, grundsätzlich auf die ortsübliche Vergleichsmiete zuzüglich 10 Prozent begrenzt werden.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

46. Abgeordneter
Dr. Thomas Gambke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Verträge sind Rechtsgrundlage für die Nutzung des Luft-Boden-Schießplatzes Siegenburg durch die US-Airforce, und welche konkreten vertraglichen Bestimmungen gibt es für die (im vierten Quartal 2014 geplante) Rückgabe (bitte Wortlaut wiedergeben)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Steffen Kampeter
vom 4. September 2014**

Wesentliche völkerrechtliche Vereinbarungen sind das NATO-Truppenstatut (NTS) nebst Zusatzabkommen (ZA NTS), die im Bundesgesetzblatt Teil II veröffentlicht sind (NTS: BGBl. 1961 II S. 1190; ZA NTS: BGBl. 1961 II S. 1183, 1218). Für die Nutzung einer Liegenschaft sind Artikel 48 Absatz 3 ZA NTS in Verbindung mit Artikel 63 ZA NTS sowie die Artikel 53 und 54 ZA NTS von besonderer Bedeutung.

Im Zuge der Rückgabe regeln die Artikel 41 und 52 ZA NTS in Verbindung mit Artikel VIII NTS die wechselseitigen Ansprüche zwischen dem Bund und den amerikanischen Streitkräften in Bezug auf die Geltendmachung von Schäden durch den Bund und die Erstattung von Restwerten für Investitionen der Streitkräfte.

Zur konkreten Ausgestaltung dieser Abkommen wurden verschiedene bilaterale Vereinbarungen geschlossen. Die für die Betreuung der Gaststreitkräfte zuständige Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BlmA) hat in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit die wesentlichen, für die Nutzung und Rückgabe des Luft-Boden-Schießplatzes von ihr und dem Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) anzuwendenden Vereinbarungen, die nicht im Bundesgesetzblatt Teil II veröffentlicht sind, in der anliegenden Übersicht aufgelistet.

Daneben findet in diesem Zusammenhang im Geschäftsbereich des BMVg die „Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bundesminister der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und dem Oberbefehlshaber der US-Luftstreitkräfte Europa über die Benutzung des Luft-/Boden-Schießplatzes Siegenburg, der den US-Streitkräften gemäß dem Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut zur ausschließlichen Benutzung überlassen ist“ vom 18. März 1993 Anwendung, die als Bundestagsdrucksache 12/6477 veröffentlicht ist.

Die Texte der Übereinkünfte können – soweit erforderlich unter Einhaltung der Geheimschutzvorschriften – beim federführenden Ressort oder bei der BlmA eingesehen werden.

Abkommen/Vereinbarungen	Datum	federführendes Ressort
Verwaltungsabkommen über den Abschluss von Überlassungsvereinbarungen gemäß Artikel 48 Abs. (3) (a) und (b) des ZA NTS für Liegenschaften, die von den amerikanischen Streitkräften nach Artikel 63 Abs. (4) (a) des ZA NTS unentgeltlich (free of charge) benutzt werden können	3. Juli/ 2. August 1967	BMF
Vereinbarungen über den Abschluss von Überlassungsvereinbarungen gemäß Artikel 48 Abs. 3 ZA NTS bei Übungsplätzen und Flugplätzen	4. Oktober/ 30. April 1991	BMF
Verwaltungsabkommen zur Durchführung des Artikels 53 A des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut (ZA NTS)	30. Mai/ 21. Juni 2001	BMF
Vereinbarung über den Anschluss von bundeseigenen Liegenschaften, die von den Streitkräften benutzt werden, an öffentliche Abwasserbeseitigungsanlagen	4. März/ 22. April 1969	BMF
Grundsätze für eine Mitbenutzung von Liegenschaften, die den amerikanischen Streitkräften nach Artikel 48, 53 ZA NTS zur ausschließlichen Benutzung überlassen worden sind und von den US-Landstreitkräften benutzt werden	3. August 1981	BMF
Übereinkommen über die Ausübung der Jagd auf bundeseigenen Liegenschaften durch Mitglieder der ausländischen Streitkräfte	28. März 1967	BMF
Konkrete Überlassungsvereinbarung für den Luft-Boden-Schießplatz nebst Nachtrag	10. Februar 1998/	BMF/BlmA

47. Abgeordnete
**Bärbel
Höhn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie hat sich der Anteil der Männer, die die Steuerklasse V in Anspruch nehmen (als Prozent an der Gesamtzahl der Steuerklasse-V-Zugehörigen) in den letzten zehn Jahren entwickelt, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Debatte um die Verfestigung des „Gender Pay Gap“ durch das gegenwärtige Splittingmodell?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Dr. Michael Meister
vom 3. September 2014**

Der Anteil der Männer an der Gesamtzahl der Lohnsteuerpflichtigen, die die Steuerklasse V in Anspruch genommen haben, lag in den letzten Jahren bei rund 10 Prozent. Die derzeit bis zum Veranlagungszeitraum 2010 verfügbaren statistischen Daten können der nachstehenden Tabelle entnommen werden. Für die Veranlagungszeiträume 2002 bis 2003 liegen die Informationen nicht vor.

Veranlagte Lohnsteuerfälle der Steuerklasse V nach Geschlecht

Veranlagungs- jahr	Lohnsteuer- pflichtige insgesamt	davon: männliche Lohnsteuerpflichtige		davon: weibliche Lohnsteuerpflichtige	
	Anzahl	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
2001	3.587.078	349.792	9,8	3.237.286	90,2
2004	3.169.426	307.602	9,7	2.861.824	90,3
2005	2.406.720	232.279	9,7	2.174.441	90,3
2006	2.431.765	238.605	9,8	2.193.160	90,2
2007	3.109.333	316.803	10,2	2.792.530	89,8
2008	2.882.720	286.360	9,9	2.596.360	90,1
2009	2.890.654	285.269	9,9	2.605.385	90,1
2010	3.155.250	324.504	10,3	2.830.746	89,7

Quelle: Statistisches Bundesamt; jährliche Einkommensteuerstatistik

Der Gender Pay Gap nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes beruht auf dem Bruttostundenlohnvergleich von Frauen und Männern. Der Splittingtarif und die individuelle Steuerbelastung haben keinen direkten Einfluss auf den Gender Pay Gap.

48. Abgeordnete
**Jutta
Krellmann**
(DIE LINKE.)

Um wie viele Personen wird die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) ab Januar 2015 aufgestockt, um die Kontrolle der Einhaltung des gesetzlichen Mindestlohns ab dem Jahr 2015 zu gewährleisten (bitte den derzeitigen sowie den zukünftigen Personalbestand benennen), und an welcher Stelle findet diese personelle Entwicklung im Bundeshaushaltsplan 2015 ihren Niederschlag?

49. Abgeordnete
**Jutta
Krellmann**
(DIE LINKE.)

An welchen Kriterien orientiert sich der Umfang der personellen Aufstockung der FKS, und welchen Schlüssel bezüglich Personal und zu kontrollierenden Betrieben gibt es derzeit und wird es zukünftig geben?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Dr. Michael Meister
vom 2. September 2014**

In der FKS arbeiteten zum Stichtag 31. Dezember 2013 insgesamt 6 481 Beschäftigte, die um insgesamt 1 600 Arbeitskräfte für die Abwicklung der Mindestlohnkontrollen aufgestockt werden sollen.

Im Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2015, Personalliste B, Kapitel 08 13 Bundeszollverwaltung, Titel 422 01 ist folgender Haushaltsvermerk ausgebracht: „Zur Übernahme zusätzlich ausgebildeter Anwärter/innen werden insgesamt 534 Planstellen des gehobenen Dienstes und 1 066 Planstellen des mittleren Dienstes kegelgerecht in folgenden Tranchen bereitgestellt: Haushaltsjahr 2017: 200 Planstellen des mittleren Dienstes, Haushaltsjahre 2018 bis 2021: jeweils 200 Planstellen des mittleren Dienstes und jeweils 115 Planstellen des gehobenen Dienstes, Haushaltsjahr 2022: 66 Planstellen des mittleren Dienstes und 74 Planstellen des gehobenen Dienstes.“

Um die Aufgabenwahrnehmung nach dem Mindestlohngesetz bereits ab dem Jahr 2015 sicherstellen zu können, ist es zudem vorgesehen, die jährliche Zuführung von ausgebildeten Nachwuchskräften aus dem vorhandenen Bestand zugunsten der FKS zu priorisieren.

Die Zollverwaltung plant, die vorgesehene Personalverstärkung für die FKS nach objektiven Kriterien im Bundesgebiet zu verteilen. Diese Kriterien berücksichtigen je Standort der FKS das Bruttoinlandsprodukt, die Zahl der Betriebe, die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Beschäftigungsort, die Zahl der Sozialleistungsempfänger, die Fläche und die Bevölkerungszahl sowie die festgestellte Schadenssumme der vergangenen drei Jahre.

50. Abgeordneter **Dr. Axel Troost** (DIE LINKE.)
- Wie ist nach Kenntnis der Bundesregierung die steuerliche Absetzbarkeit der Bankenabgabe in denjenigen EU-Staaten geregelt, die bereits jetzt eine Bankenabgabe eingeführt haben, und welche steuerlichen Mindereinnahmen wären in den vergangenen Jahren angefallen, wenn die bisherige deutsche Bankenabgabe steuerlich absetzbar gewesen wäre?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Steffen Kampeter
vom 5. September 2014**

Eine umfassende Gegenüberstellung bzw. Auswertung der banksektorspezifischen Zahlungsverpflichtungen in sämtlichen EU-Mitgliedsstaaten liegt nicht vor. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit kann ich Ihnen aber mitteilen, dass eine steuerliche Absetzbarkeit der Bankenabgabe außer in Deutschland auch in Zypern nicht möglich ist. Nach den vorliegenden Informationen kann die Abgabe hingegen in sieben Ländern steuerlich geltend gemacht werden (Belgien, Frankreich, Spanien, Irland, Polen, Portugal, Schweden).

Hinsichtlich Ihrer Frage zu den potenziellen steuerlichen Mindereinnahmen bei einer steuerlichen Abziehbarkeit in Deutschland ist zu-

nächst darauf hinzuweisen, dass die Kalkulation insbesondere von der steuerlichen Gewinn-/Verlustsituation der einzelnen Institute sowie von den Gewerbesteuerhebesätzen für jede einzelne Betriebsstätte der Institute abhängt. Dies vorausgeschickt, hätte der Abzug der Bankenabgabe als Betriebsausgabe – unter der pauschalierenden Annahme einer durchschnittlichen Steuerbelastung von 30 Prozent (Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer) und unter Zugrundelegung der vereinnahmten Bankenabgabe – rein rechnerisch für alle Gebietskörperschaften folgende Steuermindereinnahmen in den Jahren 2011 bis 2013 zur Folge gehabt:

2011: rund 180 Mio. Euro
2012: rund 210 Mio. Euro
2013: rund 160 Mio. Euro.

51. Abgeordneter **Dr. Axel Troost** (DIE LINKE.) In welcher Höhe stehen aus den bereits bewilligten europäischen Rettungshilfen noch Mittel für Bankenrettungsmaßnahmen zur Verfügung (bitte länderweise angeben), und inwieweit werden diese Mittel zur Verfügung stehen, um nach der Bilanzprüfung der Europäischen Zentralbank (EZB) und dem damit zusammenhängenden Stresstest aufgedeckte Kapitallücken zu schließen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Steffen Kampeter vom 5. September 2014

Die Länder Irland, Spanien und Portugal haben ihre Finanzhilfeprogramme erfolgreich beendet und finanzieren sich wieder eigenständig über die Kapitalmärkte. Staatsausgaben, einschließlich etwaiger von der öffentlichen Hand künftig bereitzustellender Mittel für die Rekapitalisierung von Banken, erfolgen in nationaler Verantwortung im Einklang mit den europäischen Vorgaben, darunter dem Stabilitäts- und Wachstumspakt und dem Beihilferecht.

Die Länder Griechenland und Zypern setzen aktuell ihre makroökonomischen Anpassungsprogramme um. Im zweiten wirtschaftlichen Anpassungsprogramm für Griechenland sind 48,2 Mrd. Euro der Rekapitalisierung des Bankensektors zugeordnet. Die Mittel wurden bereits vollständig an den griechischen Finanzmarktstabilisierungsfonds HFSF (Hellenic Financial Stability Fund) ausgezahlt. Rund 11 Mrd. Euro davon stehen dem HFSF noch als Risikoreserve zur Verfügung.

Für Zypern sieht die dem Hilfsprogramm zugrunde liegende Finanzbedarfsberechnung Mittel zur Rekapitalisierung des Bankensektors von rund 2,5 Mrd. Euro vor. Bisher wurden aus dem Programm 1,5 Mrd. Euro zur Rekapitalisierung der Genossenschaftsbanken verwendet. Im Programm ist angelegt, dass zur Abwicklung bzw. Restrukturierung der Bank of Cyprus und der Laiki Bank keine Mittel zur Verfügung gestellt werden.

52. Abgeordneter
Dr. Axel Troost
(DIE LINKE.)
- Anhand welcher Daten werden die veranlagten Steuern im Länderfinanzausgleich ermittelt vor dem Hintergrund, dass die veranlagten Steuern jeweils erst zeitlich deutlich nach dem Abrechnungsjahr statistisch zur Verfügung stehen, und wie ermittelt sich das in den vom Bundesministerium der Finanzen (BMF) veröffentlichten Daten zum Länderfinanzausgleich (vgl. www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Oeffentliche_Finanzen/Foederale_Finanzbeziehungen/Laenderfinanzausgleich/laenderfinanzausgleich.html) bezeichnete „Aufkommen lt. D2“ (bitte mit Begründung)?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs

Dr. Michael Meister

vom 5. September 2014

Entsprechend den Festlegungen in den §§ 7 und 8 des Finanzausgleichsgesetzes werden die Steuereinnahmen von Ländern und Gemeinden im Finanzausgleich grundsätzlich in Abgrenzung der (Netto-)Zuflüsse im jeweiligen Ausgleichsjahr berücksichtigt, unabhängig vom Zeitpunkt des Entstehens der damit korrespondierenden Steuerschuld (Kassenprinzip). Dies gilt auch für Veranlagungssteuern.

Die unter der Bezeichnung „Aufkommen lt. D2“ in den Abrechnungen des BMF zur Umsatzsteuerverteilung und zum Länderfinanzausgleich aufgeführten Steuereinnahmen stützen sich auf entsprechende Meldungen („D2“) der einzelnen Länder über die im Abrechnungszeitraum aufgetretenen Steuereinnahmen.

53. Abgeordneter
Dr. Axel Troost
(DIE LINKE.)
- Welche Folgen ergeben sich für das jeweilige Land, wenn die nach § 21a Absatz 2 des Finanzverwaltungsgesetzes zwischen Bund und dem Land vereinbarten Vollzugsziele für die Steuerverwaltung nicht eingehalten werden, und welche konkreten Vollzugsziele wurden mit den Ländern vereinbart (bitte mit Begründung und Nennung der Werte)?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs

Dr. Michael Meister

vom 5. September 2014

Unter Hinweis auf mein Schreiben an die Vorsitzende des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages vom 2. Juli 2014 zur Berichtsbitte der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (IV A 4 – S 1446/07/10001-25; Ausschussdrucksache 18(7)79) stelle ich ergänzend in der Anlage die mit den einzelnen Ländern für das Jahr 2014 vereinbarten Vollzugsziele einschließlich der jeweiligen Zielwerte zur Verfügung.

Wie in dem o. g. Schreiben mitgeteilt, wird die Zielerreichung anhand von Controllingberichten regelmäßig überprüft. Zeichnen sich signifikante Abweichungen von den vereinbarten Zielwerten ab, werden diese durch die Länder z. B. hinsichtlich maßgeblicher Ursachen, ergriffener Maßnahmen und der Einschätzung der weiteren Entwicklung näher erläutert. Bei Bedarf werden Auswertungsgespräche zwischen dem BMF und den obersten Finanzbehörden der betreffenden Länder geführt. Dies gilt unabhängig davon, ob Ziele über- oder untererfüllt worden sind. Der aktuelle Leistungsstand der einzelnen Länder bildet im Übrigen die Basis für die Verhandlungen über Zielvereinbarungen im folgenden Jahr.

**Bund-Länder-Vereinbarungen nach § 21a Abs. 2 FVG
Zielwerte für 2014**

Anlage 1

[illegible]

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

54. Abgeordnete
**Veronika
Bellmann**
(CDU/CSU)
- Inwiefern ist der Bundesregierung die „Systemlücke“ im Gesetz über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Leistungsverbesserungsgesetz) bekannt, nach der Rentenanwartschaften von ostdeutschen Landwirten, die vor der Wiedervereinigung als Mitglieder der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft („LPG-Bauern“) in die entsprechende Rentenkasse und nach der Wiedervereinigung als Wiedereinrichter in die Landwirtschaftliche Alterskasse eingezahlt haben, trotz des Erreichens von zusammen über 45 Jahren Einzahlungszeitraum nicht zusammengezählt werden und die Betroffenen daher beim Eintritt in die „Rente mit 63“ möglicherweise zu geringe oder gar keine Rentenansprüche haben, und durch welche Maßnahmen ist eine Problemlösung zugunsten der betroffenen Landwirte beabsichtigt?

**Antwort des Staatssekretärs Jörg Asmussen
vom 3. September 2014**

Eine „Systemlücke“ bei der Berücksichtigung der Rentenanwartschaften von ostdeutschen Landwirten besteht nicht.

Mitglieder der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) waren in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR) in der Sozialversicherung bei der Staatlichen Versicherung pflichtversichert und konnten ab März 1971 auch Beiträge zur Freiwilligen Zusatzrentenversicherung (FZR) zahlen. Mit der Überleitung des lohn- und beitragsbezogenen Rentenrechts auf die neuen Bundesländer sind ihre Ansprüche und Anwartschaften in der Sozialversicherung einschließlich der FZR zum 1. Januar 1992 in die gesetzliche Rentenversicherung übergeleitet worden. Dementsprechend werden diese Zeiten auch im Rahmen der Wartezeit der gesetzlichen Rentenversicherung berücksichtigt. Zum 1. Januar 1995 wurde auch in den neuen Bundesländern die Alterssicherung der Landwirte (AdL) eingeführt; jüngere Versicherte gehörten dann diesem System an, ältere Versicherte blieben grundsätzlich in der gesetzlichen Rentenversicherung versicherungspflichtig, hatten allerdings die Möglichkeit zur AdL zu wechseln.

Eine Voraussetzung für den Anspruch auf eine Rente der gesetzlichen Rentenversicherung ist grundsätzlich die Erfüllung der von der jeweiligen Rentenart abhängigen Wartezeit. Auf die Wartezeit der gesetzlichen Rentenversicherung werden dabei grundsätzlich Beitragszeiten der AdL nicht angerechnet. Dies gilt auch für die Wartezeit von 45 Jahren, die für einen Anspruch auf eine abschlagsfreie Altersrente für besonders langjährig Versicherte („Rente ab 63“) erfüllt sein muss.

Schon im Rahmen des Gesetzes zur Reform der agrarsozialen Sicherung (1995) und dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Reform der agrarsozialen Sicherung (1995/1996) ist geprüft worden, inwieweit eine Möglichkeit besteht, für die Anspruchsbegründung von Leistungen Versicherungszeiten in der AdL und in der gesetzlichen Rentenversicherung im jeweils anderen System zu berücksichtigen. Im Ergebnis wurde die Berücksichtigung von Beitragszeiten der gesetzlichen Rentenversicherung in der AdL beschlossen. Vergleichbare Regelungen für die Anrechnung von AdL-Beitragszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung hat der Gesetzgeber dagegen nicht vorgesehen.

Grund für diese unterschiedliche Berücksichtigung von „systemfremden“ Zeiten ist zum einen die vergleichsweise lange Wartezeit von 15 Jahren für eine Altersrente aus der AdL, wohingegen ein Anspruch auf Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung mit wesentlich weniger Zeiten – lediglich fünf Jahren für die Regelaltersrente – realisiert werden kann. Zum anderen sind die anspruchsbegründenden Wartezeitregelungen in der gesetzlichen Rentenversicherung spezifischer Ausdruck des Versicherungsprinzips. Für die Wartezeit sind daher nur Beitragszeiten zu berücksichtigen, für die Beiträge zu gerade diesem Sicherungssystem entrichtet wurden. Beitragszeiten aus der AdL können aus systematischen Gründen nicht hierzu gehören, weil die nach dem Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte entrichteten Beiträge hinsichtlich ihrer Art und Höhe nicht mit den Beiträgen nach dem Sechsten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VI) vergleichbar sind. Dies liegt auch darin begründet, dass die AdL – anders als die gesetzliche Rentenversicherung – als eigenständiges Alterssicherungssystem nur eine Teilsicherung fürs Alter gewährleistet, auch um in Übereinstimmung mit der Auffassung des Berufsstandes die Beiträge und damit die Belastung der aktiven Landwirte niedrig zu halten.

55. Abgeordnete **Brigitte Pothmer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- Wie viele Personen wurden seit dem Jahr 2011 jährlich mithilfe des Gründungszuschusses (§ 93 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch – SGB III), des Einstiegsgeldes (§ 16b des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch – SGB II) und durch Leistungen zur Eingliederung von Selbständigen (§ 16c SGB II) von der Bundesagentur für Arbeit beim Schritt in die Selbständigkeit unterstützt, und wie viele von ihnen hatten einen Migrationshintergrund bzw. eine ausländische Staatsbürgerschaft (bitte für jede einzelne Maßnahme die Neuzugänge und Bestandszahlen in absoluten Zahlen sowie prozentual an allen Arbeitslosen bzw. an allen arbeitslosen Migranten im jeweiligen Rechtskreis angeben)?

Antwort des Staatssekretärs Thorben Albrecht vom 3. September 2014

Im Jahr 2011 wurden rund 151 300, im Jahr 2012 40 700 und im Jahr 2013 48 000 Personen beim Übergang in die Selbständigkeit geför-

dert. Von den geförderten Personen hatten im Jahr 2011 14 200, im Jahr 2012 5 200 und im Jahr 2013 6 400 eine ausländische Staatsangehörigkeit. Im Jahr 2013 wurden jahresdurchschnittlich 26 900 Personen und darunter 2 800 mit ausländischer Staatsangehörigkeit in der Selbständigkeit gefördert. Auf je 1 000 Arbeitslose kamen in diesem Jahr durchschnittlich neun und auf Arbeitslose mit ausländischer Staatsangehörigkeit durchschnittlich fünf geförderte Selbständige. Diese und weitere Daten können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Tabelle: Förderung der Selbständigkeit nach der Staatsangehörigkeit

Deutschland (Gebietsstand des jeweiligen Stichtags)

Datenstand: August 2014

Kennung	Maßnahmeart/Arbeitslosigkeit	2011		2012		2013	
		Insgesamt	dar. Ausland	Insgesamt	dar. Ausland	Insgesamt	dar. Ausland
		1	2	3	4	5	6
Zugang (Jahressumme)	ESG-S Einstiegsgeld bei selbständiger Erwerbstätigkeit	11 238	2 041	7 850	1 414	5 872	1 026
	LES Leistungen zur Engl. von Selbständigen	6 243	1 213	12 544	2 503	15 491	3 242
	GZ Gründungszuschuss	133 819	10 974	20 321	1 284	26 659	2 117
	Summe	151 300	14 228	40 725	5 201	48 022	6 385
Bestand (Jahresdurchschnitt)	ESG-S Einstiegsgeld bei selbständiger Erwerbstätigkeit	8 019	1 426	5 801	1 040	4 308	763
	LES Leistungen zur Engl. von Selbständigen	-	-	1 723	337	3 541	720
	GZ Gründungszuschuss	128 001	10 209	69 025	5 087	19 079	1 281
	Summe	136 020	11 635	76 549	6 465	26 928	2 764
Bestand (Jahresdurchschnitt)	Arbeitslosigkeit Insgesamt	2 976 488	470 298	2 897 126	474 305	2 950 338	504 470
	Arbeitslosigkeit SGB III	892 502	85 151	902 342	93 982	969 619	108 800
	Arbeitslosigkeit SGB II	2 083 986	385 147	1 994 785	380 324	1 980 718	395 671
auf 1 000 Arbeitslose kommen ... Teilnehmer in ... Bestand (Jahresdurchschnitt)	ESG-S Einstiegsgeld bei selbständiger Erwerbstätigkeit (auf Arbeitslose SGB II)	4	4	3	3	2	2
	LES Leistungen zur Engl. von Selbständigen (auf Arbeitslose SGB II)	-	-	1	1	2	2
	GZ Gründungszuschuss (auf Arbeitslose SGB III)	143	120	76	54	20	12
	Summe Förderung Selbständigkeit (auf alle Arbeitslosen)	46	25	26	14	9	5

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

56. Abgeordnete
Brigitte Pothmer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welchen konkreten Zeitplan verfolgt die Bundesregierung bei der Ratifizierung der revidierten Europäischen Sozialcharta, die von Deutschland am 29. Juni 2007 gezeichnet wurde und deren Ratifizierung nach Angaben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales „zurzeit“ vorbereitet wird (Stand: 7. April 2010, vgl. www.bmas.de/DE/Themen/Soziales-Europa-und-Internationales/International/Internationale-Organisationen/europarat.html), und welche konkreten Gründe sind verantwortlich für die bisher nicht erfolgte Ratifizierung der Europäischen Sozialcharta?

**Antwort des Staatssekretärs Jörg Asmussen
vom 3. September 2014**

Die revidierte Europäische Sozialcharta (RESC) ergänzt und erweitert die Europäische Sozialcharta von 1961, ein Übereinkommen der Mitgliedstaaten des Europarates, das Deutschland bereits im Jahr 1964 ratifiziert hat.

Die Prüfung der Ratifizierung der RESC gestaltet sich außerordentlich komplex und zeitaufwendig. Wesentlicher Hinderungsgrund einer Ratifikation sind Bestimmungen des Artikels E der RESC, die Querschnittscharakter haben und sich praktisch auf alle materiellen Schutzrechte der Charta insgesamt auswirken und hierbei die Wechselwirkungen mit anderen Rechten noch nicht abschließend geklärt sind. Dies wird auch dadurch verstärkt, dass ebenfalls noch nicht abschließend geklärt werden konnte, in welchem Verhältnis diese Bestimmungen der RESC zu Bestimmungen auf EU-Ebene stehen.

Dennoch ist beabsichtigt, das Ratifikationsverfahren möglichst in dieser Legislaturperiode zu einem Abschluss zu bringen. Bisher ist die RESC von 45 der 47 Mitgliedstaaten des Europarates gezeichnet und von 33 ratifiziert worden.

57. Abgeordneter **Michael Schlecht** (DIE LINKE.) Wie groß schätzt die Bundesregierung den Personenkreis von Beschäftigten und Selbständigen, die einen Anspruch auf Aufstockung ihres Einkommens nach dem SGB II hätten, diesen aber nicht in Anspruch nehmen?

**Antwort des Staatssekretärs Thorben Albrecht
vom 4. September 2014**

Zur Größe des Personenkreises von Beschäftigten und Selbständigen, die einen Anspruch auf Aufstockung ihres Einkommens nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch hätten, diesen aber nicht geltend machen, liegen bei der Bundesregierung keine Schätzungen vor.

58. Abgeordneter **Jens Spahn** (CDU/CSU) Worauf stützt die Bundesregierung die in ihrer Antwort auf die Schriftliche Frage 38 auf Bundestagsdrucksache 18/1921 formulierte Annahme, dass sie nicht mit einer „nennenswerten Änderung der prognostizierten Begünstigtenzahl“ rechnet, und wenn man der Nutzung der dort beschriebenen Fallgestaltung Einhalt gebieten wollen würde, wie sollte man dies aus Sicht der Bundesregierung am besten tun?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin
Gabriele Lösekrug-Möller
vom 4. September 2014**

Wie bereits in der Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 38 auf Bundestagsdrucksache 18/1921 ausgeführt, war die beschriebene Gestaltung, wonach die letzten zwei Jahre auf die Wartezeit von 45 Jahren bei der Altersrente für besonders langjährig Versicherte angerechnet werden, wenn neben dem Bezug von Arbeitslosengeld ein versicherungspflichtiger Minijob ausgeübt wird, bereits vor dem 1. Juli 2014 geltendes Recht. Zudem wird kein früherer Renteneintritt durch diese Ausgestaltung ermöglicht. Außerdem dürfte der Bezug von Arbeitslosengeld in Kombination mit einem

(versicherungspflichtigen) Minijob mit deutlichen Einkommenseinbußen verbunden sein. Nicht zuletzt realisieren Unternehmen nun vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung, dass ältere Erwerbstätige begehrt sind und dringend gebraucht werden, um dem drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Da die Bundesregierung daher keinen Anlass sieht, von einer relevanten Anreizwirkung der beschriebenen Fallgestaltung auszugehen, gibt es weder Überlegungen noch die Notwendigkeit die Gesetzeslage zu ändern.

59. Abgeordneter **Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Änderungen soll das von der Bundesregierung geplante 9. Änderungsgesetz zur Änderung des SGB II umfassen, und bis wann soll ein Referentenentwurf dafür vorliegen?

**Antwort des Staatssekretärs Thorben Albrecht
vom 4. September 2014**

Die Bundesregierung plant, im Rahmen eines Neunten Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch insbesondere die Rechtsvereinfachungsvorschläge umzusetzen, die die Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Rechtsvereinfachung im SGB II“ vorgeschlagen hat. Die Arbeits- und Sozialministerkonferenz hat die Bundesregierung gebeten, die in ihrem Abschlussbericht aufgeführten Änderungsvorschläge zeitnah in ein Gesetzgebungsverfahren zu überführen. Die Vorlage eines Referentenentwurfs ist für Herbst 2014 vorgesehen.

60. Abgeordneter **Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Anträge auf Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) von Unionsbürgern wurden nach Kenntnis der Bundesregierung seit dem Jahr 2009 abgelehnt (bitte nach Jahr, Herkunftsländern und folgenden Ablehnungsgründen: § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1, § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2, keine Bedürftigkeit, kein gewöhnlicher Aufenthalt, andere Gründe aufschlüsseln)?

**Antwort des Staatssekretärs Thorben Albrecht
vom 4. September 2014**

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Angaben vor.

61. Abgeordneter **Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Zahlen oder Schätzungen zur Entwicklung der Zahl der Wohnungslosen und der Obdachlosen sind der Bundesregierung bekannt, und wie haben sich diese Zahlen seit dem Jahr 2010 bis heute entwickelt?

**Antwort des Staatssekretärs Thorben Albrecht
vom 4. September 2014**

Schätzungen zu den Wohnungs- und Obdachlosen werden regelmäßig von der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V. veröffentlicht. Demnach stieg die Zahl der Wohnungslosen im Zeitraum von 2010 bis 2012 von 248 000 auf 284 000.

Die Zahl der Menschen, die ohne jede Unterkunft auf der Straße leben, schätzt die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V. für das Jahr 2010 auf 22 000 und für das Jahr 2012 auf 24 000. Aktuellere Zahlen liegen nicht vor.

62. Abgeordneter
Jürgen Trittin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie will die Bundesregierung nach dem Auslaufen des Modellprojektes Bürgerarbeit sicherstellen, dass auch in Zukunft eine Förderung insbesondere von Leistungsberechtigten, die länger als zwei Jahre im Rechtskreis des SGB II sind, für öffentliche Projekte ähnlich der Bürgerarbeit möglich ist, die für viele bisher eine Brücke in die Erwerbsarbeit war (vgl. Göttinger Tageblatt vom 27. August 2014)?

**Antwort des Staatssekretärs Thorben Albrecht
vom 3. September 2014**

Die „Bürgerarbeit“ ist als ein mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördertes Bundesprogramm von vornherein auf eine begrenzte Dauer angelegt und läuft am 31. Dezember 2014 aus. Eine Verlängerung oder Fortsetzung ist nicht vorgesehen.

Die Jobcenter sind nun gefordert, sich verstärkt darum zu bemühen, die Menschen, die im Rahmen der „Bürgerarbeit“ über einen längeren Zeitraum wertvolle Arbeitserfahrungen sammeln konnten, möglichst in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu vermitteln. Hierfür stehen den Jobcentern grundsätzlich alle bekannten Instrumente zur Eingliederung zur Verfügung.

Für die neue Förderperiode des Europäischen Sozialfonds konzipiert das Bundesministerium für Arbeit und Soziales derzeit ein neues Bundesprogramm. Ziel des Bundesprogramms ist es, für arbeitsmarktfremde langzeitarbeitslose Leistungsbezieher im SGB II Perspektiven einer beruflichen Eingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu schaffen. Im Mittelpunkt der Aktivitäten stehen die gezielte Ansprache und Beratung von Arbeitgebern, Arbeitnehmercoaching nach Beschäftigungsaufnahme sowie der Ausgleich der Minderleistung durch Lohnkostenzuschüsse.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales strebt – nach Genehmigung des Operationellen Programms durch die Europäische Kommission – einen Programmstart zu Beginn des Jahres 2015 an.

63. Abgeordnete
Sabine Zimmermann (Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie hat sich nach Ansicht der Bundesregierung in den zurückliegenden Jahren die Arbeitsmarktlage für Alleinerziehende entwickelt (wenn möglich, bitte Berufsgruppen nennen, die noch besonders von Arbeitslosigkeit betroffen sind), und wie hat sich seit dem Jahr 2010 bis heute die arbeitsmarktpolitische Förderung von Alleinerziehenden entwickelt (bitte absolute und relative Entwicklung insgesamt und nach Förderbereichen benennen)?

**Antwort des Staatssekretärs Thorben Albrecht
vom 3. September 2014**

Nach Angaben aus dem Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes lag die Erwerbstätigenquote von alleinerziehenden Frauen und Männern (20 bis 64 Jahre) im Jahr 2012 bei 73,1 Prozent. Im Jahr 2010 hatte die Quote noch bei 71,8 Prozent gelegen.

Nach Angaben der Statistik der Bundesagentur für Arbeit ist die jahresdurchschnittliche Zahl der arbeitslosen alleinerziehenden Frauen und Männer im Zeitraum von 2010 bis 2013 um 5 Prozent auf 281 000 gesunken. Diese und weitere Angaben sind in Tabelle 1 dargestellt. Von 2010 bis 2013 haben sowohl die absolute Zahl als auch der Anteil der arbeitslosen Alleinerziehenden mit Zielberufen in personenbezogenen und sonstigen Dienstleistungsberufen zugenommen. Die einzelnen Daten können ebenfalls der Tabelle 1 entnommen werden.

Tabelle 1: Bestand an Arbeitslosen nach Personengruppen und Zielberufen

Personengruppe	Berichtszeitraum	Insgesamt	S1 Produktions- berufe	S2 Personen- bezogene Dienstleistungs- berufe	S3 Kauf- männische und unternehmens- bezogene Dienstleistungs- berufe	S4 IT- und natur- wissen- schaftliche Dienstleistungs- berufe	S5 Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungs- berufe
		1	2	3	4	5	6
Insgesamt	Jahresdurchschnitt 2010	3.238.965	820.160	550.957	768.981	53.651	723.609
	Jahresdurchschnitt 2011	2.976.488	711.302	539.400	716.217	46.959	701.402
	Jahresdurchschnitt 2012	2.897.126	692.695	525.400	685.341	44.411	692.382
	Jahresdurchschnitt 2013	2.950.338	733.213	545.973	708.993	48.273	726.592
	August 2014	2.901.823	671.200	565.138	722.095	52.441	717.125
Alleinerziehend	Jahresdurchschnitt 2010	296.676	26.084	81.794	101.290	1.636	58.561
	Jahresdurchschnitt 2011	280.022	23.236	79.756	95.530	1.394	57.861
	Jahresdurchschnitt 2012	262.884	22.198	75.160	88.520	1.277	55.784
	Jahresdurchschnitt 2013	277.434	24.311	80.325	93.794	1.380	61.062
	August 2014	280.648	23.082	84.476	96.153	1.449	62.108

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Im August 2014 lag der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen bei Alleinerziehenden bei 45,2 Prozent im Vergleich zu 37,1 Prozent in der Gruppe der Arbeitslosen insgesamt. Die Entwicklung seit dem Jahr 2010 ist der Tabelle 2 zu entnehmen.

Tabelle 2: Bestand an Arbeitslosen nach ausgewählten Merkmalen

Berichtsmonat	Insgesamt			alleinerziehend		
	Insgesamt	Langzeitarbeitslos	Anteil Sp.2 an Sp. 1	Insgesamt	Langzeitarbeitslos	Anteil Sp. 5 an Sp. 4
	1	2	3	4	5	6
JD 2010	3.238.965	1.140.368	35,2	296.676	132.910	44,8
JD 2011	2.976.488	1.068.130	35,9	280.022	121.326	43,3
JD 2012	2.897.126	1.046.635	36,1	262.884	114.445	43,5
JD 2013	2.950.338	1.069.721	36,3	277.434	123.166	44,4
August 2014	2.901.823	1.077.364	37,1	280.648	126.852	45,2

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Die Teilnahme von Alleinerziehenden an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen hat sich im Zeitraum von 2010 bis 2013 insgesamt um 33 Prozent auf 71 000 Maßnahmeteilnehmer verringert. Der Anteil der Alleinerziehenden an den Teilnehmern hat sich im gleichen Zeitraum von 7,1 auf 8,2 Prozent erhöht. Die Angaben zum Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente können der Tabelle 3 entnommen werden.

Tabelle 3: Teilnehmer (darunter Alleinerziehende) in ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Instrumenten (nach Maßnahmekategorien)

Berichtsjahr / Berichtsmonat	Struktureinheit	Summe der Instrumente	davon		Berufliche Weiterbildung	davon		Förderung der Selbständigkeit	Besondere Maßnahmen zur Teilhabe behinderter Menschen ²⁾	Beschäftigung schaffende Maßnahmen	Freie Förderung / sonstige Förderung
			1	2		3	4				
				Aufnahme einer Erwerbstätigkeit							
				Adaption und berufliche Eingliederung							
				Benutzungs- und Berufsausbildung ¹⁾							
2010	Insgesamt, darunter alleinerziehend	1.493.517 105.743	226.634 20.078	272.022 5.145	214.810 23.128	356.509 21.236	202.339 13.580	154.171 7.656	82.947 1.251	308.955 30.986	31.638 3.920
2011	Insgesamt, darunter alleinerziehend	1.186.333 83.072	161.988 16.981	256.581 5.164	178.367 21.044	293.937 16.035	157.917 9.441	136.020 6.594	78.921 1.214	198.007 19.901	18.532 2.732
2012	Insgesamt, darunter alleinerziehend	957.867 70.095	145.111 15.640	217.006 4.247	147.515 19.378	191.908 11.053	115.359 6.937	76.549 4.116	75.364 1.220	165.407 16.069	15.556 2.488
2013	Insgesamt, darunter alleinerziehend	858.169 70.775	161.555 19.429	195.817 3.766	155.481 21.147	111.960 8.505	85.032 6.518	26.928 1.987	72.889 1.225	146.423 14.396	14.244 2.305
Moni 2014	Insgesamt, darunter alleinerziehend	849.859 70.486	162.291 20.176	199.836 3.656	163.479 21.853	113.987 8.733	80.870 6.568	33.117 2.165	69.747 1.260	127.589 12.802	12.930 2.016

Endg. statistische Ergebnisse zum Einsatz arbeitsmarktpol. Instrumente stehen erst nach einer Wartezeit von drei Monaten fest. Die reg. Zuordnung der Teilnehmer erfolgt nach dem Wohnortprinzip; der Deutschland-Wert umfasst auch die ausländischen Wohnorte.

1) Ohne Ergebnisse zu Teilnahmen an Berufsausbildungsmaßnahmen nach § 48 SGB II, da dazu ab April 2012 statistische Daten nicht mehr vorliegen.

2) Zum gesamten Umfang der Förderung der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben sind Erläuterungen in den methodischen Hinweisen enthalten.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

64. Abgeordnete
Sabine Zimmermann (Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie stark sind Alleinerziehende von Hilfebedürftigkeit nach dem SGB II, Arbeitslosigkeit allgemein sowie Langzeitarbeitslosigkeit, Niedriglohn und Armutsgefährdung (bitte entsprechende absolute und relative Daten und allgemeine Vergleichswerte nennen) betroffen, und was sind nach Ansicht der Bundesregierung die zentralen Probleme, die einer gleichberechtigten Arbeitsmarktintegration von Alleinerziehenden entgegenstehen?

**Antwort des Staatssekretärs Thorben Albrecht
vom 3. September 2014**

In Bezug auf Arbeitslosigkeit wird auf die Antwort zu Frage 63 verwiesen. Im Mai 2014 waren knapp 630 000 Alleinerziehenden-Bedarfsgemeinschaften in der Grundsicherung für Arbeitsuchende registriert. Damit nahmen 39,3 Prozent aller Haushalte von Alleinerziehenden Leistungen aus der Grundsicherung in Anspruch. Die Hilfequote von Alleinerziehenden-Bedarfsgemeinschaften ist von Mai 2010 bis Mai 2014 leicht gesunken, liegt aber nach wie vor deutlich über der Hilfequote von allen Bedarfsgemeinschaftstypen insgesamt. Diese und weitere Angaben können der Tabelle 4 entnommen werden.

Tabelle 4: Bestand Bedarfsgemeinschaften (BG) und erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLb) insgesamt und alleinerziehend

Berichtsmonat	Bestand BG	BG-Hilfequote	Bestand alleinerziehende BG	Hilfequote der alleinerziehenden BG	Bestand eLb	Bestand alleinerziehende eLb
	1	2	3	4	5	6
Mai 10	3.644.979	11,3	644.522	41,0	4.993.625	634.862
Mai 11	3.476.603	10,7	630.798	39,8	4.698.739	621.182
Mai 12	3.351.560	10,3	626.481	39,0	4.488.040	616.286
Mai 13	3.351.235	10,3	629.907	39,3	4.469.032	619.007
Mai 14	3.328.258	10,2	629.517	39,3	4.425.703	616.088

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Der Bundesregierung liegen keine Daten zum Niedriglohnbereich vor, die nach Haushaltstyp differenzieren. Daten zum Niedriglohnbereich differenzieren in der Regel nach Alter, Geschlecht, Qualifikation oder Beschäftigungsform. Die Anzahl oder der Anteil von Alleinerziehenden wird also nicht ausgewiesen.

Aktuelle Daten und Fakten zur Armutsgefährdung werden von der Bundesregierung im Vierten Armuts- und Reichtumsbericht ausführlich dargestellt und erläutert. Die nachfolgenden Darstellungen (Tabellen 5 bis 7) sind diesem Bericht entnommen (Bundestagsdrucksache 17/12650, S. 303 f.) und zeigen die nachgefragten Indikatoren, soweit sie verfügbar sind. Nach den neuesten Zahlen aus dem Mikrozensus für das Jahr 2012 hat es zum Vorjahr keine wesentliche Veränderung bei der Armutsgefährdung Alleinerziehender gegeben. Während das Armutsrisiko insgesamt von 15,1 Prozent auf 15,2 Pro-

zent stieg, sank es bei Alleinerziehenden-Haushalten von 42,3 Prozent auf 41,9 Prozent.

Tabelle 5: Einkommensarmutsrisiko nach EVS, EU-SILC und Mikrozensus

		EVS		EU-SILC ²⁾				Mikrozensus ²⁾						
Indikator	Einkommensjahr	2003	2008	2007	2008	2009	2010	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Armutsrisikoschwelle (60% Medianeinkommen)														
	€/mtl. 1.000	1.063	916	929	940	952		736	746	764	787	801	826	848
Armutsrisikoquote ¹⁾ bezogen auf 60% des Medianeinkommens														
Insgesamt		13,6	16,0	15,2	15,5	15,6	15,8	14,7	14,0	14,3	14,4	14,6	14,5	15,1
vor Sozialtransfers i.e.S.		-	-	24,2	24,1	24,2	25,1	-	-	-	-	-	-	-
männlich		12,2	14,7	14,2	14,7	14,9	14,9	14,3	13,7	13,8	13,9	14,1	14,0	14,5
weiblich		14,9	17,4	16,2	16,3	16,4	16,8	15,1	14,4	14,8	15,0	15,1	15,0	15,7
Westdeutschland		12,2	14,6	12,8	13,7	14,2	14,3	13,2	12,7	12,9	13,1	13,3	13,3	14,0
Ostdeutschland		19,8	22,8	22,9	22,7	21,5	22,2	20,4	19,2	19,5	19,5	19,5	19,0	19,5
Differenzierung nach Alter														
bis 17 Jahre ³⁾		14,0	20,3	15,2	15,0	17,5	15,6	19,5	18,6	18,4	18,4	18,7	18,2	18,9
18 bis 24 Jahre ³⁾		19,6	18,7	20,2	21,1	18,9	19,0	23,3	22,3	22,4	22,4	22,9	22,7	23,4
25 bis 49 Jahre		-	14,0	13,4	14,1	14,1	14,6	14,1	13,3	13,4	13,3	13,6	13,3	13,8
50 bis 64 Jahre		12,5	17,3	16,8	16,7	17,0	18,5	11,4	11,3	11,7	12,2	12,4	12,5	12,9
65 Jahre und älter		12,8	14,1	14,9	15,0	14,1	14,2	11,0	10,4	11,3	12,0	11,9	12,3	13,3
Differenzierung nach Haushaltstyp														
Alleinlebend		26,1	28,0	29,2	29,3	30,0	32,3	23,2	21,7	23,1	23,7	24,1	23,8	25,3
Alleinerziehend		40,9	51,9	35,9	37,5	43,0	37,1	39,3	37,0	39,0	39,7	40,1	38,6	42,3
Paar mit 1 Kind		10,1	11,6	9,3	9,8	9,0	9,8	11,6	11,4	10,7	10,4	10,2	9,6	10,0
Paar mit 2 Kindern		6,7	9,6	8,3	7,7	8,8	8,7	12,0	11,6	11,1	10,5	10,6	10,7	11,2
Paar mit 3 und mehr Kindern		11,3	17,1	15,2	13,6	21,6	16,2	26,3	24,3	23,8	24,5	24,1	23,2	23,0
Differenzierung nach Erwerbsstatus														
Erwerbstätig		6,5	6,8	7,1	6,8	7,2	7,7	7,3	7,1	7,4	7,4	7,5	7,5	7,8
Arbeitslos		49,9	74,5	56,8	62,0	70,3	67,8	49,6	49,4	53,5	56,0	53,7	54,0	58,7
Rentner/Pensionär ⁴⁾		15,2	16,9	15,0	14,9	13,4	14,0	10,7	10,3	11,2	12,1	12,1	12,6	13,8
Relative Armutsrisikolücke ⁵⁾														
		18,3	20,4	22,2	21,5	20,7	21,4	-	-	-	-	-	-	-

1) Äquivalenzgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen (neue OECD-Skala) < 60% des Medians der Einkommen aller Personen.

2) Werte ohne Berücksichtigung selbstgenutzten Wohneigentums.

3) EVS bis 15 bzw. 16 bis 24 Jahre.

4) EVS nur Rentner.

5) Differenz zwischen Armutsrisikogrenze und Median der Nettoäquivalenzeinkommen der Personen unter der Armutsrisikogrenze in Relation zur Armutsrisikogrenze.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 6: Einkommensarmutsrisiko nach dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP)

Indikator	Einkommensjahr	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Armutsrisikoschwelle (60% Medianeinkommen)														
	€/mtl.	781	815	827	832	857	861	876	873	886	924	943	974	993
Armutsrisikoquote ¹⁾ bezogen auf 60% des Medianeinkommens														
Insgesamt		10,4	10,5	11,7	12,3	13,0	13,2	14,4	14,1	13,5	14,1	14,3	14,9	13,9
vor Sozialtransfers i.e.S.		18,7	18,2	19,6	20,2	21,3	21,4	22,4	22,7	22,1	22,7	21,7	22,9	20,6
männlich		9,4	9,0	10,1	11,0	11,7	11,8	13,2	12,7	12,4	12,8	13,1	13,6	12,7
weiblich		11,4	12,2	13,3	14,2	14,5	14,7	15,9	15,5	14,5	15,6	15,6	16,4	14,9
Westdeutschland		9,7	9,6	11,2	11,6	12,6	12,3	13,2	12,9	12,4	13,0	13,1	13,8	12,5
Ostdeutschland		13,3	14,2	13,8	15,5	15,4	17,6	19,8	19,7	18,6	19,1	19,3	19,9	20,2
Differenzierung nach Alter														
bis 17 Jahre		14,3	13,1	14,8	15,7	16,7	16,6	19,1	16,5	15,5	16,7	16,0	18,4	16,5
18 bis 24 Jahre		18,1	18,3	19,0	21,3	21,2	22,6	25,2	24,1	23,2	25,3	23,6	24,4	20,0
25 bis 49 Jahre		8,8	8,6	9,8	10,7	11,4	11,7	13,2	13,3	12,5	12,8	12,6	12,7	12,0
50 bis 64 Jahre		6,9	9,0	9,6	9,9	10,6	10,3	11,4	11,7	11,5	11,5	12,3	13,1	12,1
65 Jahre und älter		10,8	10,9	12,1	12,7	12,4	12,8	12,0	11,8	11,6	13,0	14,4	14,5	14,2
Differenzierung nach Haushaltstyp														
Alleinlebend		18,5	20,3	20,8	20,9	21,3	22,1	21,9	22,2	22,2	23,1	24,1	24,9	25,3
Alleinerziehend		34,7	33,8	33,9	37,6	38,1	35,1	41,8	37,1	36,4	37,6	38,0	42,9	40,1
Paar mit 1 Kind		5,0	4,6	6,1	5,8	7,0	7,9	9,4	9,3	9,2	8,0	8,7	9,9	5,3
Paar mit 2 Kindern		6,1	5,1	5,8	6,7	7,2	7,7	9,4	7,3	5,9	6,6	6,7	6,3	7,9
Paar mit 3 und mehr Kindern		16,5	14,7	15,8	16,2	16,4	18,3	18,6	18,4	16,2	18,4	17,3	15,9	11,8
Differenzierung nach Erwerbsstatus														
Erwerbstätig		5,7	6,4	6,8	7,4	7,3	7,5	8,5	8,0	7,4	7,8	8,4	8,7	8,2
Arbeitslos		29,5	28,9	33,6	37,1	38,6	39,3	45,6	47,7	49,7	52,3	51,5	51,6	56,4
Rentner/Pensionär		10,1	11,3	12,2	12,6	12,5	13,0	13,0	12,2	12,9	14,0	15,4	15,1	14,9
Dauerhafte Armut ²⁾		4,7	4,6	3,1	3,3	6,6	7,5	7,9	8,3	7,3	6,8	7,5	8,4	7,9
Relative Armutsücke ³⁾		20,0	18,1	20,7	20,2	19,5	20,4	20,0	21,8	20,1	19,5	20,0	21,2	19,2

1) Äquivalenzgewichtetes Haushaltseinkommen (neue OECD-Skala) < 60% des Medians der Einkommen aller Personen.

2) aktuell und in 2 von 3 Vorjahren betroffen.

3) Differenz zwischen Armutsrisikogrenze und Median der Nettoäquivalenzeinkommen der Personen unter der Armutsrisikogrenze in Relation zur Armutsrisikogrenze.

Quelle: Berechnungen im DW und im BMFSFJ auf Basis SOEP 2011

Tabelle 7: Armutsgefährdungsquote nach soziodemografischen Merkmalen in % gemessen am Bundesmedian

Merkmal	Jahr							
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Insgesamt	14,7	14,0	14,3	14,4	14,6	14,5	15,1	15,2
Alter								
Unter 18	19,5	18,6	18,4	18,4	18,7	18,2	18,9	18,9
18 bis unter 25	23,3	22,3	22,4	22,4	22,9	22,7	23,4	24,3
25 bis unter 50	14,1	13,3	13,4	13,3	13,6	13,3	13,8	13,7
50 bis unter 65	11,4	11,3	11,7	12,2	12,4	12,5	12,9	12,8
65 und älter	11,0	10,4	11,3	12,0	11,9	12,3	13,3	13,6
Geschlecht								
Männlich	14,3	13,7	13,8	13,9	14,1	14,0	14,5	14,5
Weiblich	15,1	14,4	14,8	15,0	15,1	15,0	15,7	15,9
Alter und Geschlecht								
Männlich								
18 bis unter 25	22,3	21,3	21,0	20,9	21,6	21,2	21,9	23,0
25 bis unter 50	13,9	13,1	13,1	13,0	13,4	13,2	13,4	13,3
50 bis unter 65	11,4	11,3	11,6	11,9	12,2	12,3	12,6	12,4
65 und älter	8,7	8,5	9,2	9,9	9,7	10,3	11,0	11,3
Weiblich								
18 bis unter 25	24,3	23,3	23,9	24,1	24,2	24,2	25,0	25,7
25 bis unter 50	14,3	13,5	13,6	13,6	13,8	13,5	14,2	14,2
50 bis unter 65	11,4	11,3	11,9	12,4	12,5	12,8	13,2	13,2
65 und älter	12,7	11,8	12,9	13,6	13,6	13,8	15,0	15,5
Haushaltstyp²⁾								
Einpersonenhaushalt	23,2	21,7	23,1	23,7	24,1	23,8	25,3	25,8
Zwei Erwachsene ohne Kind	8,3	8,0	8,4	8,6	8,5	8,7	8,9	8,9
Sonstiger Haushalt ohne Kind	9,0	8,3	8,4	8,4	8,5	8,7	8,9	9,0
Ein(e) Erwachsene(r) mit Kind(ern)	39,3	37,0	39,0	39,7	40,1	38,6	42,3	41,9
Zwei Erwachsene und ein Kind	11,6	11,4	10,7	10,4	10,2	9,6	10,0	9,8
Zwei Erwachsene und zwei Kinder	12,0	11,6	11,1	10,5	10,6	10,7	11,2	10,7
Zwei Erwachsene und drei oder mehr Kinder	26,3	24,3	23,8	24,5	24,1	23,2	23,0	24,1
Sonstiger Haushalt mit Kind(ern)	17,5	16,6	16,4	16,1	17,4	17,4	17,2	17,8
Erwerbsstatus³⁾								
Erwerbstätige	7,3	7,1	7,4	7,4	7,5	7,5	7,8	7,7
Selbständige (einschließlich mithelfende Familienangehörige)	9,1	8,5	8,3	8,6	8,7	8,4	9,0	9,1
Abhängig Erwerbstätige	7,1	7,0	7,3	7,3	7,4	7,4	7,7	7,6
Erwerbslose	49,6	49,4	53,5	56,0	53,7	54,0	58,7	59,3
Nichterwerbspersonen	17,5	16,7	17,3	18,0	18,4	18,5	19,8	20,3
Rentner/-innen und Pensionäre/Pensionärinnen ⁴⁾	10,7	10,3	11,2	12,1	12,1	12,6	13,8	14,3
Personen im Alter von unter 18 Jahren	19,7	18,7	18,6	18,7	18,9	18,4	19,1	19,1
Sonstige Nichterwerbspersonen	27,6	27,3	28,7	30,0	31,7	32,3	35,1	36,4
Qualifikationsniveau⁵⁾ der Person mit dem höchsten Einkommen im Haushalt (Haupteinkommensbezieher)								
Niedrig (ISCED 0 bis 2)	32,0	30,5	32,8	34,2	35,1	35,6	37,9	38,0
Mittel (ISCED 3 und 4)	13,8	13,2	13,5	13,8	14,1	14,0	14,5	14,7
Hoch (ISCED 5 und 6)	5,5	5,0	4,7	4,9	4,8	4,8	5,1	5,1
Qualifikationsniveau⁵⁾ (Personen im Alter von 25 Jahren und älter)								
Niedrig (ISCED 0 bis 2)	23,1	22,5	24,1	25,3	26,0	27,0	28,8	29,2
Mittel (ISCED 3 und 4)	11,1	10,6	11,0	11,3	11,6	11,5	12,0	12,1
Hoch (ISCED 5 und 6)	6,0	5,4	5,2	5,2	5,2	5,1	5,4	5,4
Staatsangehörigkeit								
Ohne deutsche Staatsangehörigkeit	34,3	32,6	32,6	31,6	31,8	31,7	31,9	32,1
Mit deutscher Staatsangehörigkeit	12,8	12,2	12,5	12,7	13,0	12,9	13,5	13,5
Migrationshintergrund⁶⁾								
Mit Migrationshintergrund	28,2	26,9	26,9	26,2	26,6	26,2	26,6	26,8
Ohne Migrationshintergrund	11,6	11,1	11,3	11,6	11,7	11,7	12,3	12,3

Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW

¹⁾ Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

²⁾ Zu den Kindern zählen Personen im Alter von unter 18 Jahren ohne Lebenspartner/-in und eigene Kinder im Haushalt.

³⁾ Nach dem "Labour-Force-Konzept" der International Labour Organization (ILO).

⁴⁾ Personen mit Bezug einer eigenen (Versicherten-) Rente, Pension und Personen im Alter von 65 Jahren und älter mit Bezug einer Hinterbliebenenrente, -pension.

⁵⁾ Das Qualifikationsniveau wird entsprechend der nationalen Klassifikation des Bildungswesens (ISCED) bestimmt.

⁶⁾ Als Person mit Migrationshintergrund gilt, wer eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt, oder im Ausland geboren wurde und nach 1949 zugewandert ist, oder in Deutschland geboren ist und eingebürgert wurde, oder ein Elternteil hat, das zugewandert ist, eingebürgert wurde oder eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt.

Mit Blick auf die Erwerbsbeteiligung zeigen sich zwischen alleinerziehenden Müttern und Müttern in Paarfamilien keine wesentlichen Unterschiede. Beide Gruppen gingen im Jahr 2011 zu etwa 70 Prozent grundsätzlich einer Erwerbstätigkeit nach (Quelle: BMAS-Report „Alleinerziehende unterstützen – Fachkräfte gewinnen“, 2013). Allerdings ist der Anteil der in Vollzeit erwerbstätigen Mütter bei den Alleinerziehenden mit 43 Prozent deutlich höher als bei Müttern in Paarfamilien (30 Prozent). Auch beim zeitlichen Umfang der ausgeübten Teilzeitarbeit zeigen sich deutliche Unterschiede. Über 40 Prozent der alleinerziehenden Mütter arbeiten mindestens 35 Wochenstunden und nur 15 Prozent weniger als 20 Stunden in der Woche. Hingegen arbeiten mehr als drei Viertel aller erwerbstätigen Mütter in Paarfamilien weniger als 35 Stunden in der Woche, jede dritte sogar unter 20 Stunden in der Woche.

Die Erwerbstätigenquote alleinerziehender Mütter ist wie bei Müttern aus Paarfamilien umso höher, je höher der Bildungsstand ist. Zwar hat die ganz überwiegende Mehrheit der alleinerziehenden Mütter einen guten oder sehr guten Bildungsstand. Aber der Anteil der Mütter, die über keinen Abschluss oder keinen berufsqualifizierenden Abschluss verfügen, ist bei den Alleinerziehenden deutlich höher als bei Müttern in Paarfamilien. Bei der Gruppe der gering qualifizierten Alleinerziehenden zeigen sich erwartungsgemäß besondere Probleme bei der Erwerbsbeteiligung.

Alleinerziehende nutzen die Angebote institutioneller Kinderbetreuung in vergleichbarer Weise, aber in der frühen Lebensphase ihrer Kinder häufiger und insgesamt öfter in einem größeren Stundenumfang als Paarfamilien. Dies lässt sich in erster Linie auf die im Durchschnitt längeren Arbeitszeiten von Alleinerziehenden zurückführen.

65. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie stark stocken erwerbstätige Alleinerziehende ihr Einkommen durch ergänzende Leistungen nach dem SGB II auf (bitte entsprechende Zahlen inklusive Kinderzuschlag insgesamt sowie nach Art der Erwerbstätigkeit nennen), und was ist nach Ansicht der Bundesregierung notwendig, um die Hilfsbedürftigkeit von erwerbstätigen Alleinerziehenden zu überwinden?

**Antwort des Staatssekretärs Thorben Albrecht
vom 3. September 2014**

Im Februar 2014 erzielten rund 216 000 der alleinerziehenden erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in der Grundsicherung gleichzeitig Einkommen aus einer Erwerbstätigkeit. Die Unterscheidung nach Art und Arbeitszeit der Erwerbstätigkeit sowie der Vergleich mit allen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten kann der Tabelle 8 entnommen werden. Alleinerziehende Bedarfsgemeinschaften mit mindestens einem Erwerbstätigen erzielten im Februar 2014 im Durchschnitt ein Bruttoerwerbseinkommen von 604 Euro und erhielten SGB-II-Leistungen im Umfang von durchschnittlich 760 Euro.

Tabelle 8: Alleinerziehende Leistungsbezieher nach Art der Erwerbstätigkeit

Alleinerziehend Leistungsbezieher nach Art der Erwerbstätigkeit

Februar 2014 (Datenstand: August 2014)

Merkmal	Bestand eLb	erw erbstätige Allg-Bezieher	abhängig erw erbstätige Allg-Bezieher	davon							selbständig erw erbstätige Allg-Bezieher
				sozial- versicherungs- pflichtig Beschäftigte	davon			ausschließlich geringfügig Beschäftigte/ ohne Meldung	davon		
					Vollzeit	darunter			ausschließlich geringfügig Beschäftigte	ohne Beschäfti- gungs- meldung	
						Auszubil- dende	Teilzeit				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
alleinerziehende eLb	614.905	215.581	202.926	108.911	20.035	1.640	88.862	94.015	75.095	18.920	14.633

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Die Bundesregierung ist der Ansicht, dass die Integration in Arbeit einen wichtigen Beitrag zur Überwindung der Hilfebedürftigkeit Alleinerziehender leistet. Deshalb behält die Bundesagentur für Arbeit auch im nächsten Jahr den geschäftspolitischen Schwerpunkt bei, Beschäftigungsmöglichkeiten für Alleinerziehende besser zu nutzen. Hierüber wurden und werden weiterhin wichtige Impulse für die Arbeit der gemeinsamen Einrichtungen und Agenturen für Arbeit vor Ort gesetzt.

Die Bundesregierung hält eine erwerbsanreizorientierte Unterstützung von Alleinerziehenden, wie sie unter anderem durch den Kinderzuschlag erfolgt, für unerlässlich. Mithilfe des Kinderzuschlags soll vermieden werden, dass Familien, bei denen das Einkommen der Eltern bzw. des alleinerziehenden Elternteils zwar so hoch ist, dass sie ihren eigenen Grundsicherungsbedarf decken können, nicht aber den ihrer Kinder, allein durch das Vorhandensein von Kindern auf Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende angewiesen sind. Mit einer maximalen Höhe von 140 Euro pro Monat je Kind ist der Kinderzuschlag dabei bewusst als ergänzende Leistung angelegt, die auf das elterliche Erwerbseinkommen aufsetzt und ihre Wirkung in Kombination mit weiteren Leistungen wie dem Kindergeld und Wohngeld entfaltet.

Im Juli 2014 gab es 98 038 Kinderzuschlagsberechtigte. Statistische Werte zur Anzahl der Alleinerziehenden im Kinderzuschlag liegen nicht vor. Nach Schätzungen kann von etwa 14 Prozent Alleinerziehenden, die den Kinderzuschlag beziehen, ausgegangen werden (vgl. Das Bildungs- und Teilhabepaket: Chancen für Kinder aus Familien mit Kinderzuschlag, Monitor Familienforschung). Ebenso erfolgt keine statistische Erfassung nach Art und Arbeitszeit der Erwerbstätigkeit der Kinderzuschlagsberechtigten.

Im Ausbau der Kinderbetreuung sieht die Bundesregierung eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Alleinerziehende Familie und Beruf gut vereinbaren können. Ab dem Jahr 2015 wird der Bund deshalb für den Betreuungsplatzausbau für Kinder unter drei Jahren weitere zusätzliche Finanzhilfen bereitstellen und die Mittel dafür um 1 Mrd. Euro aufstocken. Eine bedarfsgerechte und qualitativ gute ganztägige Betreuung ist das Ziel von Bund, Ländern und Kommunen. Der Bund unterstützt weiter die Lokalen Bündnisse für Familie, die vor Ort mit Unterstützungsnetzen Alleinerziehenden den Weg in die Erwerbstätigkeit erleichtern.

66. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie hoch muss rechnerisch das Bruttoeinkommen einer Alleinerziehenden mit einem minderjährigen Kind sein, um nicht hilfsbedürftig zu sein (auf Grundlage der durchschnittlichen Kosten der Unterkunft sowie unter Berücksichtigung des Erwerbstätigenfreibetrages), und wie hoch ist der rechnerische Bruttostundenlohn, um ein solches Einkommen zu erzielen – bei einer 25-Stunden-, 30-Stunden- und 35-Stundenwoche?

**Antwort des Staatssekretärs Thorben Albrecht
vom 3. September 2014**

Die Bundesregierung hält die Berechnung hypothetischer Bruttolohnschwellen für wenig aussagefähig, weil für die Berechnung verschiedene Annahmen zu treffen wären und im Einzelfall die Existenz weiterer möglicher Einkommen (beispielsweise Einkommen aus Unterhalt) sowie etwaige Sonder- und Mehrbedarfe zu berücksichtigen wären.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung
und Landwirtschaft**

67. Abgeordneter
René Röspel
(SPD)
- Welche Forschungsprojekte zur ökologischen Pflanzenzüchtung und zur ökologischen Saatgutforschung haben seit dem Jahr 2011 im Rahmen der Ressortforschung des Bundes begonnen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Bleser
vom 4. September 2014**

Mit Mitteln des Bundesprogramms Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft (BÖLN) wurden seit dem Jahr 2011 insgesamt zehn Forschungsvorhaben der Ressortforschung zu Fragestellungen der ökologischen Pflanzenzüchtung und zur ökologischen Saatgutforschung unterstützt. Die speziellen Fragestellungen der Vorhaben gehen aus Anlage 1 hervor.

Anlage 1

[illegible]

- | | |
|---|--|
| 68. Abgeordneter
René
Röspel
(SPD) | Welche Forschungsprojekte zur ökologischen Pflanzenzüchtung und zur ökologischen Saatgutforschung wurden seit dem Jahr 2011 aus Mitteln des Bundes finanziell unterstützt? |
|---|--|

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Bleser
vom 4. September 2014**

Zusätzlich zu den Projekten der Ressortforschung (siehe Antwort zu Frage 67) wurden seit dem Jahr 2011 weitere 29 Projekte mit einem Fördervolumen von mehr als 3,9 Mio. Euro mit Mitteln des BÖLN unterstützt (siehe Anlage 2).

Anlage 2

FKZ	Status	Thema	Laufzeit- beginn	Laufzeit- ende	Adresse	BMI Anteil
100E030	laufend	Maßnahmen zur Reduzierung von Pilzbefall bei Gartenkresse (<i>Lepidium sativum</i> L.) zur Gewinnung von erregungsfreiem Saatgut im ökologischen Anbau	21.07.2011	31.12.2014	Förderverein Ökoplant e.V., Himmelsburger Straße 95, 53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler	55.447,52 €
100E059	laufend	Entwicklung von Material und Strategien für eine nachhaltige Qualitätszüchtung von Winter-Emmer (<i>Triticum dicoccum</i>) für den ökologischen Landbau in Deutschland	01.10.2011	31.12.2014	Universität Hohenheim, Landessaatgutanstalt (720), Fruwirthstrasse 21, 70599 Stuttgart	95.382,63 €
100E067	laufend	Nutzung genetischer Ressourcen den Europäischen Wildrebe für die Züchtung von Mehltau- und Schwarzfäule-resistenten Reben	01.08.2011	31.10.2014	Karlsruher Institut für Technologie (KIT), Botanischer Garten, Kaiserstraße 12, 76131 Karlsruhe	163.108,50 €
100E071	laufend	Entwicklung von Phytophthora-resistentem Zuchtmaterial für den ökologischen Landbau	01.04.2012	31.03.2015	Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft, Institut für Pflanzenbau und	500.878,10 €
100E072	laufend	Einsatz moderner Züchtungsstrategien zur Verbesserung der Eigenschaften von Sommerbraugerste für den ökologischen Landbau	01.04.2011	31.12.2014	Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft, Institut für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung, Am Gereuth 8, 85354 Freising	414.778,94 €
100E073	laufend	Evaluierung von aktuellen Wintergerstensorten sowie Sichtung von Zuchtmaterial mit Flugbrand-Widerstandsfähigkeit (<i>Ustilagonuda</i>) auf Anfälligkeit gegenüber der Streifenkrankheit (<i>Drechslera erasmiae</i>)	01.09.2011	31.12.2015	Forschung & Züchtung in der Landbauschule Dottenfelderhof e.V., Holzhausenweg 7, 61118 Bad Vilbel	174.566,45 €
100E074	laufend	Entwicklung von Maissorten für den ökologischen Landbau Teilprojekt Universität Göttingen	14.04.2011	15.01.2015	Georg-August-Universität Göttingen, Abteilung Pflanzenzüchtung, Von-Siebold-Str. 8, 37075 Göttingen	246.883,05 €
100E079	laufend	Radichio und Zuckerhut (<i>Cichorium intybus</i> var. <i>foliosum</i>)-Entwicklung von Populationen und Züchtungsmethodik für den ökologischen Gemüsebau	12.04.2011	11.04.2015	KULTURSAAT e.V., Echzell, Schloßstrasse 22, 61209 Echzell	148.523,00 €
100E080	laufend	Züchterische Weiterentwicklung samenfester Brokkolisorten für den ökologischen Landbau im Hinblick agronomische Merkmale sowie sensorische Eigenschaften	10.10.2011	14.12.2014	KULTURSAAT e.V., Echzell, Schloßstrasse 22, 61209 Echzell	145.947,20 €
100E081	laufend	Nachhaltige Verbesserung der Verfügbarkeit von Öko-Gemüsesaatgut und Sicherung der ökologischen On-farm-Gemüsezüchtung durch Aufbau einer Erhaltungszuchtbank - Erweiterung des abgeschlossenen Projektes FKZ 06OE154	27.05.2011	26.05.2014	KULTURSAAT e.V., Echzell, Schloßstrasse 22, 61209 Echzell	94.058,64 €
100E082	laufend	Populationszucht auf Anpassungsfähigkeit durch Diversität und partizipative on-farm Selektion am Beispiel Winterweizen	01.07.2011	28.02.2014	Universität Kassel, Fachbereich 11: Ökologischer Pflanzenschutz/Entomologie, Nordbahnhofstraße 1a, 37213 Witzenhausen	183.284,00 €
100E107	laufend	Entwicklung von Maissorten für den ökologischen Anbau	14.04.2011	15.01.2015	KWS Saat AG, Institut für Pflanzenzüchtung, Grimsehlstraße 31, 37555 Einbeck	40.447,17 €
100E108	laufend	Entwicklung von Maissorten für den ökologischen Anbau	14.04.2011	15.01.2015	Georg-August-Universität Göttingen, Abteilung Pflanzenbau, Von-Siebold-Str. 8, 37075 Göttingen	144.922,42 €
100E109	laufend	Radichio und Zuckerhut (<i>Cichorium intybus</i> var. <i>foliosum</i>) - Entwicklung von Populationen und Züchtungsmethodik für den ökologischen Gemüsebau	12.04.2011	01.09.2014	Georg-August-Universität Göttingen, Abteilung Pflanzenzüchtung, Von-Siebold-Str. 8, 37075 Göttingen	75.385,72 €
100E110	laufend	Entwicklung verschiedenfarbiger Möhrensorten für den Biolandbau	01.11.2011	31.10.2014	satimex Quedlinburg Züchtersaat GmbH, Gross Orden 19, 06484 Quedlinburg	96.153,85 €

69. Abgeordneter
**René
Röspel**
(SPD) Wie viele Anträge auf Förderung von Forschungsprojekten zur ökologischen Pflanzenzüchtung bzw. zur ökologischen Saatgutzüchtung liegen im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) vor?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Bleser
vom 4. September 2014**

Es liegen aktuell keine Anträge im BMEL vor.

70. Abgeordneter
**René
Röspel**
(SPD) Wie viele Anträge auf Förderung von Forschungsprojekten zur ökologischen Pflanzenzüchtung bzw. zur ökologischen Saatgutzüchtung liegen im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) vor?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Bleser
vom 4. September 2014**

In vier vorliegenden Anträgen finden sich Bezüge zu den Themenbereichen ökologische Landwirtschaft und low input farming.

71. Abgeordnete
**Dr. Kirsten
Tackmann**
(DIE LINKE.) Welche Forschungsvorhaben im Bereich der (Boden-, Freiland- und Bio-)Haltung von Geflügel (vor allem zur Verbesserung der Tiergesundheit und des Tierwohls sowie zur Senkung der Antibiotikaresistenzen) wurden in den vergangenen 24 Monaten zur Finanzierung aus Bundesmitteln eingereicht, und wie wurden die Anträge beschieden (bitte unter Angabe der Gründe)?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin
Dr. Maria Flachsbarth
vom 4. September 2014**

Im Bereich der Geflügelhaltung wurden Forschungsvorhaben beim BMEL und beim BMBF eingereicht. Angaben zum Stand der Vorhaben einschließlich Begründungen für die Antragsbescheidung können den Übersichten in Anlage 1 (BMEL) und Anlage 2 (BMBF) entnommen werden.

Die im Rahmen der Innovationsbekanntmachung des BMEL über die Förderung von Maßnahmen zur Minimierung der Übertragung von antibiotikaresistenten Bakterien oder Antibiotikaresistenzeigenschaften entlang der Lebensmittelkette vom 8. Januar 2014 eingereichten Projektskizzen sind noch nicht bewertet und in den beigefügten Übersichten nicht enthalten.

Zum Verfahren ist darüber hinaus Folgendes anzumerken:

Um eine hohe Qualität der im Rahmen des Bundesprogramms Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft und des Programms zur Innovationsförderung geförderten Vorhaben zu gewährleisten, beurteilt das BMEL die Förderwürdigkeit in der Regel im wettbewerblichen Verfahren, auf der Grundlage von Projektskizzen. Bei der Bewertung der vorgelegten Projektskizzen werden grundsätzlich externe Sachverständige hinzugezogen. Nur bei förderwürdig bewerteten Projektskizzen wird zur formellen Antragstellung aufgefordert, andernfalls wird den Projektteilnehmern mitgeteilt, dass ihr Vorhaben nicht weiter verfolgt wird. Eingereichte Anträge werden in der Regel nur dann nicht bewilligt, wenn vorgegebene Auflagen nicht erfüllt werden.

Hinsichtlich des Verfahrens beim BMBF wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage 2 verwiesen.

Anlage 1
Forschungsvorhaben zur Geflügelhaltung des BMEL
Bewilligte Anträge und förderwürdig bewertete Projektskizzen
Erhebung über die Behandlung bestimmter Nutztiere (Puten, Schweine, Mastrinder, Mastkälber) mit Tierarzneimitteln bzgl. der Lebensmittelketteninformation
Schätzung der Prävalenz von ESBL-bildenden Escherichia coli bei Mastputen zur Quantifizierung der relativen Bedeutung von Mastgeflügel und möglicher Eintragsquellen
Möglichkeiten einer In Ovo-Geschlechtsbestimmung beim Haushuhn als Alternative zur routinemäßigen Tötung männlicher Eintagsküken aus Legehennenlinien
Geflügelhaltung neu strukturiert: Integration als Maßnahme zum Tierschutz
Emissionsminderung aus Geflügelställen durch kombinierte Abluftreinigung
Untersuchungen zur tierschutzgerechten Tötung von Geflügel im Tierseuchenfall
Entwicklung und Einführung eines internetbasierten Fortbildungs- und Datenverwaltungstools zur Minimierung des Antibiotikaeinsatzes in der Nutztierhaltung.
Indikatoren einer tiergerechten Mastputenhaltung unter den Bedingungen der ökologischen Geflügelmast
Begründungen: Entscheidungshilfebedarf, hohe Praxis- bzw. Tierschutzrelevanz
Von Gutachtern positiv bewertete Projektskizzen, abschließende Bewertung BMEL steht noch aus
Entwicklung einer hochwirksamen und biologisch sicheren Phagentechnologie zur Pathogenbekämpfung in Geflügelzucht und Lebensmittelsicherheit
Entwicklung innovativer bestandsspezifischer Impfstoffe für Geflügel zur vereinfachten Applikation und unter Berücksichtigung regionaler epidemiologischer Einheiten

Nicht förderwürdig bewertete Projektskizzen zur Geflügelhaltung
Entwicklung von Strategien zur Reduktion von Beschädigungspicken und Kannibalismus bei nicht-schnabelgekürzten Mastputen
Verzicht auf Schnabelkürzen bei Legehennen in Praxisbetrieben
Sicherung einer bedarfsgerechten Tränkwasserversorgung in der Putenhaltung bei Reduktion der Zahl von Tränkestellen bzw. der Tränkestrecken zur Vermeidung unnötiger Einstreubelastungen und Fußballenerkrankungen
Die Förderung der Fußballengesundheit in der Geflügelmast (Hähnchen, Puten) durch neue Konzepte in der Haltung und Fütterung
Entwicklung eines emissionsarmen und energieeffizienten Stallkonzepts mit intelligenter Lüftungstechnik und Emissionskontrolle zur Verbesserung der Haltungsbedingungen von Masthähnchen
Entwicklung eines wirtschaftlichen Verfahrens für eine tiergerechte und nachhaltige Hähnchenmast in bäuerlichen Betrieben
Mobile Haltung von Hühnern als innovativer Ansatz für eine zukunftsfähige Eier- und Geflügelfleischversorgung
Allgemeine und spezifische Maßnahmen zur Reduktion von ESBL und MRSA beim Mastgeflügel und Schwein
Innovative lichtbasierte Entkeimungsverfahren zur Minimierung des Antibiotikaeinsatzes und der Übertragung pathogener Erreger und Antibiotikaresistenzeigenschaften in Tierhaltung und Lebensmittelverarbeitung
Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes durch präventive verfahrensintegrierte Maßnahmen zur Steigerung der Tiergesundheit mit einer optimierten Lüftungssteuerung und einer Emissionskontrolle
Maßnahmen zur Minimierung der Übertragung von antibiotikaresistenten Bakterien oder Antibiotikaresistenzeigenschaften
Entwicklung der Anodischen Oxidation für Hygiene in Tränkwasser und bei der Lebensmittelgewinnung
Entwicklung eines Schnellverfahrens zur Identifizierung multiresistenter Lebensmittel-relevanter Zoonoseerreger (MRSA, ESBL-produzierende Enterobacteriaceae und multiresistente Campylobacter spp. und Salmonella spp.) bei Geflügel und Geflügelerzeugnissen
DUAL-ECOCHICK: Entwicklung einer Zweinutzungsleistungsprüfung für vom Aussterben bedrohte Rassehühner unter ökologischen Haltungsbedingungen
Begründungen: keine Innovation, falscher methodischer Ansatz, unklare Verwertung

Anlage 2**Übersicht Projektanträge und -skizzen „Geflügel“ des BMBF****1. Bewilligte Anträge:**

Untersuchungen zur Reduzierung der Tierzahlen bei der Chargenprüfung und zum Ersatz des Belastungsversuches von Lebend-Impfstoffen bei Geflügel (DAB 10)
Eignungsprüfung eines Antigen-ELISA als Ersatzmethode zur Wirksamkeitsprüfung von AEV-Geflügelimpfstoffen
AE-Antigen-ELISA - Eignungsprüfung eines Antigen-ELISA als Ersatzmethode zur Wirksamkeitsprüfung von AEV-Geflügelimpfstoffen

2. Abgelehnte Projektskizzen:

ProViro - Viral strategies to address antibiotic resistance in bacteria and parasites
Metabolische Programmierung Geflügel - Untersuchung der epigenetischen Hintergründe - Metabolische Programmierung beim Geflügel: Untersuchung der epigenetischen Hintergründe für die Futteraufnahme, das Wachstum sowie die relevanten Produkte von Masthühnern und Legehennen
FHprofUnt: Verbrauchergerechte Eier- und Geflügelfleischproduktion unter besonderer Berücksichtigung von Tierwohl sowie regionaler und ökologischer Herkunft (Kurztitel: Verbrauchergerechte Geflügelproduktion)
KMU-innovativ: Campylobacter Infektionen - In vitro Testsysteme zur Identifizierung und Charakterisierung von inhibitorisch wirksamen Substanzen (C-INHIBIT)
ERA-Net anihwa: Well chick - Improving bird health and welfare in broiler systems
ERA-Net anihwa: MADISUP - Marek's Disease Virus induced immunosuppression: From diagnosis to vaccination
ERA-Net anihwa: MADISUP - Marek's Disease Virus induced immunosuppression: From diagnosis to vaccination
ERA-Net anihwa: Avian coronaviruses - Elucidation of virus-host interactions of avian coronaviruses, including infectious bronchitis virus, with poultry in order to develop next generation vaccines
ERA-Net anihwa: MoSAR-T - Importance of Mobile Genetic Determinants in the Spread of Newly

Acquired Antibiotic Resistances among Foodborne and zoonotic Pathogens
--

Begründung für Förderzusagen und – ablehnungen von Forschungsvorhaben:

Die Resonanz auf Förderrichtlinien ist in der Regel sehr groß. Daher müssen unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel Prioritäten gesetzt werden. Alle eingereichten Projektskizzen wurden durch externe Fachgutachter unter Zugrundelegung der in den jeweiligen Förderrichtlinien enthaltenen Kriterien bewertet. Unter Einbeziehung der Voten der externen Fachgutachter haben die abgelehnten Projekte im Wettbewerb mit den anderen eingereichten Projektvorschlägen nicht die notwendige Priorität erreicht.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums
der Verteidigung**

- | | |
|--|---|
| 72. Abgeordnete
Christine
Buchholz
(DIE LINKE.) | Welchen Zielhafen hat das US-Schiff Cape Ray mit dem Hydrolysat der syrischen Chemiewaffen in Deutschland, und welches sind bzw. waren ihre Ankunfts- und Abfahrtszeiten? |
| 73. Abgeordnete
Christine
Buchholz
(DIE LINKE.) | Von welchen Kriegsschiffen der Deutschen Marine oder anderer Streitkräfte wird bzw. wurde die Cape Ray auf dem Weg in den Zielhafen begleitet? |

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Dr. Ralf Brauksiepe
vom 4. September 2014**

Der Zielhafen des amerikanischen Spezialschiffes Cape Ray in Deutschland wird Bremen sein. Das Einlaufen des Schiffes ist für den 4. September 2014 am frühen Nachmittag geplant. Nach der erfolgten Entladung wird das Schiff voraussichtlich noch am 5. September 2014 abends auslaufen.

Auf dem Weg dorthin wird die Cape Ray seit dem 23. August 2014 von der deutschen Fregatte Hamburg begleitet. Zuvor hatte die Fregatte Schleswig-Holstein die Begleitung der Cape Ray nach dem Abschluss der Hydrolyse bis zum Verlassen des Mittelmeers sichergestellt. Zudem begleitete vom 22. bis zum 23. August 2014 das spanische Kriegsschiff Casado die Cape Ray. Einheiten von Streitkräften

anderer Nationen sind seitdem bei dem Schutz der Cape Ray nicht mehr beteiligt gewesen.

Während der Passage der deutschen ausschließlichen Wirtschaftszone in Nord- und Ostsee auf dem Weg nach Finnland haben Einheiten der Bundespolizei See und des Zolls die Cape Ray begleitet. Dasselbe ist für den Transit der Cape Ray von Finnland nach Deutschland geplant. Bei Erreichen der deutschen Hoheitsgewässer wird der Schutz durch die Wasserschutzpolizeien der Länder Niedersachsen und Bremen sichergestellt werden.

74. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Wie viele (militärische) Tiefflüge über der Nationalparkregion und dem Nationalpark Sächsische Schweiz selbst hat das Luftwaffenamt Köln-Wahn seit dem Jahr 2003 genehmigt bzw. sind ihm zur Kenntnis gelangt (bitte auf die einzelnen Jahre aufschlüsseln), und wie oft gab es wegen Unterschreitung der gesetzlichen Mindestflughöhe Beschwerden durch Bürgerinnen und Bürger oder Behörden, zum Beispiel aus den betroffenen Gemeinden?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs

Dr. Ralf Brauksiepe

vom 4. September 2014

Tiefflüge mit strahlgetriebenen Kampfflugzeugen im Luftraum über Deutschland finden grundsätzlich in einer Flughöhe von mindestens 1 000 Fuß (ca. 330 Meter) über Grund statt. Im Rahmen eines sehr streng limitierten Flugstundenkontingents sind vereinzelt auch Flughöhen von 500 Fuß (ca. 150 Meter) zugelassen. Eine statistische Erfassung der regionalen Genehmigungen bzw. Zuteilungen dieser Flugstundenkontingente erfolgt dabei nicht.

Die Flüge der Bundeswehr werden grundsätzlich nach dem Prinzip der freien Streckenwahl geplant und durchgeführt. Ein formelles Überflugverbot für die Region Sächsische Schweiz besteht nicht. Der Luftraum über der Sächsischen Schweiz zeigt im bundesweiten Vergleich keine Konzentration von militärischem Übungsflugbetrieb. In den letzten fünf Jahren ist eine Abnahme der militärischen Tiefflüge über der Sächsischen Schweiz zu verzeichnen.

Seit dem Jahr 2004 hat es insgesamt 61 telefonische und 62 schriftliche Beschwerden gegen den allgemeinen militärischen Flugbetrieb von Bürgerinnen und Bürgern aus der Region der Sächsischen Schweiz gegeben. Inwieweit die Beschwerden aufgrund der Annahme einer Unterschreitung der gesetzlichen Mindestflughöhe durch Luftfahrzeuge der Bundeswehr erfolgten, kann für den gesamten Zeitraum nicht mehr nachvollzogen werden. Eine Auswertung der schriftlichen Beschwerden seit dem Jahr 2010 ergab 22 Eingaben, die aufgrund angeblicher Unterschreitung von Mindesthöhen erfolgten. Im Rahmen der Untersuchungen der gemeldeten Beschwerden konnten keine Verstöße gegen die flugbetrieblichen Bestimmungen festgestellt werden.

75. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Inwieweit kann die Bundesregierung bestätigen, dass nach meinen Informationen am 21. August 2014 gegen 11.10 Uhr ein Kampfflugzeug der Bundeswehr die Ortschaft Ulbersdorf aus Richtung Neustadt in Sachsen kommend Richtung Nationalpark Sächsische Schweiz in einer Höhe von circa 80 bis 100 m Höhe überflog, und was tut die Bundesregierung, um künftig solche Tiefflüge unterhalb der gesetzlichen Mindestflughöhe von 150 Metern auszuschließen beziehungsweise auf jegliche militärische Tiefflüge über dem Nationalpark Sächsische Schweiz zu verzichten?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Dr. Ralf Brauksiepe
vom 4. September 2014**

Eine Untersuchung bestätigte den Überflug eines Luftfahrzeuges TORNADO der Bundeswehr um 11.09 Uhr in einer Höhe von 250 bis 300 Metern in der Nähe der Ortschaft Ulbersdorf. Dieser Flug wurde im Rahmen des limitierten Tiefflugstundenkontingents durchgeführt (Mindesthöhe 500 Fuß, ca. 150 m). Die flugbetrieblichen Bestimmungen wurden eingehalten.

Die Mindesthöhe für Tiefflüge über dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ist den Luftfahrzeugbesatzungen mit den Vorschriften „Militärisches Luftfahrthandbuch Deutschland“ und der Zentralen Dienstvorschrift A-271/1 „Flugbetriebsordnung der Bundeswehr“ befohlen. Die Einhaltung wird mittels Radarerfassung überwacht.

Die Übungsflüge sind Bestandteil der notwendigen Ausbildung zum Erhalt der Einsatzbereitschaft der Streitkräfte. Sie werden auch zukünftig durchgeführt werden müssen. Dabei wird die Bundeswehr weiterhin bemüht sein, die Belastungen für die Bevölkerung so gering wie möglich zu halten.

76. Abgeordneter
Dr. Tobias Lindner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie lautet der Status des Beschaffungsprojekts Transportflugzeug A400M, und wie bewertet die Bundesregierung die aufgezeigten Minderleistungen (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 66 auf Bundestagsdrucksache 18/166) für die ab November 2014 zulaufenden Flugzeuge mit Blick auf den anfänglichen Ausbildungsflugbetrieb sowie die spätere operative Nutzung?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Markus Grübel
vom 1. September 2014**

Mit der Erstausslieferung an Frankreich im August 2013 hat im Projekt A400M die Nutzungsphase international begonnen. Im Oktober 2013 teilte Airbus Military S. L. (AMSL) mit, dass in den Jahren 2014 und 2015 A400M-Flugzeuge aufgrund technischer Probleme,

Verzögerungen im Flugversuch und Zertifizierung bzw. Qualifikation nur bei Hinnahme von Minderleistungen termingerecht ausgeliefert werden könnten. Zwischenzeitlich wurden von Frankreich weitere drei Flugzeuge und von der Türkei ein Flugzeug für den Ausbildungs- bzw. Anfangsflugbetrieb übernommen. Die erste britische Maschine wird im September 2014 in das Auslieferungszentrum zur Abnahme übergeben werden.

Die operationelle Bewertung der vorliegenden Minderleistungen durch die Luftwaffe hat ergeben, dass der Anfangsflugbetrieb der Luftwaffe nicht beeinträchtigt wird. Insofern wird weiterhin mit Nachdruck an den vorbereitenden Maßnahmen für eine zeitgerechte Übernahme des ersten Flugzeugs gearbeitet, um die Aufnahme des Ausbildungsflugbetriebs und den Aufbau der Lufttransportfähigkeiten bei der Luftwaffe nicht zu gefährden.

Die Abnahme der Flugzeuge mit Minderleistungen wird allerdings nur erfolgen, sofern angemessene Kompensationsleistungen in Verbindung mit einem für den Bund kostenfreien Nachrüstprogramm zur Erreichung der geforderten Fähigkeiten für die operative Nutzung vereinbart werden können.

77. Abgeordneter
Dr. Tobias Lindner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern wurden nach Kenntnis der Bundesregierung durch Airbus S. A. S. oder die Bundeswehr bereits konkrete Exportvorhaben zum Verkauf neuer bzw. im Fall der Bundeswehr überschüssiger A400M identifiziert, und welche Lösung verfolgt die Bundeswehr derzeit zur Gewährleistung der notwendigen Wartung, Instandsetzung bzw. des In-Service-Supports?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Markus Grübel
vom 1. September 2014**

Die A400M-Partnernationen haben sich im Entwicklungs- und Beschaffungsvertrag verpflichtet, die Vermarktungs- bzw. Exportbemühungen der Firma AMSL zu unterstützen. Für potenzielle Exportkampagnen ist die AMSL verantwortlich; die hierzu erforderlichen Vorbereitungen und Abstimmungen mit den A400M-Partnernationen erfolgen im Rahmen einer internationalen Exportarbeitsgruppe. Basierend auf Marktanalysen hat die Firma AMSL Drittländer für mögliche Exportverkäufe identifiziert und den Partnernationen über die OCCAR-EA zur Abstimmung vorgestellt. Jede Partnernation hat ein empfängerlandbezogenes Votum hinsichtlich der Aussichten einer positiven Exportgenehmigung abgegeben. Auf dieser Grundlage konkretisiert AMSL ihre Vermarktungsplanung, um die Exportaussichten zu optimieren. Nach hiesiger Kenntnis liegen AMSL Angebotsaufforderungen von den Vereinigten Arabischen Emiraten und Mexiko vor. Darüber hinaus haben Kasachstan, Saudi-Arabien und Algerien um Übersendung von Informationen zum A400M gebeten.

Abgesehen von ersten Kontakten mit Neuseeland und Südafrika, die beide an einer Zusammenarbeit im Projekt A400M interessiert zu

sein scheinen, hat die Bundeswehr noch keine konkreten Exportaktivitäten zum Verkauf der eigenen A400M, die nicht in den Buchbestand der Bundeswehr übernommen werden sollen, eingeleitet.

Zur Bereitstellung der industriellen Unterstützungsleistungen (In-Service Support – ISS) für den Anfangsflugbetrieb der deutschen A400M-Flugzeuge ist beabsichtigt, einen Systembetreuungsvertrag mit Airbus Military Deutschland GmbH und einen Vertrag zur Materialbewirtschaftung bzw. -versorgung mit AMSL abzuschließen. Diese Verträge sind endverhandelt und sehen eine Vertragslaufzeit bis Ende des Jahres 2018 vor. Ziel ist die parlamentarische Befassung der beiden ISS-Verträge noch im Jahr 2014.

78. Abgeordneter **Omid Nouripour**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die aktuelle Stärke und den Ausbildungsgrad der afghanischen Armee in der Provinz Kunduz?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs

Dr. Ralf Brauksiepe
vom 5. September 2014

Nach Kenntnis der Bundesregierung verfügt die in der Provinz Kunduz stationierte 2. Brigade des 209. Korps der afghanischen Armee über eine aktuelle Gesamtsollstärke von rund 4 600 Soldaten.

Die Masse der Brigade ist in Kunduz stationiert. Hierzu zählen der Stab und vier Bataillone (so genannte Kandaks). Die Sollstärke der in Kunduz stationierten Truppenteile beträgt rund 1 970 Soldaten. Zwei weitere Kandaks sind in der Provinz Badakhshan und ein weiteres Kandak in der Provinz Takhar stationiert.

Nach Kenntnis der Bundesregierung ist die große Mehrheit der Dienstposten der Brigade besetzt. Unverändert besteht bei der afghanischen Armee landesweit eine Überdeckung im Bereich der Mannschaftsdienstposten und eine Unterdeckung bei Offizieren und Unteroffizieren. Abwesenheiten (Lehrgang, Urlaub, Verwundung, unerlaubte Abwesenheiten, das reguläre Dienstzeitende sowie personelle Verluste) verursachen tagesaktuell schwankende Personalstärken.

Die letzte durch ISAF (Internationale Sicherheitsunterstützungsgruppe) erfolgte Bewertung der Einsatzfähigkeit der 2. Brigade des 209. Korps in Nordafghanistan vom Januar 2014 wies aus, dass der Brigadestab sowie ein Kandak in Kunduz die höchste Stufe „fully ready“ inne hatte. Zwei Kandaks in Kunduz und der Kandak in Takhar erhielten die Stufe „combat ready with limitations“. Ein Kandak in Kunduz sowie die beiden Kandaks in Badakhshan erhielten die Bewertungsstufe „combat ready with problems“. Kein Verband erhielt die niedrigste Bewertungsstufe „not ready“.

Nach der Bewertung des Bundesministeriums der Verteidigung verfügt die afghanische Armee in Kunduz auf der taktischen Ebene über befriedigende Mittel und Fähigkeiten, um sich – anlassbezogen mit Unterstützung durch weitere Kräfte der afghanischen Armee – und

im Verbund mit Einheiten der afghanischen Polizei sowie des afghanischen Geheimdienstes gegenüber der Bedrohung durch regierungsfeindliche Kräfte durchzusetzen.

Insgesamt weist die 2. Brigade des 209. Korps eine ausreichende Befähigung zur effektiven eigenständigen Operationsplanung und -führung auf. Ihr wird ein mittleres Leistungsvermögen zugesprochen (Bewertungsstufen „gering“, „mittel“ und „hoch“), was dem landesweiten Durchschnitt der afghanischen Armee entspricht.

79. Abgeordnete **Doris Wagner**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie lautet die bilaterale Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung und den US-Streitkräften zur ausschließlichen Benutzung des Truppenübungsplatzes Grafenwöhr (bitte Wortlaut angeben), und inwiefern ist diese Vereinbarung öffentlich zugänglich?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Markus Grübel
vom 5. September 2014**

Die Vereinbarung wurde für alle den US-Streitkräften überlassenen Truppenübungsplätze in Deutschland geschlossen. Sie lautet: „Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bundesminister der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und dem Oberbefehlshaber des US-Heeres in Europa und der 7. Armee über die Benutzung von Truppenübungsplätzen, die den US-Streitkräften gemäß dem Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut zur ausschließlichen Benutzung überlassen sind“. Sie wurde am 18. März 1993 als Bundestagsdrucksache 12/6477 veröffentlicht.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

80. Abgeordnete **Cornelia Möhring**
(DIE LINKE.)
- Teilt die Bundesregierung die positive Beschlussfassung des Bundesrates vom 14. Dezember 2012 zum Vorschlag einer Richtlinie zur Gewährleistung einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern unter den nicht geschäftsführenden Direktoren bzw. Aufsichtsratsmitgliedern börsennotierter Gesellschaften, und wird sie sich im Europäischen Rat für eine Verabschiedung der Richtlinie einsetzen?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Elke Ferner
vom 2. September 2014**

Die Bundesregierung teilt das politische Ziel der Europäischen Kommission und damit auch des Bundesratsbeschlusses, eine ausgewogenere Vertretung von Frauen und Männern in den Führungsgremien von Unternehmen zu erreichen. Die früheren Vorschläge für eine Richtlinie hat die Bundesregierung abgelehnt. Zu dem neuen Vorschlag der italienischen Ratspräsidentschaft hat das federführende Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die Ressortabstimmung eingeleitet.

- | | |
|--|---|
| 81. Abgeordnete
Cornelia Möhring
(DIE LINKE.) | Welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Empfehlung des Deutschen Juristinnenbundes e.V. (djb) in seiner Stellungnahme vom 19. Mai 2014, den Anwendungsbereich für die mittlere Managementebene und die geschäftsführenden Direktoren bzw. Aufsichtsratsmitglieder und die Einbeziehung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) generell zu überprüfen? |
|--|---|

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Elke Ferner
vom 2. September 2014**

Die Stellungnahme des Deutschen Juristinnenbundes e.V. betrifft ebenfalls die inhaltliche Ausgestaltung der in Frage 80 angesprochenen Richtlinie. Von daher wird auf die Antwort zu dieser Frage verwiesen.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

- | | |
|--|--|
| 82. Abgeordnete
Veronika Bellmann
(CDU/CSU) | Inwiefern will die Bundesregierung den durch das GKV-Versorgungsstrukturgesetz (GKV – gesetzliche Krankenversicherung) neu gefassten § 95 Absatz 1 Satz 3 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch – SGB V – („Der ärztliche Leiter muss in dem medizinischen Versorgungszentrum selbst als angestellter Arzt oder als Vertragsarzt tätig sein; er ist in medizinischen Fragen weisungsfrei.“) erneut modifizieren, um zu gewährleisten, dass medizinische Versorgungszentren (MVZ) zur Begegnung der drohenden medizinischen Unterversorgung im ländlichen Raum im Bedarfsfall auch in Trägerschaft von Kommunen gegründet werden können, die keinen ärztlichen Leiter finden, der selbst zusätzlich als angestellter Arzt oder als Vertragsarzt in dem MVZ tätig sein will? |
|--|--|

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin
Annette Widmann-Mauz
vom 5. September 2014**

Mit der Anforderung eines ärztlichen Leiters eines MVZ nach § 95 Absatz 1 Satz 3 SGB V wird die sich aus dem ärztlichen Berufsrecht ergebende Therapie- und Weisungsfreiheit gewährleistet, die insbesondere dem Patientenschutz dient. Nur ein ärztlicher Leiter, der in die Organisations- und Versorgungsstrukturen des MVZ eingebunden ist, hat tatsächlich Einwirkungsmöglichkeiten auf die dortigen Abläufe und kann sicherstellen, dass ärztliche Entscheidungen unabhängig von sachfremden Erwägungen getroffen werden. Ein Arzt, der selbst nicht ärztlich im MVZ tätig ist und damit die Versorgungsstrukturen nur „von außen“ kennt, kann keine ärztlichen Leitungsfunktionen gegenüber angestellten Ärzten und Vertragsärzten ausüben (vgl. Bundessozialgericht, Urteil vom 14. Dezember 2011, Az. B 6 KA 33/10 R).

Da das Gesetz keinen zeitlichen Mindestumfang für die Tätigkeit des ärztlichen Leiters regelt, kann das Erfordernis des § 95 Absatz 1 Satz 3 SGB V auch ein angestellter Arzt erfüllen, der nicht mit seiner vollen Arbeitszeit im MVZ tätig ist.

In Anbetracht der Bedeutung des ärztlichen Leiters für die Gewähr der Patientenversorgung sowie der Tatsache, dass die Position des ärztlichen Leiters keine Vollzeitstelle verlangt, ist an der grundsätzlichen Forderung eines ärztlichen Leiters auch in unterversorgten Gebieten festzuhalten.

- | | |
|--|---|
| 83. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) | Wie hoch sind nach Einschätzung der Bundesregierung die Folgekosten im Gesundheitssystem durch Fehlernährung pro Jahr, und welche konkreten Fehlernährungen erweisen sich als besonders kostenintensiv? |
|--|---|

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin
Ingrid Fischbach
vom 2. September 2014**

Aufgrund der multifaktoriellen Genese vieler chronischer Krankheiten und der individuell stark variierenden Krankheitsverläufe ist eine fundierte Bestimmung der allein durch Fehlernährung bedingten Folgekosten für das Gesundheitssystem nicht möglich. So sind bei der Entstehung der bedeutsamen Volkskrankheiten wie Herz-Kreislauf-Krankheiten, Diabetes mellitus Typ 2 oder Muskel- und Skeletterkrankungen eine ganze Reihe von Risikofaktoren von erheblicher Bedeutung. Hierzu gehören neben der Fehlernährung insbesondere der Tabak- und Alkoholkonsum, der Bewegungsmangel sowie belastende Arbeits-, Lebens- und Umweltbedingungen. Auch leiden Menschen in vielen Fällen an mehreren Krankheiten gleichzeitig, weshalb aus den vorliegenden Zahlen über die Häufigkeit bestimmter Krankheitsbilder keine Rückschlüsse auf die Folgekosten von Fehlernährung im Sinne der Fragestellung gezogen werden können.

84. Abgeordnete **Maria Klein-Schmeink** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) In welcher Höhe sind den Krankenkassen Kosten für Psychotherapie in Hochschulambulanzen gemäß § 117 SGB V seit dem Jahr 2003 jährlich entstanden?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin
Ingrid Fischbach
vom 1. September 2014**

Der Bundesregierung liegen die Ausgaben für Psychotherapie in Hochschulambulanzen gemäß § 117 SGB V nicht vor. Ab dem Jahr 2013 werden die gesamten Behandlungskosten für Hochschulambulanzen nach § 117 SGB V separat ausgewiesen. Den gesetzlichen Krankenkassen sind für die Behandlungen nach § 117 SGB V im Jahr 2013 Ausgaben in Höhe von 490 Mio. Euro entstanden.

85. Abgeordnete **Maria Klein-Schmeink** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Praxis einiger Krankenkassen, externe Hilfsmittelberater zur Prüfung der Erforderlichkeit von verordneten Hilfsmitteln einzusetzen (vgl. ARD-Magazin Panorama vom 12. Juni 2014)?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin
Annette Widmann-Mauz
vom 2. September 2014**

Nach aktueller Auskunft des GKV-Spitzenverbandes werden externe Hilfsmittelberater von den Krankenkassen in der Regel nur in Einzelfällen eingesetzt. Der Einsatz erfolgt im Rahmen von komplexen Versorgungsmöglichkeiten sowie im Bereich der Versorgung mit Hör- und Sehhilfen. Es wird aus technischer Sicht die Erforderlichkeit und Geeignetheit der beantragten Versorgung unter Berücksichtigung der konkreten Lebensumstände des Versicherten geprüft.

Bei dem Einsatz der externen Hilfsmittelberater ist das Arbeitspapier der Aufsichtsbehörden des Bundes und der Länder zur „Beauftragung privater Gutachterdienste durch die gesetzlichen Krankenkassen im Bereich der Hilfsmittelversorgung“ vom April 2011 zu beachten.

Die Bundesregierung nimmt die kritische Diskussion im Zusammenhang mit der externen Hilfsmittelberatung ernst und prüft inwieweit diesbezüglich Handlungsbedarf besteht.

86. Abgeordnete
**Maria
Klein-Schmeink**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Werden nach Einschätzung der Bundesregierung durch die Beauftragung von externen Hilfsmittelberatern Datenschutzrechte der Versicherten verletzt, weil in der Praxis keine vorherige Zustimmung zur Datenweitergabe der Betroffenen eingeholt wird?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin
Annette Widmann-Mauz
vom 2. September 2014**

Nach Mitteilung des GKV-Spitzenverbandes holen einige Krankenkassen das schriftliche Einverständnis des Versicherten zur Hilfsmittelberatung gemäß § 67b des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch vor der Übermittlung von Sozialdaten an den externen Hilfsmittelberater ein. Bei Beurteilung von Sachverhalten nach Aktenlage werden dem externen Hilfsmittelberater keine personenbezogenen Daten zur Verfügung gestellt, die auf dessen Identität schließen lassen, so dass in diesen Fällen auf eine Einwilligung des Versicherten verzichtet werden kann.

Mit Blick auf die Datenschutzrechte der Versicherten und auf das oben erwähnte Arbeitspapier der Aufsichtsbehörden des Bundes und der Länder müssen die Krankenkassen bei der Beauftragung externer Hilfsmittelberater das Recht der Versicherten auf informationelle Selbstbestimmung wahren.

87. Abgeordnete
**Maria
Klein-Schmeink**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in denen externe Hilfsmittelberater eine Vergütung abhängig vom Einsparvolumen im konkreten Versorgungsfall erhalten, und wenn ja, wie weit verbreitet ist nach Einschätzung der Bundesregierung diese Praxis?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin
Annette Widmann-Mauz
vom 2. September 2014**

Die Vereinbarung erfolgsabhängiger Honorare ist aus Sicht der Bundesregierung unzulässig. Die Zahlung erfolgsabhängiger Honorare wird in dem oben angesprochenen Arbeitspapier der Aufsichtsbehörden des Bundes und der Länder ausdrücklich untersagt.

Vom Bundesversicherungsamt sind in der Vergangenheit Vertragsmodelle zwischen Krankenkassen und externen Hilfsmittelberatern mit erfolgsabhängiger Vergütung beanstandet worden. Diese Verträge sind zwischenzeitlich gekündigt bzw. wurden in Verträge ohne erfolgsabhängige Vergütung angepasst.

88. Abgeordneter
Harald Weinberg
(DIE LINKE.)
- Stimmt die Bundesregierung der Aussage des Datenschutzbeauftragten des Landes Schleswig-Holstein zu, dass die Qualitätssicherung von Krankenhäusern immer auch fallbezogen arbeitet, damit personenbezogene Daten enthält und ihre Administration aus Gründen des Datenschutzes, der ärztlichen Schweigepflicht und des Sozialrechts nicht über Cloud-Dienste, wie etwa Microsoft Office 365 durchgeführt werden darf (vgl. www.apfelnews.de/2014/07/08/cloud-dienste-wie-sich-hacker-mit-ein-paar-klicks-den-zugang-zu-unserer-online-identitaet-verschaffen-koennen-doku/ und www.ardmediathek.de/tv/Reportage-Dokumentation/Exklusiv-im-Ersten-Zugriff-Wenn-das-Ne/Das-Erste/Video?documentID=22263876)?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin
Annette Widmann-Mauz
vom 1. September 2014**

Sofern im Rahmen der Qualitätssicherung oder – wie in der angegebenen Reportage ausgeführt – des Qualitätsmanagements oder anderer Datenverarbeitungsprozesse von Krankenhäusern personenbezogene Daten erhoben, verarbeitet oder genutzt werden, sind die gesetzlichen Anforderungen an technische und organisatorische Maßnahmen, die die datenverarbeitenden Stellen zu treffen haben, in § 9 des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) geregelt. Für die Datenerhebung, -verarbeitung und -nutzung durch Stellen nach § 35 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch (SGB I) gelten die inhaltlich entsprechenden Vorgaben des § 78a des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch.

Danach haben öffentliche und nichtöffentliche Stellen sowie die in § 35 SGB I genannten Stellen, die selbst oder im Auftrag Sozialdaten erheben, verarbeiten oder nutzen, die technischen und organisatorischen Maßnahmen, insbesondere Zutritts-, Zugangs- und Zugriffskontrollen, zu treffen, die erforderlich sind, um die Ausführung der Vorschriften dieses Gesetzes bzw. Gesetzbuches, insbesondere die in der Anlage zu dieser Vorschrift genannten Anforderungen, zu gewährleisten.

Für die Datenerhebung, -verarbeitung und -nutzung personenbezogener Daten durch Krankenhäuser für deren Qualitätsmanagement obliegt es nach § 38 BDSG den Datenschutzaufsichtsbehörden der Länder zu prüfen und sicherzustellen, dass die ihrer Aufsicht unterliegenden datenverarbeitenden Stellen die bestehenden gesetzlichen Vorgaben einhalten. Die Datenschutzbehörden sind in der Ausübung ihrer Tätigkeit unabhängig. Vor diesem Hintergrund wird davon abgesehen, die Aussagen des Datenschutzbeauftragten des Landes Schleswig-Holstein seitens der Bundesregierung zu bewerten.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

89. Abgeordneter
**Herbert
Behrens**
(DIE LINKE.)
- Wie hoch sind die zu erwartenden zusätzlichen Kosten, und wie lange wird sich das Satellitenprojekt Galileo bis zu seiner Einsatzbereitschaft durch die fehlerhaft ausgesetzten Satelliten (siehe auch Pressemitteilung „Galileo satellites experience orbital injection anomaly on Soyuz launch: Initial report“ von Arianespace) verzögern?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Dorothee Bär
vom 2. September 2014**

Es entstehen derzeit keine zusätzlichen Kosten. So genannte frühe oder erste Dienste von Galileo sollen nach dem bisherigen Zeitplan ab dem Jahr 2015 zur Verfügung stehen; dafür sind acht Galileo-Satelliten im All erforderlich. Wenn die nächsten Starts zeitnah erfolgen können, sind diese Galileo-Dienste im Jahr 2015 nicht gefährdet.

90. Abgeordneter
**Matthias
Gastel**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viel Prozent der polizeilich erfassten Alleinunfälle im Radverkehr entfielen nach Kenntnis der Bundesregierung laut amtlicher Unfallstatistik im Zeitraum von Januar bis April 2014 auf die Nutzerinnen und Nutzer von elektrisch unterstützten Fahrrädern (Pedelecs), und welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung aufgrund dieser Zahlen?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Dorothee Bär
vom 1. September 2014**

In den Monaten Januar bis April 2014 waren 3,4 Prozent als polizeilich erfasste Alleinunfälle von Radfahrerinnen und Radfahrern Unfälle mit Pedelecs.

Die Bundesregierung wird die Entwicklung weiter beobachten, sie hat die Pedelecs bereits in die Verkehrssicherheitsarbeit einbezogen. Im Rahmen von Aufklärungsmaßnahmen zur Bekämpfung von Straßenverkehrsunfällen gibt es bereits entsprechende geförderte Projekte.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

91. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Sind die Ursachen der Verformungen von Brennelementen in deutschen Druckwasserreaktoren, die unter anderem im Jahr 2011 im Atomkraftwerk Brokdorf festgestellt wurden, mittlerweile vollständig ermittelt (gegebenenfalls bitte mit ausführlicher Darlegung aller Ursachen inklusive Typangabe der betroffenen Brennelemente und Anlagen; vgl. hierzu die Antwort der Bundesregierung vom 23. April 2012 auf meine Schriftliche Frage 54 auf Bundestagsdrucksache 17/9449), und gegebenenfalls welche Konsequenzen sind aus Sicht der Bundesatomaufsicht aus diesen Ursachen zu ziehen (bitte mit Angabe der Zeitschiene)?

**Antwort des Staatssekretärs Jochen Flasbarth
vom 3. September 2014**

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) hat im Juli 2012 die Reaktor-Sicherheitskommission gebeten, im Hinblick auf Ereignisse mit Verformungen an Brennelementen, Schäden an Niederhaltefedern und Abstandhaltern, Neutronenflussschwankungen usw., bis zum Frühjahr 2013 eine Stellungnahme zu erarbeiten. Die komplexen Zusammenhänge der Einflussgrößen (Mechanik, Neutronenphysik, Thermohydraulik, Handhabung, unterschiedliche Bauform und Hersteller) machten mehrere Expertenanhörungen erforderlich und führten so insgesamt bei der Erarbeitung von Empfehlungen zu einer Verzögerung.

Die Reaktor-Sicherheitskommission wird in den folgenden Sitzungen voraussichtlich bis Ende des Jahres 2014 ihre Stellungnahme zum BMUB-Beratungsauftrag (BMUB – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit) erarbeiten und darin auch auf die Ursachen der Verformung von Brennelementen gezielt eingehen.

92. Abgeordneter
**Ralph
Lenkert**
(DIE LINKE.)
- Wie ist der Stand der Umsetzung der Richtlinie 2013/59/Euratom in nationales Recht, insbesondere im Hinblick auf den dort geforderten nationalen Maßnahmenplan zur Bewältigung der langfristigen Risiken der Exposition gegenüber Radon, und bis wann wird die Bundesregierung diesen Maßnahmenplan vorlegen?

**Antwort des Staatssekretärs Jochen Flasbarth
vom 3. September 2014**

Die Richtlinie 2013/59/Euratom des Rates vom 5. Dezember 2013 zur Festlegung grundlegender Sicherheitsnormen für den Schutz vor den Gefahren einer Exposition gegenüber ionisierender Strahlung und zur Aufhebung der Richtlinien 89/618/Euratom, 90/641/Euratom, 96/29/Euratom, 97/43/Euratom und 2003/122/Euratom (im Folgenden: Richtlinie 2013/59/Euratom) ist bis zum 6. Februar 2018 in deutsches Recht umzusetzen. Das BMUB arbeitet als federführendes Ressort die für die Umsetzung relevanten Themen derzeit fachlich und rechtlich auf. Die inhaltliche Ausgestaltung der Regelungen zur Umsetzung der Vorschriften der Richtlinie 2013/59/Euratom, insbesondere hinsichtlich Inhalt und Form des Maßnahmenplans, wird derzeit geprüft. Dazu fanden auch erste Gespräche mit Vertretern der Länder statt.

93. Abgeordneter **Ralph Lenkert** (DIE LINKE.) Bis wann plant die Bundesregierung im Zuge der Umsetzung der Richtlinie 2013/59/Euratom und ableitend von den in der Richtlinie beschriebenen Referenzwerten für Radonkonzentrationen in Innenräumen auch die Einführung verbindlicher Radongrenzwerte für Innenräume, und wenn nein, warum nicht?

**Antwort des Staatssekretärs Jochen Flasbarth
vom 3. September 2014**

Die Richtlinie 2013/59/Euratom sieht vor, dass die Mitgliedstaaten nationale Referenzwerte von maximal 300 Becquerel pro Kubikmeter für die über das Jahr gemittelte Radonaktivitätskonzentration in Innenräumen festlegen. Die Einführung von Grenzwerten für die Radonkonzentration in Innenräumen sieht die Richtlinie 2013/59/Euratom nicht vor. Im Übrigen verweise ich auf die Antwort zu Frage 92.

94. Abgeordneter **Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Welches Vorgehen plant die Bundesregierung in dieser Legislatur, um die Länder und Kommunen im Kampf gegen die Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit bei der Verbesserung von zielgruppen- und geschlechtsspezifischen Angeboten zu unterstützen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Florian Pronold
vom 5. September 2014**

Angesichts der derzeit zu beobachtenden Wohnungsknappheiten in dynamischen Städten und Ballungsregionen sieht der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD ein Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen vor. Am 10. Juli 2014 hat die Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Dr. Barbara

Hendricks, dieses Bündnis mit zahlreichen Partnern der Wohnungs-, Immobilien- und Bauwirtschaft sowie Vertretern von Ländern und Kommunen ins Leben gerufen. Gemeinsam sollen die Voraussetzungen für den Bau und die Modernisierung von bezahlbarem Wohnraum verbessert werden. Vorrangiges Ziel dieses Bündnisses ist die Erhöhung des Angebots an bezahlbarem Wohnraum. Die einzelnen Handlungsfelder des Bündnisses betreffen insbesondere die Belegung des sozialen Wohnungsbaus und die Leistungsverbesserung des Wohngeldes. Damit leistet das Bündnis auch einen Beitrag zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit, ohne dass es speziell auf diese Zielgruppe ausgerichtet ist.

Zielgruppenspezifisch ist hingegen ein Unterstützungsschwerpunkt im Rahmen der Umsetzung des Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen (EHAP). Mit dem EHAP sollen schwerpunktmäßig Projekte im Bereich EU-Zuwanderung gefördert werden. Ein spezieller Unterstützungsschwerpunkt soll sich an die Zielgruppe der wohnungslosen und von Wohnungslosigkeit bedrohten Personen richten. Es ist geplant, Zuwendungen zu Projekten zu gewähren, die das Ziel haben, die soziale Integration der Betroffenen zu verbessern, indem sie deren Zugang zum existierenden Hilfesystem aus materieller Unterstützung und sozialer Dienstleistungen verbessern. Mit den Projekten im Unterstützungsschwerpunkt „Wohnungslosigkeit“ sollen neben Zuwanderern aus anderen EU-Mitgliedstaaten auch inländische Betroffene erreicht werden. Voraussetzung für den Start der Projektförderung ist die Genehmigung eines EHAP-Operationellen-Programms, das der Europäischen Kommission am 12. September 2014 zur Genehmigung vorgelegt wird. Danach liegt das Genehmigungsverfahren in der Hand der Europäischen Kommission. Parallel zu diesem Genehmigungsverfahren werden alle notwendigen Verfahrensschritte vorbereitet und mit den beteiligten Partnern wie Wohlfahrtsverbänden, Kommunalen Spitzenverbänden, Ländern und betroffenen Bundesressorts abgestimmt, um eventuelle Zeitverzögerungen auf nationaler Ebene weitgehend zu vermeiden.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

- | | |
|---|---|
| 95. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung der öffentlichen Stellungnahme der Max-Planck-Gesellschaft infolge des Berichts von „REPORT MAINZ“ vom 12. August 2014, und hält die Bundesregierung Konsequenzen hinsichtlich der Governance-Strukturen außeruniversitärer Forschungseinrichtungen für notwendig, wie die Weiterentwicklung und Implementierung von wissenschaftsadäquaten Instrumenten der Output-Steuerung? |
|---|---|

96. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie wird die Bundesregierung gegenüber der Max-Planck-Gesellschaft auf den Bericht von „REPORT MAINZ“ vom 12. August 2014 reagieren, und welche Konsequenzen zieht sie in Erwägung (u. a. hinsichtlich der internen und externen Controlling-Verfahren der Max-Planck-Gesellschaft, eines Ombudsystems für finanzielle Konflikt- und Verdachtsfälle, Regeln für den Umgang mit Whistleblowern, Leitlinien für Immobilienfragen und in Fällen von Interessenkollisionen zwischen wissenschaftlichen und privatwirtschaftlichen Tätigkeiten von Beschäftigten der Max-Planck-Gesellschaft)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Thomas Rachel
vom 2. September 2014**

Die angesprochenen Tatbestände wurden auf Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) weit vor der öffentlichen Medienberichterstattung in den zuständigen Gremien der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) frühzeitig thematisiert und im Rahmen der bestehenden haushalts- und zuwendungsrechtlichen Regularien aufgearbeitet. Zudem wurde die Überarbeitung der Compliance-Regelungen bei der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) eingefordert und von dieser zugesagt.

Von allen außeruniversitären Forschungseinrichtungen erwartet die Bundesregierung einen effizienten, verantwortungsbewussten Umgang mit den Fördermitteln im Rahmen der bestehenden Regelwerke. Die Bundesregierung nutzt dabei die vorhandenen Kontrollmechanismen und Einwirkungsmöglichkeiten.

97. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch waren nach Kenntnis der Bundesregierung bzw. des vom Bund getragenen Forschungszentrums Jülich die Einnahmen, die aus der Einspeisung der vom Allgemeinen Versuchsreaktor (AVR) Jülich produzierten Strommengen ins öffentliche Stromnetz entstanden sind (Summe reicht, keine jahresscharfe Darlegung nötig)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Stefan Müller
vom 4. September 2014**

Laut Feststellungen des Bundesrechnungshofs aus dem Jahr 2001 fielen zwischen den Jahren 1968 und 1988 Betriebskosten in Höhe von rund 292 Mio. DM an. Mit den Erträgen aus der Stromproduktion des Reaktors konnte die AVR GmbH diese Betriebskosten (nur) in Höhe von 67 Mio. DM abdecken.

Berlin, den 5. September 2014

